

10381

Stenographisches Protokoll

118. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 10. Dezember 1985

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986

Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Grüner Plan 1986

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 10383)

Entschuldigung (S. 10383)

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Mag. Kabas und Dr. Gradischnik, dem Justizausschuß zur Berichterstattung über den Einspruch des Bundesrates zum Gesetzesbeschluß betreffend Rechtsanwaltsprüfungsgesetz gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Frist bis 11. Dezember 1985 zu setzen (S. 10384) — Annahme (S. 10450)

Wiederaufnahme der vertagten Verhandlungen des Bundesfinanzgesetzes für 1986 (S. 10384)

Tatsächliche Berichtigungen

Ing. Derfler (S. 10418)

Deutschmann (S. 10425)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 10383)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 10383)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740

d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 d. B.)

Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Spezialberichterstatte: Ing. Tychtl (S. 10384)

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-113 d. B.): Grüner Plan 1986 (781 d. B.)

Berichterstatte: Ing. Tychtl (S. 10385)

Redner:

Deutschmann (S. 10386),
Pfeifer (S. 10390),
Alois Huber (S. 10395),
Fachleutner (S. 10398),
Hofmann (S. 10402),
Gurtner (S. 10406),
Peck (S. 10409),
Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden (S. 10411),
Ing. Derfler (S. 10418) (tatsächliche Berichtigung),
Dr. Lanner (S. 10418),
Hintermayer (S. 10421),
Deutschmann (S. 10425) (tatsächliche Berichtigung),
Hubert Huber (S. 10425),
Pranckh (S. 10428),
Helmut Wolf (S. 10431),
Kirchknopf (S. 10435),
Dr. Ettmayer (S. 10438),
Schober (S. 10442),
Keller (S. 10445) und
Auer (S. 10447)

Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 10450) und Kenntnisnahme des Grünen Planes (S. 10450)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

751: Übereinkommen über die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen samt Anlage und Schlußakte (S. 10383)

719

805: Abkommen, durch welches das Befristete Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über eine gemeinsame Disziplin betreffend den gegenseitigen Handel mit Käse verlängert wird, samt Notenwechsel

831: Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und den Europäischen Gemeinschaften über die vorläufige Weiteranwendung von mit 31. Dezember 1985 außer Kraft tretenden Abkommen und Vereinbarungen zwischen Österreich und Portugal beziehungsweise Spanien (S. 10383)

Einspruch des Bundesrates

832: Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 26. November 1985 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird (S. 10383)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Ermacora, Dr. Khol, Dr. Steiner und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Forschungsförderungsprojekt „Österreichische Neutralität und Friedenspolitik“ (1773/J)

Dr. Graff und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend die Straßburger Menschenrechtsinstanzen und die österreichische Justiz (1774/J)

Bergmann und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Drohung des Verkehrsministers, Postgebühren für Zeitungen zu erhöhen (1775/J)

Dr. Ermacora, Dr. Khol, Dr. Steiner, Hubert Huber, Dr. Keimel, Keller, Dr. Lanner, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Pischl, Westreicher und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Hubschrauberhilfsdienst über die Staatsgrenzen hinweg (1776/J)

Dr. Gugerbauer, Haigermoser und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend angebliche

Umweltemissionen durch Verwendung von bleifreiem Benzin (1777/J)

Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport betreffend koedukative Unterrichterteilung (1778/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Ing. Nedwed und Genossen (1604/AB zu 1626/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Khol und Genossen (1605/AB zu 1659/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (1606/AB zu 1658/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Karas und Genossen (1607/AB zu 1680/J)

des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Lußmann und Genossen (1608/AB zu 1715/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Genossen (1609/AB zu 1645/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lichal und Genossen (1610/AB zu 1628/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Strache und Genossen (1611/AB zu 1635/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Schranz und Genossen (1612/AB zu 1649/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (1613/AB zu 1669/J)

Beginn der Sitzung: 13 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 117. Sitzung des Nationalrates vom 6. Dezember 1985 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeändert geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Schwimmer und Ing. Kowald.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete Höll.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1604/AB bis 1613/AB eingelangt sind.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Keimel, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dr. **Keimel**: Vom Herrn Bundeskanzler ist folgendes Schreiben eingelangt:

„An das Präsidium des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat am 30. November 1985, Zl. 1003-15/29, folgende Entschliebung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung Dr. Heinz Fischer am 12. Dezember 1985 den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport Dr. Herbert Moritz mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnissnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler

Dr. Neumayer“

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Dient zur Kenntnis.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Bundesgesetz, mit dem die Verordnung des Ministers des Innern vom 21. März 1873, RGBl. NR. 37, betreffend die Prüfung der Ärzte und Tierärzte zur Erlangung einer bleibenden Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienst bei den politischen Behörden, geändert wird (785 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz, mit dem einzelne Bestimmungen des Europäischen Abkommens über Soziale Sicherheit und der Zusatzvereinbarung zur Durchführung dieses Abkommens zu Verfassungsbestimmungen erklärt werden, geändert wird (786 der Beilagen).

Die weiteren eingelangten Vorlagen weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Verkehrsausschuß:

Übereinkommen über die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen samt Anlage und Schlußakte (751 der Beilagen),

Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 26. November 1985 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird (832 der Beilagen);

dem Ausschuß für wirtschaftliche Integration:

Abkommen, durch welches das Befristete Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über eine gemeinsame Disziplin betreffend den gegenseitigen Handel mit Käse verlängert wird, samt Notenwechsel (805 der Beilagen),

Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und den Europäischen Gemeinschaften über die vorläufige Weiteranwendung von mit 31. Dezember 1985 außer Kraft tretenden Abkommen und Vereinbarungen zwischen Österreich und Portugal beziehungsweise Spanien (831 der Beilagen).

10384

Nationalrat XVI. GP — 118. Sitzung — 10. Dezember 1985

Präsident Mag. Minkowitsch**Fristsetzungsantrag**

Präsident Mag. Minkowitsch: Vor Eingang in die Tagesordnung teile ich mit, daß die Abgeordneten Mag. Kabas und Dr. Gradišnik beantragt haben, dem Justizausschuß zur Berichterstattung über den Einspruch des Bundesrates zum Gesetzesbeschluß betreffend Rechtsanwaltsprüfungsgesetz (788 der Beilagen) gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 11. Dezember 1985 zu setzen.

Dieser Antrag wird gemäß der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in der heutigen Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 der Beilagen)

Beratungsgruppe VIII

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 62: Preisausgleiche

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-113 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1986) (781 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir nehmen die durch die eingeschobene 117. Sitzung vom 6. Dezember vertagte Verhandlung des Bundesfinanzgesetzes für 1986 wieder auf.

Vereinbarungsgemäß wird die Debatte über die auf der heutigen Tagesordnung stehenden beiden Verhandlungsgegenstände unter einem durchgeführt.

Es sind dies: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 der Beilagen)

Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft, und

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-113 der Beilagen) gemäß § 9 Absatz 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1986) (781 der Beilagen).

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Herr Abgeordnete Ing. Tychtl. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Spezialberichterstatter und Berichterstatter Ing. **Tychtl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages für das Jahr 1985 in seiner Sitzung am 18. November 1985 unter Vorsitz des Obmannstellvertreters Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr in Verhandlung gezogen.

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft:

Im Bundesvoranschlag 1986 sind für die Land- und Forstwirtschaft 6 647,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Dieser Ausgabenkredit gliedert sich wie folgt:

1 230,2 Millionen Schilling für Personalaufwand;

1 607,1 Millionen Schilling für den Sachaufwand des Bundesministeriums (Titel 600), der nachgeordneten Dienststellen (Titel 604, 605, 606 und 609) sowie der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens (Titel 607);

11,1 Millionen Schilling für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens (Titel 601);

1251,4 Millionen Schilling für das Bergbauern-Sonderprogramm (Titel 602);

1 059,2 Millionen Schilling für den Grünen Plan (Titel 603);

1 488,8 Millionen Schilling für die Einrichtungen des Schutzwasserbaues und der Lawinenverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse (Titel 608).

Von den unter Kapitel 60 veranschlagten Einnahmen in der Höhe von 2 369,7 Millionen

Ing. Tychtl

Schilling entfallen 1 410,7 Millionen Schilling auf die aus dem Katastrophenfonds zufließenden Mittel. Die übrigen Maßnahmen ergeben sich vor allem aus den Interessentenbeiträgen zu Maßnahmen an Bundesflüssen und Mietgebühren im Rahmen der Bauhofgebarung, aus dem Verkauf von Anstaltserzeugnissen und der Einhebung von Gebühren bei der Qualitätskontrolle.

Darüber hinaus sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag für das Jahr 1986 bei Kapitel 60 in der Stabilisierungsquote 162 Millionen Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote 168 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in dem Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz eingehend erläutert.

Kapitel 62: Preisausgleiche:

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1986 sind für die Preisausgleiche 6 209,2 Millionen Schilling veranschlagt, denen 496,8 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen.

Die Ausgabenkredite verteilen sich wie folgt:

741,0 Millionen Schilling für den Brotgetreidepreisausgleich (Titel 620);

3 120,5 Millionen Schilling für den Milchpreisausgleich (Titel 621);

1 539,1 Millionen Schilling für den Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten (Titel 622);

110,3 Millionen Schilling für den Futtermittelpreisausgleich (Titel 625);

698,3 Millionen Schilling für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen für Getreide (Titel 627).

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind im Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz eingehend erörtert.

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste:

Im Voranschlag 1986 des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ sind die mit der Bewirtschaftung des 846 278 ha großen Bundesforstbesitzes (hievon 499 674 ha Wald) verbundenen Ausgaben und die dabei erzielbaren Einnahmen, insbesondere aus der Nutzung von rund 2 030 000 Festmeter Holz,

vorgesehen. Veranschlagten Betriebsausgaben von 1 871 Millionen Schilling stehen Betriebseinnahmen von 1 922 Millionen Schilling gegenüber, sodaß mit einem Überschuß von 51 Millionen gerechnet werden kann. Dabei wurde von der Erwartung ausgegangen, daß die Holzpreise im Jahre 1986 eine gewisse Erholung erfahren werden.

Bei Betrachtung des Voranschlages der Österreichischen Bundesforste ist noch zu beachten, daß die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten aus der Zeit vor der Errichtung dieses Wirtschaftskörpers im Betrag von rund 40 Millionen Schilling zu tragen haben und im Rahmen der Einforstungsrechte zu Naturalabgaben an die Berechtigten im Werte von über 100 Millionen Schilling verpflichtet sind.

Bei der Abstimmung am 22. November 1985 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VIII gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1986 mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft,

dem Kapitel 62: Preisausgleiche, und

dem Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

samt den zu den Kapiteln 60 und 77 dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleichsvoranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1986 (740 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Weiters bringe ich nun den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1986) (III-113 der Beilagen).

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat am 15. Oktober 1985 gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976, den „Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft (Grüner Plan 1986)“ vorgelegt. Der Bericht enthält die „Zusammengefaßten Ergebnisse aus dem Lagebericht 1984“. Insbesondere enthält der Grüne Plan die „Finanziellen Erfordernisse für die in Aussicht genommenen Maßnahmen 1986“.

Ing. Tychtl

Gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes wird vorgeschlagen, Maßnahmen des Grünen Planes im Jahre 1986 mit Bundesmitteln in der Höhe von 2 310,586 Millionen Schilling zu dotieren. Hierbei sind im Ansatz 1/603 1 059,189 Millionen Schilling und im Ansatz 1/602 für das Bergbauernsonderprogramm 1 251,397 Millionen Schilling vorgesehen. Im Konjunkturausgleichsvoranschlag für das Jahr 1985 sind beim Ansatz 602 in der Stabilisierungsquote und in der Konjunkturbelebungsquote jeweils 38 Millionen Schilling sowie beim Ansatz 603 in der Stabilisierungsquote 48 Millionen Schilling sowie in der Konjunkturbelebungsquote 42 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 18. November 1985 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte faßte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit den Beschluß, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 299/1976, (Grüner Plan 1986) (III-113 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich Sie, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Berichte.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Deutschmann. Ich erteile es ihm.

13.15

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das österreichische Parlament beschäftigt sich heute mit den Ansätzen für die Bauern im Bundesfinanzgesetz. Es wäre sicherlich sehr lohnenswert, wenn wir in der Lage wären, die Öffentlichkeit über die Probleme der Bauernschaft voll zu informieren, und es wäre auch sehr lobenswert, wenn die Öffentlichkeit zu den Problemen eine brauchbare Einstellung bekommen könnte.

Leider haben die vergangenen Diskussionen in der letzten Woche alles überschattet.

Die Frage „Wie wird es mit der VOEST weitergehen?“ steht nach wie vor im Mittelpunkt der Diskussion, und viele, viele Menschen sind sehr sauer über diese Entwicklung, die wir in der letzten Woche präsentiert bekommen.

Es ist aber auch zu bemerken, daß in Österreich eine gewisse Unsicherheit eingekehrt ist, eine Unsicherheit, die darin gipfelt, daß man die Meinung vertritt: Worüber man heute redet und was man heute beschließt, das hat morgen kaum noch eine Bedeutung. Ich glaube, daß wir aus dieser Sicht auch das Budget 1986 sehen können, und ich bin nach wie vor der Auffassung, daß die Gesamtsicht des Budgets nicht mehr voll der Realität entspricht und daß dieses Budget schon weit überholt ist.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß gerade die Bauern, da man die vielen Probleme kennt, eine gewisse Hoffnung in das Budget 1986 gesetzt haben. Viele waren der Auffassung, daß man erkannt hat, wie schwierig es die Bauern haben, und daß man bei den Ansätzen auf diese Probleme, die die Bauernschaft berühren, Rücksicht nehmen wird.

Leider müssen wir feststellen, daß dies nicht der Fall ist. Und ich möchte auch gerade in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Unsicherheit in diesem Bereich umso größer ist, wenn man eben die Schwierigkeiten in der VOEST kennt und in weiterer Folge versprochen wird, man werde alles unternehmen, daß Arbeitsplätze nicht gefährdet werden und daß die Österreicher nicht zur Kasse gerufen werden, wie das vor sich gehen soll, weiß niemand von uns.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß ich eigentlich verwundert war, als gestern Minister Lacina im Fernsehen erklärt hat, man solle versuchen, die Probleme der VOEST so einigermaßen im Rahmen zu diskutieren, man solle nicht dramatisieren! Ich möchte gerade zu dieser Aussage bemerken, daß nicht wir dramatisiert haben, sondern daß selbst Ihr Finanzminister von Ungeheuerlichkeiten in diesem Bereich gesprochen hat. Auch der Altbundeskanzler hat etwas von sich gegeben, was keinem von uns eingefallen wäre, und ich glaube, daß man die Mahnung in diesem Bereich an die SPÖ richten sollte, aber nicht an die Österreichische Volkspartei und die Österreicher selbst. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe schon darauf verwiesen, daß die Menschen sauer sind, und ich glaube sagen zu

Deutschmann

können, daß auch unsere Bauern sehr sauer reagieren. Wir haben ja gerade in der letzten Zeit eine erhebliche Belastung hinnehmen müssen, die nicht ganz unseren Vorstellungen entspricht. Ich glaube, daß es notwendig sein wird, Herr Bundesminister, sofort Gespräche in diesem Bereich aufzunehmen, damit die Bauern erkennen, daß man ihre Sorgen kennt und auch bereit ist, für die Bauern etwas zu tun. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der Arbeitsplatz der bäuerlichen Menschen muß gleichviel wert sein wie der jedes anderen.

Wir sind der Auffassung — das möchte ich ganz offen erklären —, daß wir selbstverständlich alle Wege gehen müssen, um die Arbeitsplätze in der VOEST zu sichern. Aber das gleiche verlangen wir auch für die Arbeitsplätze unserer Bauern und Bäuerinnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir ersehen aus den Ansätzen des Budgets, daß für verschiedene Bereiche keine Vorsorge getroffen ist. Wir können es einfach nicht verstehen, daß es trotz Einschränkung in der Produktion, trotz Eigenleistung der Bauern selbst immer weniger für die Bauern gibt und daß das Bauer-Sein immer schwieriger wird.

Es ist meiner Auffassung nach unverständlich, daß man in der letzten Zeit verstärkt versucht, mit unsachlichen und unrichtigen Darstellungen — ich weiß nicht, Herr Klubobmann Wille, ob mit Absicht — ein Feindbild der Bauern zu zeichnen oder zu pflegen.

Ich finde es wirklich bedauerlich, weil mir gerade die Menschen, die in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind, leid tun, weil sie ihre gesamte Kraft einsetzen, auf sehr viel verzichten und letzten Endes eine Leistung erbringen, die in allen Bereichen Anerkennung findet. Doch dann erklärt man in aller Öffentlichkeit Dinge, die meiner Meinung nach nicht richtig sind.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir ja schon im Budgetausschuß beim Kapitel Landwirtschaft diese Frage aufgeworfen haben. Wir haben keine Antwort auf die Überlegung bekommen, wie man behaupten kann, die Landwirtschaft bekäme 13 Milliarden Schilling als Förderung, ohne soziale Ausgaben. Herr Klubobmann Wille! Sie haben die Sozialausgaben noch zusätzlich miteingebunden. Ich werde auf diese Ihre Aussage noch zurückkommen.

Ich möchte dem Hohen Haus in aller gebotenen Kürze aufzeigen, welche Förderungsmaßnahmen man der Landwirtschaft und der

Bauernschaft zuordnet. Ich möchte aber auch mit Überzeugung darauf hinweisen, daß es richtig ist, daß diese Maßnahmen, die der Landwirtschaft zugeordnet werden, im Landwirtschaftsministerium verwaltet werden. Das will ich nicht in Frage stellen.

Aber wenn man dann erklärt, daß die Ausgaben für die Bundesforste, also für den Staatswald, in Höhe von 1,9 Milliarden Schilling eine Förderung für die Landwirtschaft sind, wenn man erklärt, daß die Ausgaben von 1,6 Milliarden für Lawinen- und Schutzwasserbau, die vorwiegend der Verkehrssicherheit dienen, der Landwirtschaft zugeordnet werden, wenn man die Ausgaben für die Bundesgärten — für das Schloß Schönbrunn und so weiter — mit 90 Millionen dotiert, der Landwirtschaft zuordnet, wenn man die Ausgaben für die Spanische Hofreitschule — 50 Millionen Schilling — auch der Landwirtschaft zuordnet und wenn man selbstverständlich die Personalausgaben des Landwirtschaftsministeriums mit 300 Millionen Schilling auch der Landwirtschaft zuordnet und wenn man letztlich — was ich wirklich nicht verstehe — selbst die 1,6 Milliarden, die die Bauern durch verschiedene Abgaben bei der Milch und beim Getreide erbringen, als Förderung vom Staat für die Landwirtschaft in Rechnung stellt — ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier liegt man falsch! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Zittmayr: Das ist eine grobe Manipulation!)*

Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Sie wissen, daß wir im Jahr 1970 1,12 Prozent des Gesamtbudgets an Förderungsmitteln für die Landwirtschaft im Budget vorgesehen hatten und auch bekommen haben. Im Jahr 1985 sind es nur 0,47 Prozent. Das heißt, daß man mehr als die Hälfte der Förderungsmittel für die Landwirtschaft abgebaut hat. Doch dann erklärt man in aller Öffentlichkeit, der Bund habe 13 Milliarden Schilling zur Förderung der Landwirtschaft ausgegeben. *(Abg. Dr. Zittmayr: Grobe Manipulation! — Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Sozialistische Wertung!)*

Hier können wir einfach nicht mitgehen. Ich würde wirklich bitten, daß man diese Aussage in der Öffentlichkeit so wertet, wie sie ist, nämlich daß die Bauern immer Verständnis für verschiedene Probleme gehabt haben, daß man aber auch fordern kann, daß die anderen Verständnis für die bäuerlichen Probleme haben müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch auf etwas hinweisen: Herr Klubobmann Wille hat in einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten“ erklärt, daß 8

Deutschmann

Prozent — Bauern, die in der Landwirtschaft arbeiten — nur 3,5 Prozent des Sozialproduktes sozusagen erarbeiten.

Ich werde Ihnen dann an Hand von Zahlen, die der Herr Landwirtschaftsminister jetzt herausgegeben hat, aufzeigen — ich nehme an, Herr Klubobmann, daß Sie, weil ich Sie als lauterer Charakter kenne, das zur Kenntnis nehmen werden —, daß die Dinge anders liegen, als Sie gemeint haben. *(Abg. Wille: Kollege Deutschmann! Der Denkansatz ist ein ganz anderer! Ich habe an diesem Beispiel die Verzerrungen aufgezeigt, die Verzerrung, die darin liegt, daß 8 Prozent der Werktätigen 4 Prozent des Sozialproduktes erzeugen!)*

Herr Klubobmann Wille! Ich danke Ihnen für diesen Zwischenruf. Ich werde gerade darauf in weiterer Folge eingehen. *(Abg. Wille: Das ist mit Ihnen argumentiert, nicht gegen Sie!)*

Jetzt muß ich Sie noch etwas fragen: Wenn es der Bauernschaft so gut geht, warum sind dann so viele Bauern abgewandert? Warum sind sie in andere Bereiche gegangen? — Weil sie einfach in der Landwirtschaft nicht mehr das Einkommen haben, das sie brauchen, um eine Familie zu ernähren.

Herr Dr. Taus hat dem Kollegen Gmoser ja letzthin gesagt, welchen Strukturwandel die österreichische Landwirtschaft bewältigen mußte zugunsten der anderen Berufsstände. Das vergißt man. *(Beifall bei der ÖVP.)* Heute ist man sehr gerne immer wieder bereit, die Landwirtschaft als jene hinzustellen, die immer mehr und mehr brauchen. Ich glaube, daß es einfach so nicht geht.

Ich möchte noch folgendes sagen: Wenn man heute über Agrarpolitik diskutiert — ich spreche das im Ton des Herrn Landwirtschaftsministers —, darf man nicht allein Österreich sehen, sondern wir müssen auch die westliche Agrarpolitik und die Entwicklungen in diesen Ländern sehen.

Ich bin ihm für diese Aussage sogar dankbar. Aber, Herr Bundesminister, wir alle kennen nicht die Schwierigkeiten, die in diesem Zusammenhang auf uns zukommen.

Vor nicht allzu langer Zeit hat der Herr Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Bonn darauf hingewiesen, daß sich in den letzten zehn Jahren in der EG sehr vieles verändert hat. Diese Veränderungen wollen wir in Österreich einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

In der EG waren vor zehn Jahren 9 Milliarden DM notwendig, um diese Überproduktion zu bewältigen. Im Jahre 1985 waren es 45 Milliarden, die notwendig waren. Wenn Sie das in österreichische Schilling umrechnen, sind es bitte 315 Milliarden Schilling, die für die Produktion und die Verwertung der Produktion eingebracht wurden. Und diese landwirtschaftlichen Produkte kommen auch zu uns nach Österreich und auf andere Märkte, und jetzt muß der österreichische Bauer mit diesen „heruntergestützten“ Produkten in Konkurrenz treten. Deshalb, Herr Bundesminister, sind wir eben der Auffassung, daß es notwendig ist, daß mehr Mittel für die Landwirtschaft im Budget verankert werden müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß man sehr oft und sehr viel von neuen Wegen in der Agrarpolitik spricht. Seit Jahren hören wir diesen Satz, und wir haben uns immer wieder bereit erklärt mitzugestalten. Wir wollen uns nicht abseits stellen, sondern wir wollen mithelfen, die Probleme gemeinsam zu lösen.

Aber, Herr Bundesminister, wie kann dieser neue Weg beschritten werden, wenn wir für verschiedene Bereiche kaum Geld zur Verfügung haben? Eine neue Agrarpolitik erfordert auch, daß man sie transparent macht. Aber was passiert dann in weiterer Folge? Wir haben Kürzungen im Budget für Forschung bis zu 6 Prozent. Wir haben eine Kürzung für Bildung von 56 Prozent. Wir haben eine Kürzung für die Beratung von 94 Prozent. Wir haben auch für Investitionen in der Landwirtschaft, wenn es eine Neuordnung geben sollte, eine Kürzung bei den AI-Krediten von 500 Millionen Schilling.

Herr Bundesminister! Hohes Haus! Dies ermöglicht uns dann nicht, den Weg zu finden, der den Arbeitsplatz in der Landwirtschaft auch in weiterer Zukunft absichert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind auch der Auffassung, daß eine Veränderung in der Agrarpolitik nicht zu Lasten der Einkommen der Bauern möglich ist. Wir hören aus vielen Bereichen: Flächenstilllegung, auf den Inlandsmarkt hin ausgerichtete Produktion, geteilte Preise in dem einen oder anderen Bereich.

Herr Bundesminister! Wenn man so lange in der Politik und in der Agrarwirtschaft steht wie ich, weiß man, daß das gleichbedeutend ist mit Kürzung der Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen.

Deuschmann

Herr Bundesminister! Wir können diesen Weg gemeinsam gehen, wenn der Bund oder der Herr Landwirtschaftsminister die Ausfallshaftung übernimmt und gewährleistet, daß den Bauern kein Schilling weggenommen wird. Wir können sicher darüber reden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich glaube, daß es auch notwendig sein wird, daß wir in diesem Bereich Gespräche aufnehmen.

Herr Bundesminister! Ich war eigentlich sehr erfreut über Ihren Artikel im „Förderungsdienst“, Heft 3, Jahrgang 33, wo Sie im Zusammenhang mit der Grünen Woche in Berlin zu den agrarpolitischen Fragen Stellung genommen haben.

Allein die Überschrift ist sehr interessant: „Agrarpolitik zwischen Hunger und Überfluß“. Ich weiß, daß dieses Problem in Europa und in der Welt vor uns steht. Aber ich glaube, es muß auch in diesem Zusammenhang eine Möglichkeit gefunden werden, daß auf der einen Seite der Überfluß den hungernden Menschen zugute kommt und daß sie letzten Endes auch die Möglichkeit haben, einmal satt zu werden.

Aber was mich an diesem Ihrem Bericht oder Vortrag sehr interessiert hat, war: Sie meinen, europäische Landwirtschaft braucht Außenschutz.

Ich würde sagen, Herr Bundesminister, die österreichische Landwirtschaft braucht noch mehr den Außenschutz, weil wir feststellen, daß in sehr vielen Bereichen durch Importe die landwirtschaftliche Produktion unterfahren wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) Dann entsteht letzten Endes eine Situation, die die österreichischen Bauern einfach mit ihrer Arbeit nicht mehr bewältigen können. Hier muß etwas getan werden!

Herr Bundesminister! Sie haben erklärt: Verstärkte Kontrollen bei Importen. Jawohl, Herr Bundesminister, wir brauchen für alle landwirtschaftlichen Produkte mehr Kontrolle, damit nicht nur die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Bauern erhalten bleibt, sondern damit auch die Konsumenten die Gewißheit haben, daß sie gute und brauchbare Produkte bekommen. Ich glaube, das sind wir auch den Österreichern allgemein schuldig, daß wir diesen Weg gehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie haben in diesem Aufsatz auch darauf hingewiesen: Auseinandersetzung um Marktanteile.

Wir alle wissen, daß dies sehr hart und sehr schwierig ist. Aber wenn die Voraussetzungen in den einzelnen Budgets bei uns in Österreich nicht gegeben sind, dann ist die Auseinandersetzung um Marktanteile nicht möglich, dann sind wir von vornherein Zweite und dann werden wir niemals in der Lage sein, die Konkurrenz auszuschalten und den Beweis zu erbringen, daß wir für die österreichische Landwirtschaft etwas tun.

Ein sehr wesentliches Problem, auf das ich noch ganz kurz eingehen möchte, das uns das letztmal sehr getroffen hat, ist die Milchsituation, die Anhebung des Allgemeinen Absatzförderungsbeitrages.

Herr Bundesminister! Sie wissen, daß hier die Präsidentenkonferenz, der Österreichische Bauernbund eine andere Auffassung hatte als Sie. Sie haben etwas verordnet, wo wir meinen, daß das nicht ganz unseren Vorstellungen und auch nicht den Zahlen entspricht. Bitte, so wurde es mir gesagt. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir sofort Gespräche aufnehmen, damit die Bauern von diesem Unrecht wieder befreit werden. Von 39 Groschen auf 64 Groschen wurde der Allgemeine Absatzförderungsbeitrag erhöht.

Ich glaube, daß man in diesem Zusammenhang schon in Erinnerung rufen muß, wie es war, als wir von einem anderen Milchsystem zur Milchmarktordnung übergegangen sind. Damals hat man die Meinung vertreten, daß 41 Groschen — Krisengroschen damals — etwas sind, was die Bauern nicht aushalten. Man hat uns in vielen, vielen Bereichen eingeredet — dies soll keine Kindesweglegung der Marktordnung sein, die wir dann gemeinsam beschlossen haben —, daß durch die Marktordnung dann letzten Endes eine Situation geschaffen wird, die dem Bauern den Preis und auch den Absatz garantiert.

Heute sehen wir, daß in diesem Zusammenhang gewisse Probleme aufgetreten sind. Ich würde es sogar so hart formulieren: Mit der Milchmarktordnung stehen wir leider Gottes im Eck.

Ich habe gerade gestern auch junge Bauern bei mir in Kärnten empfangen. Die Bauern haben die Frage gestellt, und diese Frage möchte ich auch Ihnen stellen, Herr Bundesminister: Wie soll es in diesem Bereich weitergehen? Auf der einen Seite haben wir die Mengenbeschränkung, auf der anderen Seite haben wir die zusätzliche Belastung und die Eigenleistung, die man erbringen muß. Im nächsten Bereich hat man eine wesentliche

Deutschmann

Qualitätsverbesserung erreicht, oder diese liegt noch vor uns. Wenn man dann danach fragt, was das den Bauern bringt, muß man feststellen, daß es ein Weniger ist.

Ich glaube, daß wir einen solchen Weg nicht gehen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir können einfach den Bauern nicht einreden, daß das der richtige Weg ist.

Herr Bundesminister! Wir müssen wissen, daß das Problem Milch — und ich möchte es nicht allein bei dem bewenden lassen —, auch das Problem Getreide, das Problem Vieh und das Problem der Forstwirtschaft Dimensionen annehmen, vor denen man Angst bekommen muß. Ich glaube, daß wir alle versuchen müssen, einen Weg zu finden, der uns letzten Endes in eine günstige Position bringt.

Ich möchte auch ganz kurz zur Preisgestaltung kommen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr oft erklärt man, die Preise der Landwirtschaft seien zu hoch, deshalb der Anreiz, immer mehr und mehr zu produzieren.

Wir sind gerade gegenteiliger Meinung. Die Preise führen die Bauern dazu, daß sie mehr produzieren, damit sie über die Runden kommen.

Ich würde wirklich heute noch einmal das Ersuchen an das Hohe Haus richten — wir haben einige Entschließungsanträge im Haus liegen, die nie einer Behandlung unterzogen worden sind —, daß man Modelle für landwirtschaftliche Produktionen durchführen und untersuchen möge. Dann wird man feststellen, daß die Bauern unterpreisig erzeugen, und dann wird man auch in der Lage sein, mehr Verständnis für unsere Bauern aufzubringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Klubobmann Wille! Jetzt kurz noch zu Ihren Ausführungen. Ich habe vorhin darauf verwiesen, was Sie laut „Salzburger Nachrichten“ zu den 3 1/2 bis 4 Prozent Sozialprodukt gesagt haben. Ich glaube, Sie haben recht. Diese Aussage oder Ihre Einstellung muß zum Denken Anlaß geben.

Auf der einen Seite lesen wir in diesem Buch vom Herrn Landwirtschaftsminister — ich danke für die Übermittlung —: Hohe Wertschöpfung der Bauern im Jahre 1984. Auf der anderen Seite lesen wir: Die Arbeitsproduktivität stieg in der Landwirtschaft seit 1970 wesentlich stärker, nämlich um 113 Prozent,

als in der Industrie mit 76 Prozent. Das heißt, daß die Ursache für diese Entwicklung und den geringen Anteil des Sozialproduktes nicht bei den bäuerlichen Menschen liegt. Unsere Bäuerinnen und Bauern arbeiten brav, sie leisten Enormes. Und ich glaube, wir sind ihnen eher verpflichtet, Dank zu sagen für diese Arbeit, als daß man sagt: Ja warum ist das Sozialprodukt nicht höher? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr Geehrten! Ich würde sagen, daß wir wissen — und ich nehme an, Herr Klubobmann Wille, Sie wissen es —, daß andere Umstände einer positiven Entwicklung entgegenstehen. Wenn Sie das so sehen wie ich, dann sind wir auf einer Linie.

Herr Klubobman! Dann bitte ich Sie, auch mitzuhelfen, daß wir in der Agrarpolitik Wege gehen, die letzten Endes das Einkommen des Bauern sichern und auch die Gewähr geben, daß dann die Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Aber wir erkennen leider aus diesem Budget 1986 nicht die Ansätze. Wir sehen kaum die Möglichkeit, neue Maßnahmen in der Agrarpolitik zu setzen. Deshalb lehnen wir das Budgetkapitel Landwirtschaft ab. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.44

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pfeifer. Ich erteile es ihm.

13.44

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Seit 15 Jahren lehnt die große Oppositionspartei mit eigentlich fast immer gleichen Argumenten das Budgetkapitel Landwirtschaft, den Grünen Plan und vorerst natürlich auch schon den Grünen Bericht ab.

Es gibt kaum neue Argumente. Man erfährt zum 15. Male, daß die Opposition enttäuscht sei, daß die Ansätze zu gering seien.

Wenn man in den schriftlichen Aussendungen des ÖVP-Bauernbundes und der Opposition ein wenig nachliest, dann geht daraus hervor, daß seit 15 Jahren die Bauern permanent zugrunde gehen müssen. Seit 15 Jahren redet das die ÖVP ununterbrochen, aber speziell bei der Debatte über das Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft und den Grünen Plan, den Bauern ein und erklärt dann außerdem, daß die Abwanderung so groß sei.

Hohes Haus! Ich möchte Sie doch daran erinnern, wann die Abwanderung aus der

Pfeifer

Landwirtschaft am größten war: Das war in jenen Zeiten, Herr Kollege Deutschmann, meine Damen und Herren des ÖVP-Bauernbundes und der rechten Seite dieses Hauses, als die ÖVP allein regiert hat. Da haben im Schnitt 20 000 Bauern pro Jahr ihre Werkstätte Bauernhof verlassen, weil Sie sie so gut vertreten haben, meine Damen und Herren.

Wenn immer wieder die Frage kommt: Warum wandern denn so viele Bauern ab, und wieso geht es ihnen denn schlecht?, dann muß ich Ihnen sagen, daß die Bauern eigentlich erst, seit Sozialisten regieren, seit 1970, die Möglichkeit hatten, in den Nebenerwerb zu gehen. Ja wer hat denn eine Beschäftigungspolitik betrieben, die es jenen Bauern, deren Betrieb zu klein war, ermöglichte, sich etwas dazuzuverdienen? Das haben wir gemacht!

Wenn Sie meinem Klubobmann, Kollegen Wille, vorwerfen, daß er Ihrer Meinung nach gegen die Bauern agiere, dann sage ich Ihnen, daß er einer der Federführenden war und ist, daß Tausende kleine Nebenerwerbsbauern ein zusätzliches Einkommen infolge der Vollbeschäftigungspolitik erreichen konnten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Auch in schwierigen Zeiten, in denen wir natürlich Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben, in denen es keine Selbstverständlichkeit ist, daß die Leute Arbeit finden, tun wir alles, damit jene Tausenden, ja Zehntausenden Bauern Arbeit und ein zusätzliches Einkommen haben. Das möchte ich Ihnen auch einmal gesagt haben, meine Damen und Herren.

Und jetzt zu einigen der Fragen, die Kollege Deutschmann angeschnitten hat.

Er meinte, als er sich am Rande mit dem Budgetkapitel beschäftigte, daß alles zuwenig sei. Daß die Bauern enttäuscht sind, hat er uns schon im Ausschuß gesagt. Kollege Derfler und alle anderen Redner der Volkspartei werden uns das sicherlich auch noch sagen und haben es uns zum Teil schon wiederholte Male gesagt.

Ihr Standpunkt ist seit 15 Jahren der gleiche: Die im Grünen Plan und im Bergbauern-Sonderprogramm vorgesehenen Milliardenbeträge für Preisausgleichsmaßnahmen sind zu gering, es ist alles nichts. Seit 15 Jahren sagen Sie, das Budget sei schlecht, die Bauern gehen zugrunde. Aber mit beiden Händen greifen Sie zu, wenn dann die Milliarden verteilt werden. Aber Sie sagen seit 15 Jahren permanent nein, greifen diese Politik an und

wollen den Bauern einreden, daß es ihnen schlecht gehe. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Herr Bundesminister und Herr Staatssekretär! Ich möchte Ihnen sehr für diese wirklich gute Informationsschrift danken, wo die Zahlen für die Landwirtschaft aus einem Guß vorliegen. Jeder kann hier blättern und nachlesen, jeder kann sich, wenn Sie so wollen, in Landwirtschaftspolitik, die wir seit 15 Jahren verantworten, auch ein wenig nachbilden.

Meine Damen und Herren! Es wird immer wieder auch davon geredet, daß das Budget zusammengestrichen wurde. Darf ich Sie, meine Damen und Herren, daran erinnern, daß allein im Kapitel 62 23 Prozent mehr vorgesehen sind, und das sind bei der Milch immerhin 334 Millionen Schilling.

Ich gebe gerne zu, daß es aufgrund der allgemeinen Situation doch für jeden einsichtig sein müßte, daß wir gewisse Schwerpunktmaßnahmen in der Landwirtschaftspolitik setzen müssen. Dies auch aufgrund der klaren Festlegungen in der Budgetpolitik.

Aber was bereitet uns denn eigentlich die großen Sorgen? — Die großen Sorgen, meine Damen und Herren, machen uns die Probleme — und Kollege Deutschmann hat sie angesprochen — bei Getreide, bei der Milch, in den Hauptproduktionsparten in der Landwirtschaft.

Auch hier ein offenes Wort: Seit Jahrzehnten haben Sie immer den Bauern eingeredet: Produziert doch mehr!

Darf ich Ihnen auch hier meinen Standpunkt kurz darlegen. Es ist nicht so, daß der Bauer deswegen mehr produziert, weil er einen niedrigen Preis bekommt. Aufgrund der Erkenntnisse der modernen Wissenschaften, der großen Fortschritte auf der Saatgutseite, der großen Fortschritte in der Landwirtschaft, auch in der Gentechnik, bei den Milchleistungen war es möglich, daß mehr produziert werden konnte und kann. Daher müssen wir uns rechtzeitig zusammensetzen, um in der so wichtigen Frage der zu großen und die Allgemeinheit belastenden Produktionen gemeinsame Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Hohes Haus! Wir wissen, daß es verschiedene Vorschläge auf dem Getreidesektor gibt. Wir haben — und das sei vorangestellt — bei Produkten, die der Marktordnung unterliegen — da kann sich niemand von den beiden großen Parteien im Haus davonschleichen —, gleiche und gemeinsame Verantwortung. So

Pfeifer

will es die Zweidrittelmajorität, so will es das Bundesverfassungsgesetz.

Um bei Getreide zu bleiben, muß ich doch erwähnen, welche Vorschläge wir von Ihnen bisher bekommen konnten. Sie haben uns auch in der Kammer, in der Vollversammlung der niederösterreichischen Kammer — aber auch der Bauernbund im allgemeinen vertritt diese Auffassung — erzählt, wenn man an die Lösung dieser Fragen bei Getreide gehe, dann denken Sie — ich werfe Ihnen das nicht vor — daran, daß man den Bauern die Treibstoffverbilligung zum Teil wegnehmen und damit den Export von Getreide finanzieren könnte. Sie wissen, daß etwa eine Milliarde Schilling für die Treibstoffverbilligungsaktion an alle Bauern Österreichs ausgezahlt wird. Und ich höre mit Interesse von Ihrer Seite, daß eigentlich ... *(Zwischenruf des Abg. Gurtner.)* Warten Sie ein bißchen, Herr Kollege, ich sage es Ihnen schon. Sie wissen es sowieso, daß es niemand anderer war als die sozialistischen Bauern, die die Flächenstillegungen auf diesem Sektor ins Gespräch brachten.

Sie haben ganz einfach diese Vorschläge als Bankrotterklärung der Agrarpolitik hingestellt und haben gesagt, Sie könnten sich eine Produktionsrücknahme, eine Brache überhaupt nicht vorstellen. Diese hat es früher schon gegeben, und sie hat unserer Meinung nach sehr wohl den Boden verbessert. Dies ist sehr wohl von der Seite des Umweltschutzes eine wichtige Frage und ist auch aus der Sicht der Bodenverbesserung nicht so mit einem Handstreich vom Tisch zu fegen. Man sollte sich darüber unterhalten.

Sie haben uns jedenfalls wissen lassen, daß Sie mit dieser Frage eher nichts zu tun haben wollen. Neben dem Umstand — auch das habe ich mit Interesse vermerkt —, daß Sie den Bauern die Hälfte der Treibstoffverbilligung wegnehmen wollen, haben Sie als zweiten Vorschlag eine Sondersteuer auf Düngemittel unterbreitet, eine Sondersteuer, die, so hören wir, bis zu etwa 25 Prozent gehen soll.

Ich sage Ihnen als Vorsitzender der SPÖ-Bauern und als bäuerlicher Abgeordneter hier im Parlament, daß wir von diesem Vorschlag sehr wenig halten, weil wir ganz einfach wissen, daß die Bauern die Düngemittelgaben auf ihren Äckern kaum reduzieren werden. Sie werden trotzdem die Produktion nicht einschränken. Nur Sie werden dann, wenn die Grünen Berichte nicht so schön anschauen wie der vergangene, kommen und sagen: Der Düngemittelpreis ist zu hoch, die Sondersteuer bei Düngemitteln ist ganz ein-

fach notwendig gewesen. Herr Finanzminister! Herr Landwirtschaftsminister! Geben Sie wieder mehr Geld den Bauern! — Geld das Sie den Bauern zuerst durch die Steuer auf Düngemittel wegnehmen wollen.

Wir halten weder etwas von dem Vorschlag, den Bauern die Treibstoffverbilligung zu reduzieren, noch von jenem, eine Sondersteuer für Düngemittel einzuheben. Und wir meinen — und das sage ich hier sehr bewußt —, daß wir uns über den Vorschlag der Flächenstillegungsprämien sehr bald auch auseinandersetzen und gemeinsam darüber verhandeln sollten.

Und jetzt ein paar Bemerkungen, meine Damen und Herren, zum Kapitel 62: Preisausgleiche; ebenfalls ein Problem, das keine Kleinigkeit ist: die Problematik auf dem Milchsektor.

Herr Präsident Deutschmann! Ich möchte nur erinnern: Wir wissen, wie schwer wir uns alle 1978 zu dem Milchmarktmodell entschlossen haben. Ich gehe so weit mit Ihnen, daß ich gerne unterstreiche, daß damals der Milchkrisengroschen in einer Höhe von 39 bis 42 Groschen in etwa gelegen ist und wir alle damals der Meinung waren, daß wir diese Situation, die sehr negativ für die Bauern, für die Milchbauern war, ändern müssen.

In diesen schwierigen Verhandlungen, als wir um dieses Milchmarktmodell gerungen haben, über das wir jetzt weiter reden müssen, haben wir den Standpunkt vertreten, daß es nicht so sein soll, daß Bauern entsprechend der Höhe der Überlieferung in umso höhere Richtmengen hineinkommen. Keine Frage, es war damals Neuland für jeden.

Wir wissen, daß die Spätfolgen dieser Situation, in der wir uns jetzt befinden, Herr Bundesminister und meine Damen und Herren, von den Anfangs-, ich möchte sagen, von den Erbsünden des Jahres 1978 herrühren. Damals waren Sie, obwohl wir gewarnt haben, in keiner Weise bereit, auf diesem Sektor nachzugeben.

Ich glaube auch, daß wir über den Milchsektor sehr bald Gespräche führen sollten. Je rascher wir dazu kommen, umso besser, meine ich, wird die Situation zu bewältigen sein.

Hohes Haus! Ich möchte auch noch ein paar Bemerkungen zu den Fragen auf dem Vieh- und Fleischsektor machen. Auch hier haben wir — das wissen Sie alle — keine einfache

Pfeifer

Situation. Ich bin aber davon überzeugt, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Der Herr Bundesminister hat ja schon die Information im Parlament gegeben.

Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, auch heute wieder bitten und ersuchen, dafür zu sorgen, daß wir so rasch, wie dies bei dem schwerfälligen Block der EG möglich ist, zu einer Diskussion über den Agrarbriefwechsel kommen. Wir müssen versuchen, alle diese Probleme in Brüssel wieder auf den Tisch zu legen, damit wir für die Agrarhandelsbilanz, für die österreichische Landwirtschaft und für unsere Exporte eine bessere Position erreichen. Ich bin mir dessen bewußt, daß hier nur die Politik der kleinen Schritte möglich ist, wir sollten sie aber sehr bewußt und sehr bestimmt fortsetzen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir, die sozialistische Fraktion dieses Hauses, werden dem Budget 1986 zustimmen. Wir werden dem Grünen Plan zustimmen, wir werden selbstverständlich allen auf der Tagesordnung stehenden Kapiteln die Zustimmung geben.

Ich möchte mich aber, bevor ich schon zum Schluß komme, doch noch mit dem Grünen Plan beschäftigen. Der Grüne Plan, der das wichtigste Förderungsinstrument der Land- und Forstwirtschaft ist, ist ganz einfach eine Notwendigkeit für die Landwirtschaft. Ich bin sicher, daß er bei der Schwerpunktbildung, die er ausweist, auch im Jahre 1986 eine echte Hilfestellung für die Bauern darstellt.

Ich habe Ihnen schon gesagt, daß Sie überhaupt — ich darf das noch einmal unterstreichen — keinen sachlichen Grund haben, zu diesem Grünen Plan, aus dem die Landwirtschaft Milliardenbeträge für die Förderung und für die Bewältigung ihrer Aufgaben bekommt und braucht, nein zu sagen. Sie tun das seit 15 Jahren, und Sie tun das, wie ich glaube, ohne einen sachlichen Grund zu haben.

Meine Damen und Herren! Wir werden, wenn wir die Landwirtschaftsprobleme in Zukunft bewältigen wollen, sehr rasch — auch das darf ich wiederholend sagen — Gespräche zu führen haben. Wir sollten sie so führen, daß wir in sachlicher Weise in der Lage sind, die Probleme anzugehen und auch zu lösen.

Wir wissen, daß wir in Österreich, in unserem Land, bisher — und das möchte ich auch unterstreichen — in der Lage waren, jene

Kürzungen, die in der EG für die dortigen Bauern leidvollst passiert sind, den österreichischen Bauern zu ersparen. Das sollte man in der Agrardebatte, in der Debatte über den Grünen Plan und über das Budget 1986 auch wieder einmal feststellen.

Aber wir müssen ganz einfach Wege und Mittel finden, Vorschläge finden, wie wir die Überproduktion zurücknehmen können, weil wir ganz einfach glauben, daß es in der Zukunft nicht so sein wird, daß die Steuerzahler bereit sind, für die Landwirtschaft jede Produktionsmenge mitzufinanzieren.

Hohes Haus! Wir wollen nicht haben, daß unsere hart arbeitenden Bauern das gleiche Schicksal erleiden, wie es in Amerika bereits viele Farmer erlitten haben und erdulden müssen, daß sie im Überschuß vor die Hunde gehen, im Überschuß zugrunde gehen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir da nicht rasch zu gemeinsamen Überlegungen zugunsten der Landwirtschaft und der Konsumenten kommen, dann werden wir den Bauern so manches böse Schicksal nicht ersparen können. (*Abg. Fachleutner: Die Alternativen nutzen, Herr Kollege! Bei 60 oder 70 Milliarden für Energieimporte wäre es nicht zuviel verlangt, wenn man 10 Prozent über Alternativen entlasten würde!*)

Herr Kollege Fachleutner! Ich kann mir vorstellen, daß sich der Bauernbund, wenn er zuerst einmal 300 000 Unterschriften zusammenrommelt und den Leuten sagt: Jetzt werden wir als Opposition es der Regierung zeigen, jetzt unterschreibt, der Biosprit muß her, Anfrage: wer zahlt das? — selbstverständlich der Bund, der Steuerzahler —, ein wenig schwertut, von den Alternativen wegzukommen. (*Abg. Fachleutner: Das ist eine Polemik!*)

Aber, Kollege Fachleutner, es wird in der Zukunft nicht so gehen, daß Sie als Opposition, wenn Sie glaubhaft bleiben wollen, ganz einfach sagen, Alternative ist der Biosprit, und alles, was an Zahlen, an geldlichen Forderungen übrigbleibt, soll der Finanzminister auf den Tisch legen. Das wird nicht gehen.

Meine Damen und Herren! Wir wissen sehr wohl, der Herr Bundesminister und die Bundesregierung haben auf diesem Sektor einiges getan. Sie wissen, daß wir für den Ölsaatensektor Geld möglich gemacht haben, aber glauben Sie denn im Ernst, Herr Kollege Fachleutner, daß wir, die wir 200 000 Hektar Getreidefläche zu viel in der Produktion

Pfeifer

haben, das mit Alternativen allein lösen können? Da gibt es halt ganz einfach Auffassungsgegensätze und Auffassungsunterschiede.

Wir meinen — bitte, das ist ja nicht der letzte Vorschlag, das ist ja nicht die Idee, die ganz einfach noch nie gekommen ist —, Sie wissen, daß die Flächenstillegungsprämien in Amerika sehr wohl vorhanden waren (*Abg. Fachleutner: Wird nicht mehr gemacht!*), Sie wissen aber auch, daß sie in der EG diskutiert werden ... (*Abg. Gurtner: Das war der größte Flop in Amerika!*) Herr Kollege, darf ich auch dazu noch Stellung nehmen? Allmählich muß ich dann schon auf die Zeit achten, aber ich sage Ihnen gerne, Herr Kollege ... (*Abg. Gurtner: Die Flächenstillegungsprämie wäre die teuerste Lösung, das ist sicher!*) Sie bezeichnen das vorläufig als „Bankrott der Agrarpolitik“. Ich habe das vermerkt, das ist Ihr Standpunkt. Ich bin deswegen nicht unglücklich darüber. Sie sagen jedenfalls, lieber nehmen wir den Bauern die Treibstoffverbilligung weg, lieber machen wir eine Sondersteuer zu den Düngemitteln, aber zur Einschränkung der Produktion haben Sie eigentlich, außer daß Sie ab und zu einmal in der Zeitung darüber schreiben, noch sehr wenig Positives gesagt.

Weil Sie jetzt von den Flächenstillegungsprämien in Amerika reden: Sie wissen, daß sehr lange Zeit in Amerika die Flächenstillegungsprämien als Vorschlag von der Regierung beschlossen wurden. Ich glaube, in einem, Herr Kollege, sind wir uns sicherlich einig: daß die Struktur der Landwirtschaft Amerikas mit der Österreichs nicht gleichzusetzen ist. Amerika hat bei Getreideanbau die großflächige Struktur, da kann ich mir sehr wohl vorstellen, daß die Flächenstillegung, die Kontrolle der Flächenstillegung bei dem Größenausmaß der Betriebe sicherlich nicht einfach zu bewerkstelligen ist.

Eines sage ich Ihnen offen: Bei der eher kleinstrukturierten Betriebsstruktur in Österreich wäre die Kontrolle einer Flächenstillegung absolut leicht zu bewältigen, das ist überhaupt kein Problem.

Ich behaupte, wenn wir dem Bauern sagen, daß er um das Geld, das ihm praktisch als Verwertungskostenbeitrag abgezogen wird, Prämien bekommt und damit auch eine echte Bodengesundung, eine vernünftige Fruchtfolge zustande bringt, daß auch hier — ich wiederhole das sehr bewußt — eine Position erreicht werden würde, wo die Böden, die sehr oft schon ausgelaugt sind, echt gesunden

würden. Ich bin davon überzeugt, daß das ein Vorschlag wäre, den man echt überlegen und diskutieren sollte.

Wenn ich mit den Bauern in den Dörfern darüber rede, dann zeigt sich, daß diese nicht abgeneigt sind. Wenn ich ihnen sage: Aber eure Interessenvertretung, meine Damen und Herren, will euch die halbe Treibstoffverbilligung nehmen, dann sind sie damit eigentlich nicht einverstanden. (*Abg. Gurtner: Wer hat denn das gesagt, Herr Abgeordneter Pfeifer?*)

Herr Kollege Gurtner, darf ich Sie nur informieren — ich nehme an, daß Sie wie andere auch Zeitungen lesen —: Der Generalsekretär der Präsidentenkonferenz Korbl hat diese beiden Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Ein Vorschlag: Reduzierung der Treibstoffverbilligung, und damit Finanzierung der Exportvermarktung, und Überlegung einer Sondersteuer für Düngemittel. (*Zwischenruf des Abg. Gurtner.*)

Auch bei der Vollversammlung der Landwirtschaftskammern haben sehr prominente Vertreter von Ihrer Seite diese Vorschläge auf den Tisch gelegt. Sie können es nachlesen, Sie brauchen sich nur die Protokolle zu beschaffen.

Hohes Haus! Ich glaube, daß wir mit dem Budget 1986 schwerpunktmäßig, ich sagte das schon, die Landwirtschaft in die Lage versetzt haben, daß das Jahr 1986 für sie wiederum vom Budget her ein bewältigbares und gutes Jahr darstellt.

Ich möchte zum Schluß kommend den Beamten des Hauses, dem Herrn Bundesminister und dem Herrn Staatssekretär für diese nicht einfache Art der Bewältigung des Landwirtschaftsbudgets danken.

Und ich möchte noch ganz besonders allen Bäuerinnen und Bauern Österreichs dafür danken, daß sie in überreichem Maße den Tisch der Bevölkerung decken.

Ich möchte noch sagen, daß die Bauern von uns zu verlangen haben, und wir werden diese Herausforderung aufzunehmen haben, daß wir das Problem der Überschüsse nicht zu Lasten der Bauern und der Konsumenten, sondern zugunsten beider lösen und hier eine entsprechende Möglichkeit gemeinsam suchen und diese auch finden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 14.13

Pfeifer

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Alois Huber. Ich erteile es ihm.

14.13

Abgeordneter Alois **Huber** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich bin mir dessen bewußt, daß ich mit meinem Bericht heute wenig Applaus haben werde. Aber es geht mir heute nicht um den Applaus, es geht mir sehr wohl darum, einmal die tatsächliche Lage der Landwirtschaft hier im Hohen Hause aufzuzeigen.

Ich möchte gleich zu Beginn mit der Meinung aufräumen, daß die Landwirtschaft jährlich 22 Milliarden Schilling zur Verfügung hat. Erlauben Sie mir, daß ich das doch zergliedere, welche Posten der Landwirtschaft wirklich zugute kommen und welche Posten sicherlich zu einem Teil oder überhaupt nichts mit der Landwirtschaft zu tun haben.

Ich beginne mit dem Bergbauernzuschuß, weil ich selbst ein Bergbauer bin, und stelle fest, daß es sehr wohlwollend zu verzeichnen ist, daß die Regierung immerhin im Budget 1 200 Millionen Schilling dafür vorgesehen hat.

Ich wende mich nun in Richtung Opposition und erlaube mir die Feststellung, daß aus dem „Tabakgeld“ doch letzten Endes eine ansehnliche Hilfe für die Bergbauern geworden ist.

Ich erwähne wohlwollend den Grünen Plan mit all seinen Dotierungen, sowohl der Zinsenzuschüsse als auch der nicht rückzahlbaren Förderungen.

Hohes Haus! Ich möchte auch den relativ hohen Zuschuß zur Pensionsversicherung der Bauern nicht verschweigen; es sind immerhin über 9 Milliarden Schilling, ein ganz erklecklicher Betrag. Aber ich glaube doch sagen zu dürfen, daß letzten Endes ja auch andere Berufsgruppen erhebliche Zuschüsse erhalten und daß die Bauernschaft in einer denkbar ungünstigen Situation ist, weil sich bereits die Pensionisten mit den aktiven Bauern, mit den Beitragszahlern die Waage halten.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nun zu jenen Millionen und Milliarden, die der Bauernschaft nur zum Teil, aber sicherlich auch der Allgemeinheit zugute kommen. Ich muß hier auch die 1 203 Millionen der Beamtenschaft erwähnen — nicht als Vorwurf, denn ich weiß, daß die Beamtenschaft

notwendig ist —, aber sie der Bauernschaft zuzurechnen, das erscheint mir als zu einfach. Weiters sind 1 667 Millionen für Sachaufwand. Für Lawinen- und andere Schutzbauten, die ja letzten Endes der gesamten Bevölkerung zugute kommen, sind es immerhin 1 488 Millionen Schilling, darüber hinaus sind noch erkleckliche Beträge für Wegbauten und Telephonanschlüsse. Ich möchte auch hier darauf hinweisen, daß viele Wege dem Fremdenverkehr dienen und daß auch bei Telephonanschlüssen viele Milchbauern ebenfalls in den Genuß der Subvention gelangen.

Ich möchte auch die Forschung erwähnen, diese kommt nicht nur der Bauernschaft allein zugute.

Und nun zum größten Brocken, zu den Preisausgleichen. Für Brotgetreide sind es immerhin 741 Millionen, für Milch 3 221 Millionen, für Getreide 698 Millionen, für Futtermittel 110 Millionen, für die Bewältigung des Exportes von Vieh, sowohl Nutz-, Zucht- als auch Schlachtvieh, immerhin 1 500 Millionen Schilling. Davon bringen die Bauern in Form von Absatzförderungsbeiträgen selbst 1,6 Milliarden auf, auch das möchte ich heute hier ganz unumwunden feststellen.

Aber nun zur Frage: Wie konnte es eigentlich zu dieser Entwicklung kommen? Ich glaube, daß man auch darauf einmal ganz dezidiert hinweisen muß. Nach dem Zweiten Weltkrieg war man sicherlich bewußt bestrebt, die Grundnahrungsmittel billig zu halten, um möglichst viel für den Wiederaufbau und für Konsumgüter zur Verfügung zu haben.

Erlauben Sie mir heute hier einmal Preisvergleiche aus meiner eigenen Erfahrung darzulegen, denn ich habe meine Laufbahn als landwirtschaftlicher Pächter im Jahre 1953 begonnen: 1 Kilogramm Lebendgewicht Schweinefleisch 13,50 S — 1985 19,50 bis 20 S; 1958 ein Festmeter Rundholz Klasse AB 540 S — 1985 1 000 S; eine Facharbeiterstunde unter dem Meister 1958 20 S — 1985 310 S; ein Beispiel aus dem Bereich der Dienstleistungen, für ein halbes Jahr Rauchfangkehren 38,50 S im Jahre 1953 — 460 S im Jahre 1985.

Daher, meine geschätzten Anwesenden, war die Bauernschaft förmlich zur Mehrproduktion gezwungen. Und aus dieser Mehrproduktion hat sich dann das Überschußproblem ergeben.

Geschätzte Damen und Herren! Beginnen

Alois Huber

wir bei der Milch. 1978: eine Marktleistung von 2,2 Millionen Tonnen und ein Stützungserfordernis von 1 300 Millionen. 1978 hat man die Kontingentierung eingeführt, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. 1986: eine Marktleistung von voraussichtlich 2,4 Millionen Tonnen, aber ein Stützungserfordernis von 3 121 Millionen, davon wieder Bauerngelder von rund 1 Milliarde Schilling. In dieser Situation noch Milchimporte durchzuführen, das betrachte ich einfach als hellen Wahnsinn. (*Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.*) Sie können sich heute den Applaus sparen. Ich habe das eingangs erwähnt. (*Abg. Brandstätter: Wir dürfen ja!*)

Bei der letzten Milchmarktordnung wurde aus freiheitlicher Sicht in Anbetracht dieses Mißstandes auf die Aktion Milchlieferverschicht hingewiesen und diese Aktion auch vertreten. Sie wurde letzten Endes eingeführt. Aber ich möchte heute hier auch aussprechen, daß es uns dabei nicht möglich war, beim Koalitionspartner unsere Vorstellungen voll zu realisieren. Wir wollten bei 100 000 Tonnen Milchlieferverschicht 2 S pro Liter als Prämienabgeltung haben, was dem Finanzminister 200 Millionen gekostet hätte. Das Ergebnis waren 1,20 S bis zu einer Liefermenge von 20 000 Liter, 80 Groschen bis zu einer Liefermenge von 40 000 Liter und 50 Groschen darüber hinaus.

Meine geschätzten Damen und Herren! Hier muß ich heute, auch wenn ich die Koalition bejahe, Herrn Finanzminister Vranitzky wenn schon nicht kritisieren, so doch ihm nahelegen, daß es sicherlich vernünftiger gewesen wäre, auf unsere Forderungen einzugehen (*Beifall bei Abgeordneten der ÖVP*), und daß das sicherlich gegenüber der Bauernschaft vertretbarer gewesen wäre, anstatt den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag von 39 Groschen — trotz Kontingentierung — auf 64 Groschen anzuheben.

Hohes Haus! Das sind für mich einfach untaugliche Maßnahmen! Ich glaube, es wäre vernünftiger, solche Aktionen zu setzen, um der Überschusssituation Herr zu werden, sie besser zu dotieren, denn dann, so bin ich überzeugt, werden sie von der Bauernschaft auch angenommen werden. Und dann werden wir, so bin ich ebenfalls überzeugt, das Überschußproblem viel eher in den Griff bekommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Aktion Eiweißfutterpflanzenanbau hinweisen. Meiner Auffassung nach erfolgt hier ebenfalls eine zu geringe Dotierung, und

anstelle von 20 000 Hektar war es nur möglich, 9 000 Hektar aus der herkömmlichen Produktion zu erzielen.

Der Bauernschaft aber mutet man trotz Produktionsbeschränkung Kontingentierung zu. Und hier möchte ich folgende Frage in den Raum stellen: Welcher Berufsstand würde es sich gefallen lassen, eine 15prozentige Einkommensminderung in Kauf zu nehmen? Soll das ein Weihnachtsgeschenk sein? — Ich glaube nicht.

Und dies, meine geschätzten Damen und Herren, erfolgt im Lichte oder, besser gesagt, im Schatten des Milliardendebakels bei der VOEST-ALPINE. Es ist einfach vernünftiger, Entlastungsaktionen besser zu dotieren, damit sie auch angenommen werden, als Milliarden ins Ausland zu verschleudern. Diesem Rate zu folgen, ist vorteilhafter für die Betroffenen, aber auch billiger für den Herrn Finanzminister und somit für den Steuerzahler. Es kann einfach nicht Sinn einer Agrarpolitik sein, Händlern, Exporteuren, ja selbst Genossenschaften fette Verdienste zu verschaffen.

Wenn Herr Präsident Deutschmann, mit dem mich an und für sich ein gutes Verhältnis verbindet, in der heutigen Kärntner „Kleinen Zeitung“ feststellt: FPÖler mögen den Hut nehmen, dann habe ich nichts gegen diese Feststellung, denn wir haben ihm schließlich das gleiche empfohlen. Aber es bleibt für mich die Frage offen, ob es für die Bauernschaft vorteilhafter und vernünftiger ist, wenn ein freiheitlicher Nationalrat und ein freiheitlicher Staatssekretär einmal divergierende Auffassungen haben und sich in die Wolle kommen, oder ob es vernünftiger und gescheiter ist, einfach zu schweigen, einfach geschockt zu sein und dazusitzen wie das Kaninchen vor der Schlange. — Darüber, glaube ich, können wir sicherlich streiten.

Es wäre aber zu billig, heute hier nur Versäumnisse aufzuzeigen, ohne auch dementprechende Vorschläge zu unterbreiten. Und so möchte ich wieder bei der Milch beginnen, wobei ich vorschlagen möchte, sofort den Prämiensatz auf 2 S pro Liter zu erhöhen, selbst rückwirkend. Was ist dies gegen die Milliardenverluste bei der VOEST? Und diese müssen doch letzten Endes auch verkraftet werden.

Sofortige Ausdehnung der Kälbermastprämie, Anhebung der Prämie bei der Mutterkuhhaltung, freiwilliger Lieferverschicht von 5 Prozent der Kontingentmenge bei Wegfall des

Alois Huber

allgemeinen Absatzförderungsbeitrages. Die dadurch freiwerdende Menge muß aus dem Markt heraus. Sie darf auch nicht für Härtefälle herangezogen und schon gar nicht — das möchte ich heute hier ganz dezidiert feststellen — durch Importe ersetzt werden, denn dann, glaube ich, können wir uns das alles von vornherein sparen.

Als letzter Vorschlag: die Herabstützung des Konsumentenmilchpreises für sozial bedürftige Mitbürger. Ich glaube, daß das noch eher vertretbar ist, als Milliarden an Steuergeldern ins Ausland zu verschleudern.

Ich erlaube mir, noch einen Vorschlag zu unterbreiten. Man sollte unter Umständen auch an eine Länderregionalisierung denken, weil einfach nicht einzusehen ist, daß Länder, die sich im Rahmen halten, für Länder, wo dies nicht der Fall ist, büßen müssen.

Nun ein paar Worte zur Molkereistruktur, weil darin, glaube ich, eine Ursache unseres Dilemmas zu sehen ist. Wir haben in Österreich rund 100 Molkereien. Die Schweiz weist allein 1 300 spezialisierte Käsereien auf. Wir haben uns zu Tode zentralisiert. *(Beifall bei Abgeordneten der FPÖ.)* Wir haben gewaltige, weite Transportwege zu bewältigen, und vor allem bei Milch ist dies sicherlich kein Vorteil.

Ich nenne hier als Beispiel einer solchen Zentralisierung die OKM, die sich über halb Kärnten erstreckt, die immerhin heute noch über 3 000 Mitglieder hat und die keinen so großen Saal hat, um eine Generalversammlung abzuführen, wenn alle Mitglieder daran teilnehmen würden. Man war daher gezwungen, auf das Delegiertensystem auszuweichen. Erlauben Sie mir die Feststellung, daß das für mich einfach Fehlentwicklungen sind!

Nun zum Vieh: abermals große Stützungserfordernisse. Hier muß ich etwas lobend erwähnen. Es geht um das Versäumnis der Zuchtverbände, unserem Hauptabnehmerland Italien dahin gehend Rechnung zu tragen, daß man einfach die Bestimmungen dieses Landes respektiert. Daß man einfach bei der Milchleistung den Eiweißgehalt nicht berücksichtigt hat, hat uns mehr als große Schwierigkeiten bereitet. Ich erwähne hier lobend unseren Staatssekretär Murer, aber auch den Herrn Bundeskanzler, die einschreiten mußten, um auf diesem Gebiet das Ärgste zu verhindern.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Vor etlichen Jahren war Österreich noch ein

Getreideimportland. 1985 haben wir uns bei der Exportmenge bereits der 1 Million-Tonnen-Grenze genähert.

Die Überschußverwertung bei Getreide erfordert 1986 1 439 Millionen, für Futtermittel 110 Millionen. Ebenfalls eine Situation, die auf Dauer unhaltbar ist!

Hier komme auch ich auf den Vorschlag des Direktors der Präsidentenkonferenz, Korbl, zu sprechen, der vorgeschlagen hat, eine 20prozentige Düngemittelsteuer einzuführen, des weiteren Verzicht auf einen Teil der Treibstoffrückvergütung, Einführung einer Saatgutsteuer.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Liebe Bauern! Dieser Vorschlag in Ehren, ich vermisse dabei aber eines: eine erhebliche Anhebung der Produzentenpreise. Denn wovon sollten denn sonst die Bauern leben? Das vermisse ich bei diesem Vorschlag.

Deshalb, glaube ich, ist auch der Vorschlag meines Vorredners Pfeifer bezüglich Einführung einer Flächenstillegungsprämie durchaus irgendwo in den Raum zu stellen. *(Abg. Fachleutner: Wir sind dafür!)* Ich mache auch kein Hehl daraus, daß sicherlich die Erzeugung von Biosprit eine Möglichkeit wäre, aus dieser Situation herauszukommen.

Das sind durchwegs Vorschläge, die letzten Endes vernünftiger sind als die gewaltigen Stützungserfordernisse.

Aber, geschätzte Damen und Herren, woran scheitert es? Für mich scheitert es am derzeitigen System. Es mag stimmen, daß Händler, Exporteure, ja selbst Genossenschaften hier anderer Meinung sind, aber in dieser Richtung wird es Änderungen geben müssen! Hier habe ich den Eindruck, daß die von mir erwähnten Kreise einfach keine Änderung wollen.

Nun zur Opposition, zum Bauernbund: Es ist sehr einfach, alles Vorteilhafte für sich zu reklamieren, alles Nachteilige der Regierung in die Schuhe zu schieben. Aber ich möchte hier auf die Zweidrittelbestimmung hinweisen, nämlich darauf, daß kein Gesetz beziehungsweise keine Maßnahme über die Bühne gehen kann ohne Ihre Zustimmung.

Es bleibt Ihnen überlassen, festzustellen, welche Ursache es gewesen ist, zu Zeiten der großen Koalition hier sozusagen einen Schutzwall gegenseitig aufzubauen. Aber wir haben uns heute eben noch mit diesem Schutzwall auseinanderzusetzen.

Alois Huber

Nun komme ich schon zum Schluß: In Anbetracht der schlechten Situation des bäuerlichen Berufsstandes ist es, glaube ich, mehr als höchste Zeit, daß wir — wenn wir schon verfassungsmäßig sozusagen zusammengebunden sind — uns doch gemeinsam bemühen, brauchbare Lösungen zu erbringen.

Bitte geben Sie sich — und hier spreche ich wieder zur Opposition hin — keinen Täuschungen hin! Wir werden Sie, so wie wir Sie aus der Mitverantwortung bei der VOEST nicht entlassen, auch nicht aus der Mitverantwortung bei der Landwirtschaft entlassen! (Abg. *Fachleutner*: Da rennen Sie offene Türen ein!)

Aber ich glaube, daß es höchste Zeit ist, daß wir gemeinsam an einem Strang ziehen, um endlich die Bauernschaft aus der Sackgasse herauszuführen. (Abg. *Fachleutner*: Das ist gut!)

Die freiheitliche Fraktion wird den Budgetkapiteln 60 und 62 ihre Zustimmung erteilen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 14.34

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Fachleutner. Ich erteile es ihm.

14.34

Abgeordneter **Fachleutner** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß es für eine Demokratie sehr wichtig ist, daß wir auch über spezielle Fragen mancher Berufsgruppen nicht nur im Finanzausschuß, sondern auch im Plenum eingehende Debatten abführen und damit auch das Spiegelbild, wie es sich für diese Berufsgruppen im laufenden Wirtschaftsjahr ergeben hat, einer Diskussion unterwerfen.

Wenn wir aber solche Diskussionen führen, sollte man sicherlich auch annehmen, daß auf Grund der Verantwortung sowohl der Regierungspartei als auch der Opposition letzten Endes jene Schwierigkeiten, die sich speziell für eine Gruppe ergeben haben, besprochen werden, und daß jene Möglichkeiten erörtert werden, die wir anpeilen müssen. Wir sollen uns aber nicht in Diskussionen auseinanderreden in bezug auf die Frage, ob die Unterstützungen der Landwirtschaft wichtig sind oder nicht wichtig sind oder wichtig wären, sondern wir sollten uns mit der Frage auseinandersetzen: Wie werden wir mit den Problemen, wie sie derzeit gegeben sind, fertig werden? Das ist, glaube ich, eine Entscheidung,

die die Parlamentarier und die Regierung zu treffen haben.

Ich muß ebenfalls den Klubobmann Wille zitieren. Ich glaube, daß er es nicht so gemeint hat, als er auch im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie vor einigen Tagen einmal gesagt hat, man soll auch einmal einen Hinweis auf die Landwirtschaft geben und sagen, wie viele Milliarden dort flüssiggemacht werden. So ähnlich, glaube ich, dem Sinne nach — zumindest stand es so in der Presse — hat er es gesagt.

Auch der Landeshauptmann von Kärnten hat eine ähnliche Aussage gemacht, nur mit einem Zusatz, von der Presse bekanntgegeben, und zwar dahin gehend: Wenn es so sein sollte, dann wird man in Zukunft nur eine Agrarpolitik kämpferisch durchsetzen, so ähnlich, oder eine Politik für die Verstaatlichte kämpferisch durchsetzen. Hier glaube ich, daß diese Meinung nicht richtig war, und zwar deshalb nicht richtig, denn wenn die Landwirtschaft eine Unterstützung in der Vermarktungspolitik erfährt, dann nicht deshalb, weil sie wirtschaftlich bankrott gegangen ist, zum Unterschied von den wirtschaftlichen Sorgen, wie sie in der verstaatlichten Industrie gegeben sind und in den letzten Tagen vor der Öffentlichkeit und auch im Plenum des Nationalrates sichtbar wurden. Da gibt es einen wesentlichen Unterschied: Man unterstützt Betriebe, wo man in den letzten Jahren vielleicht kaufmännisch zu wenig überlegte Maßnahmen gesetzt hat und in eine katastrophale Entwicklung gekommen ist. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind der österreichischen Landwirtschaft ungeheuer viel schuldig.

Blicken wir zurück an das Ende des Zweiten Weltkrieges! Ich gehöre sicherlich zu den älteren Abgeordneten dieses Hohen Hauses und konnte daher auch in der politischen Entwicklung alle Bundeskanzler, alle Landwirtschaftsminister bis zur gegenwärtigen Stunde verfolgen. — Die Gewerkschaften — ich denke an Präsident Böhm, ich denke auch an den Arbeiterkammerpräsidenten Mantler — haben nach 1945 an die Landwirtschaft den Appell gerichtet, die Produktion unbedingt zu steigern, damit eine Vollsättigung des Volkes eintreten könne; denn die 200 bis 300 Kalorien, die damals den Konsumenten angeboten wurden, waren ja keine zufriedenstellende Ernährung.

In diesem Zusammenhang gelang es der

Fachleutner

Landwirtschaft, in der weiteren Folge — das können wir heute auch feststellen — nicht nur gewaltige Mengen dem Konsum zuzuführen, sondern auch qualitativ hochwertige Produkte dem Konsumenten zu bieten, der die Möglichkeit bekam, eine Auswahl aus einer Vielzahl von Produkten — Veredelungsproduktion, pflanzliche Produkte und dergleichen — zu treffen.

In der weiteren Folge hat sich der Gesetzgeber bei dieser Produktionsentwicklung, Herr Bundesminister, auch etwas einfallen lassen. Es war Herr Landwirtschaftsminister Hartmann, der hier federführend war, nicht nur in der Marktordnung, sondern auch bei der Schaffung der drei Fonds. Es sind dies die drei wichtigsten Fonds, die in der Agrarpolitik — das gilt für damals und für heute — eine ungeheuer wichtige Funktion zu erfüllen haben. Es geht um die Kontrolle, auch um das Verteilen und eventuell auch um ein Lenkungsinstrumentarium für die Importe und Exporte. Dieses Instrumentarium soll auch in der Gesetzgebung beziehungsweise in den diesbezüglichen Einrichtungen praktikabel zum Einsatz gebracht werden. Das ist eine hervorragende Funktion bis zur Stunde, die sozialpartnerschaftlich im Interesse der Konsumenten ausgeübt wurde. Das sollten wir sehen.

Gewisse politische Mandatare versuchen ständig, diese Einrichtungen in Zweifel zu ziehen, schlagen aber nicht gleichzeitig eine Alternative, andere Konstruktionen, vor. Solche Praktiken kann ich in der Politik nicht ganz ernst nehmen. Ich muß das leider auch Herrn Kollegen Peter sagen, der kürzlich ebenfalls diese Einrichtungen in Zweifel gezogen hat. Er sagte, daß sie nicht mehr der heutigen Entwicklung in der Agrarpolitik entsprechen. (*Zwischenruf des Abg. Peter.*)

Herr Kollege Peter! Ich glaube, wenn wir sie nicht hätten, müßten wir sie erfinden!

Ich glaube, daß diese Einrichtung auch in der politischen Szenerie einen gewaltigen Ausgleich, wirtschaftlich und politisch, erbracht hat. In meiner Abteilung, Herr Kollege Peter, werden 95 Prozent aller Beschlüsse einstimmig gefaßt, ohne wesentliche Schwierigkeiten. Wir versuchen fallweise, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft darauf hinzuweisen, daß es richtiger wäre, diese oder jene Maßnahme durchzusetzen.

Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird sich vielleicht noch

daran erinnern können, daß auch ich in einer sehr heiklen Frage der Vermarktungspolitik einen Beitrag geleistet habe (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Stimmt!*), wodurch ich in meiner Gruppe am Anfang in einer harten Diskussion bestehen und mich einer Kritik unterziehen mußte. Ich habe mir gesagt: Wenn wir uns Konsenspolitik auch in der Vermarktungspolitik verschrieben haben, dann müssen wir versuchen, durch Abwägung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze in der Einrichtung praktikable Maßnahmen zu treffen. Nur: Eines, Herr Bundesminister, gefällt mir nicht ganz, nämlich daß man dann, wenn Gespräche unter den Sozialpartnern stattfinden — das sind auch Sozialpartner — und wir Meinungen vertreten darüber, wie man eventuell Einnahmen erschließen kann, ans Rednerpult geht und diese Fragen hier zur Diskussion stellt, sie entweder ablehnt oder annimmt. Ich halte das für ein gefährliches Spiel.

Ich habe immer versucht, in der Auseinandersetzung über Fachfragen der Vermarktungspolitik nicht politisch, sondern sachlich zu denken. Meine Hinweise waren als eine Beihilfe gedacht. Man war einige Male bereit, diese hier und auch im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft anzunehmen. Daher verstehe ich nicht, wenn manchmal Dinge in die Öffentlichkeit gesetzt werden, die die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit — von der Sie auch öfters reden — eventuell in Frage stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich die landwirtschaftliche Entwicklung anschaut — man spricht von Strukturpolitik, wie es in der Industrie fallweise gang und gäbe ist —, dann kann man feststellen, daß sich auch in der Landwirtschaft Gewaltiges getan hat. 1970 waren noch 450 000 Menschen in der Landwirtschaft aktiv beschäftigt, 1984 waren es nur mehr 270 000. Das heißt, daß 180 000 Menschen aus der Landwirtschaft abgewandert sind, und zwar in den Handel und das Gewerbe sowie in die Industrie, was für diese Bereiche eine große Ausweitung bedeutete. Weil sich öfters der Sozialminister von der Regierungsbank aus rühmt, daß wieder mehr Menschen beschäftigt wurden: Der Grund dafür besteht doch darin, daß jene, die betrieblich nicht bestehen konnten, durch Abwanderung der Industrie, dem Handel und Gewerbe zugeführt wurden.

Herr Bundesminister! Auch die Einkommenslage hat sich leider nicht positiv, sondern negativ entwickelt. Im Jahre 1985 wur-

10400

Nationalrat XVI. GP — 118. Sitzung — 10. Dezember 1985

Fachleutner

den beispielsweise nominell 5 Prozent, real 8 Prozent erreicht, verglichen mit 1980, als es 3 Prozent minus waren. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts dieser Tatsachen darf man sich nicht wundern, wenn eine sehr harte Kritik von seiten der Opposition gegenüber der Politik dieser Bundesregierung für die Berufssparte Landwirtschaft in der Öffentlichkeit kundgetan wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind Tatsachen. 1970 waren in der Landwirtschaft noch 14,5 Prozent tätig, nach 1945 waren es über 30 Prozent, jetzt sind es nur mehr 8 Prozent. Es hat sich also im Zusammenhang mit der strukturellen Entwicklung sehr viel geändert, zum Teil auch positiv. Aber trotzdem bin ich der Meinung, Herr Klubobmann, daß ein bäuerlicher Betrieb — als bäuerlichem Vertreter blutet mir das Herz dabei — nicht deswegen zusperren muß, weil er zu klein ist, sondern deswegen, weil er nicht existieren kann, weil durch die Belastung die Preisentwicklung keine Abdeckung findet.

In Zusammenhang damit bringt man — ich möchte diese Frage gleich einfließen lassen — dann die Stilllegungsprämie. Kollege Pfeifer hat gemeint, wir haben in der Mehrzahl kleinbäuerliche Betriebe. Das stimmt auch. Aber wie kann ich denn Stilllegungen in kleinbäuerlichen Betrieben durchführen, da gibt es doch keine Einnahmen! So hoch kann die Stützung nicht sein, daß man sagt: Ich freue mich darüber. In der Höhe von 4 000 oder 5 000 S werden Sie doch keine Stilllegungsprämien geben können, da werden Sie 10 000 bis 12 000 S pro Hektar geben müssen. Das wird nicht finanzierbar sein. So schaut die Entwicklung aus. Daher glaube ich — ich habe in einem Zwischenruf schon darauf hingewiesen —, daß wir, wenn wir in Österreich um fast 70 Milliarden Schilling Energien importieren müssen, auch die Alternativen dazu prüfen müßten, selbst dann, wenn keine Überschüsse in der Bilanz am Ende des Jahres eintreten würden. Wenn es gelänge, 100 000 oder 150 000 ha über das Ölsaaten-, aber auch das Biospritprojekt dafür nutzbar zu machen, eventuell mit einem Stützungserfordernis, dann gäbe es da einige Möglichkeiten. Ich traue mich nicht mehr, Fragen hier anzuschneiden, weil ich sonst vielleicht kritisiert werde, daß ich eine Berufsgruppe belasten möchte. Persönlich bin ich der Meinung, daß das eine Aufgabe des gesamten Volkes sein müßte, weil wir dadurch nicht nur Energie einsparen, sondern auch autark sein könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt könnten Sie mir sagen: Das brauchen wir alles nicht, in der Welt gibt es genug Überschüsse. Wie lange? Wenn beispielsweise eine totale Krise eintreten würde, wie würden Sie dann die Energiefrage lösen? Derzeit können wir noch 16 bis 18 Prozent unseres Ölbedarfs aus der heimischen Erde pumpen. 30 Prozent wären notwendig für eine Vollversorgung der bäuerlichen Betriebe und der wichtigsten Industriebetriebe, so viel müßten wir als Energie zur Verfügung stellen. Mit rund 10 Prozent könnten wir die 30 Prozent, wie es die Fachleute sagen, auch erreichen. Wir leben ja nicht in einer Welt der Glückseligkeit von der Hand in den Mund, es können auch Krisenzeiten kommen. Wenn eine Energiekrise eintreten sollte, dann hätten wir auch eine Chance, mit Alternativen eine gewisse Autarkie — nicht 100 Prozent, ich habe Ihnen den Prozentsatz bereits gesagt — zu erzielen. Das bedeutet auch eine Absicherung bei den pflanzlichen Fetten, wo wir zirka 97 Prozent importieren. Wir werden nicht 97 Prozent ersetzen können, aber durch eine Mobilmachung des Ölsaatenprojektes könnten wir 30 Prozent des Imports von pflanzlichen Fetten ersetzen. Herr Klubobmann! Das wäre auch eine Aufgabe zur Sicherung ... *(Abg. Wille: Ersparen wir uns dabei eine Milliarde, oder kostet die Alternative eine Milliarde mehr?)* Nein, wir haben die Berechnungen von der Sozialpartnerschaft, daß sich das ausgeben würde. Nach den letzten Berechnungen, durchgeführt von der Arbeiterkammer, vom Gewerkschaftsbund, von der Bundeskammer, von der Landwirtschaft, würden keine wesentlichen Belastungen eintreten. Das würde volkswirtschaftlich noch einen Vorteil bringen, und zwar würde man dadurch die Produktionskraft der Betriebe erhalten und damit auch die Kaufkraft, denn wir müssen heute im Jahr 60 bis 70 Milliarden Schilling an Investitionsmitteln ausgeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das muß man doch sehen! Daher kann man nicht ans Rednerpult gehen und die Meinung vertreten, daß dies volkswirtschaftlich zu nichts führt. Ich sehe mich veranlaßt — nicht aus parteipolitischen, sondern aus volkswirtschaftlichen Überlegungen —, der gesamten Bevölkerung und Ihnen als den Multiplikatoren, meine sehr Verehrten, der Öffentlichkeit Argumente zu liefern, damit sie in der Auseinandersetzung bestehen kann.

Wie schaut es in der Vermarktungspolitik aus? Wir haben eine Supergetreideernte eingebracht. Der Tüchtigkeit der österreichischen Bauern mute ich zu, daß es auch in den nächsten Jahren, durch Züchtungen, die es

Fachleutner

gibt, und durch Maschineneinsatz, möglich sein wird, gute Ernten einzubringen. Die Ziffer wurde heute schon genannt: 1 Million Tonnen. Wir haben in der Vermarktungspolitik nicht deshalb Schwierigkeiten, weil wir uns in der Getreidewirtschaft in Agonie befinden — das weiß auch der Herr Bundesminister —, sondern deshalb, weil der Dollar und die Weltmarktpreise tief gesunken sind. Daher können leider erwartete Einnahmen beim Verwertungsbeitrag eine Abdeckung durch den Export nicht finden.

Nur: Eines, Herr Bundesminister, verstehe ich nicht ganz, daß dann, wenn wir zum Beispiel im Getreidewirtschaftsfonds einstimmig, alle vier Sozialpartner, einen Export von 30 000 Tonnen Futtergetreide beschließen, vom Bundesministerium dagegen ein Veto eingelegt wird. Das ist möglich, es ist auch gesetzlich gedeckt, aber wir können nicht exportieren. Wissen Sie, was das bedeutet: 30 000 Tonnen nichtexportiertes Futtergetreide? Das ist keine wesentliche Zahl, aber damit erwartet uns eine neuerliche Belastung für den Verwertungsbeitrag, und zwar eine umso höhere, je länger wir es liegen haben. Das kostet uns zwischen 10 Millionen und 15 Millionen Schilling, die je zur Hälfte vom Bund und von den Bauern, von den bäuerlichen Betrieben zu tragen sind. Ich verstehe Sie daher nicht. Ich glaube — diese Frage wurde bereits kundgetan durch einen Ausspruch eines Generalsekretärs der Präsidentenkonferenz, der auch verantwortlich ist —, wir müssen etwas tun.

Herr Bundesminister! Ich glaube schon, daß Sie der Hauptverantwortliche sind. Sie sollten dringendst eine Sitzung einberufen, auch wenn wir ein Protokoll besitzen auf Sozialpartnerschaftsebene, das vor zwei Jahren unterschrieben wurde. Wenn die Beiträge nicht ausreichen, dann muß man Einnahmen erschließen, um es zu finanzieren. Man kann nicht verlangen, die Sozialpartner sollen einen Vorschlag machen und dann in die Öffentlichkeit gehen und sagen: Das meint der Herr Soundso über die Berufsgruppe, er möchte die Bauern zusätzlich belasten. Das ist eine falsche Handlungsweise, meine sehr Verehrten, das können wir uns nicht gefallen lassen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir zum Beispiel andere Produktionsparten ansehen: Wir haben in der Rübenproduktion eine Superernte eingebracht — auch qualitativ. Die Ausbeute für die Zuckerindustrie wird daher sehr hoch sein. Wir werden eine volle Ernte ins kommende Wirtschaftsjahr einbringen. Das heißt, daß eine neuerliche

Reduzierung der Rübenanbaufläche eintritt und dem Getreidebau zugeführt werden wird.

So ähnlich ist es in der Kartoffelwirtschaft. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie sich die Preispolitik in den letzten Monaten in der Kartoffelwirtschaft angesehen haben, so gab es Preiszusammenbrüche. Um 30 und 40 Groschen pro Kilogramm wurden Kartoffeln angeboten. Ich habe es selbst in meiner Kleinstadt erlebt, daß ein Bauer aus Pettendorf, Bezirk Tulln, als er im Kartoffelwerk die Kartoffeln nicht verkaufen konnte, sie auf dem Hauptplatz abgeladen und um 30 Groschen angeboten hat. Um 30 Groschen das Kilogramm, meine sehr Verehrten!

Was heißt das? Es sind derzeit, Herr Klubobmann, die Landwirte in der Lage, bei 50 000 ha Fläche den Konsum unseres Volkes qualitativ und mengenmäßig zu decken. Vor 20 Jahren waren es 170 000 ha. Da waren die Züchtungen nicht vorhanden, der Kunstdüngereinsatz nicht vorhanden. Das heißt, daß die Differenz — fast über 100 000 ha — auch dem Getreidebau zugeführt wurde.

Es wurde uns in der Vergangenheit immer wieder erklärt, wenn andere Produktionsparten Einschränkungen machen, dann wird es dem Getreidebau zugeführt, aber der Getreidebau wird eine Sonderstellung genießen müssen, weil er von allen Produktionsparten der Auffänger ist, wo hinsichtlich der Reduzierung der Flächen und hinsichtlich der Verwertung nicht gesagt werden kann, jetzt soll er sich das selber finanzieren.

Ein weiteres Beispiel betreffend die Milchproduktion. In meinem Bezirk waren 56 Milchgenossenschaften. Sie sind alle zugesperrt, es gibt keine mehr! Es gibt keine Milchproduktion mehr, hat man gesagt, um die Grünlandbauern aufzustocken. Richtig! Aber das sind ja große Flächen: Zehntausende Hektar Futtergetreide, die von der Milchwirtschaft zugeführt werden. Kleeschläge beispielsweise gibt es nicht mehr. Sie wurden dem Getreidebau zugeführt.

Ich will damit zum Ausdruck bringen und Sie davon überzeugen, daß man in einer solchen schwierigen Situation den Getreidebau nicht im Regen stehen lassen und sagen kann: Jetzt komm selbst zu Rande!, wenn er für alle Produktionserzeuger der Auffänger gewesen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind die Probleme, die sich derzeit in der

10402

Nationalrat XVI. GP — 118. Sitzung — 10. Dezember 1985

Fachleutner

Vermarktungspolitik ergeben. Ich gebe zu, es gibt auch international große Schwierigkeiten. Aber es gibt auch viele Absicherungen mit großen Exportstützungen. Ein Kollege, ich glaube, es war Deutschmann, hat ja bereits die Exportziffern genannt, die die Wirtschaftsgemeinschaft durch das Abschöpfungssystem mit Erstattungen bei den Exporten zur Verfügung stellt. Wenn das letzten Endes auch in Partnerschaft durch den Staat zu 50 Prozent erfolgt, so darf ich doch in Erinnerung rufen: Nennen Sie mir einen Betrieb in Österreich, der in den letzten Jahren zum Beispiel in der Milchwirtschaft oder in der Getreidewirtschaft 8 bis 9 Milliarden Schilling von der Produktion abgefordert und zur Wertung beigelegt hat. Nennen Sie mir einen Betrieb in Österreich, der zur Entlastung der eigenen Produktion 8, 9 oder 10 Milliarden Schilling zur Verfügung stellt. Den werden Sie nicht finden!

Daher kann man das nicht vergleichen mit jenen Betrieben, die Unterstützungen bekommen. Die Landwirtschaft bekommt auch welche, nur mit dem Unterschied, daß wir 50 Prozent dazulegen. Das ist ja ein wesentlicher Unterschied gegenüber den verstaatlichten Betrieben, die letzten Endes keinen wesentlichen Beitrag leisten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr Verehrten! Ich habe eingangs gesagt, daß wir den Aufbau unseres Landes gemeinsam erlebt haben, in gemeinsamer Verantwortung der politischen Kräfte, die das Land vom Nichts zu einem blühenden Staat wieder aufgebaut haben. Damals vor Weihnachten hat der damalige Bundeskanzler Figl in einer Radiorede folgendes gesagt: Liebe Österreicherinnen und Österreicher! Ich kann Ihnen heute keine Brennstoffe zur Verfügung stellen! Ich kann Ihnen keine Nahrungsmittel geben! Ich kann Ihnen nur den Glauben vermitteln: Glaubt an dieses Österreich!

Ich möchte das mit der heutigen Situation vergleichen. Wir stehen in der Vermarktungspolitik vor großen Schwierigkeiten, die wir fast nicht meistern können. Wir stehen in der Arbeitsmarktpolitik vor der Frage: Wird es mehr Arbeitslose geben? Und wir haben leider in der Innenpolitik eine skandalöse Entwicklung, bei der wir nicht zusehen können.

Reichen wir uns gemeinsam wieder die Hände! Beginnen wir mit einem neuen politischen Aufbau dieses Landes, damit es nicht zu einer Entwicklung kommt, die kein anständiger Demokrat wünscht: zum Ruf nach einem starken Mann.

Daher wünsche ich mir, Herr Bundesminister, daß Sie in den nächsten Wochen aktiv werden. Derzeit können wir das leider nicht feststellen, und aus diesen Gründen müssen wir das Budget ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{14.56}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hofmann. Ich erteile es ihm.

^{14.56}

Abgeordneter **Hofmann** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Minister! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Ich möchte einleitend ebenfalls einige Worte zum allgemeinen Absatzförderungsbeitrag sagen, der heute schon wiederholt angeschnitten worden ist.

Ich verstehe die Sorgen der Bauern angesichts der Höhe, aber ich möchte doch einiges klarstellen. Es ist auf alle Fälle Tatsache, daß der Absatzförderungsbeitrag im Rahmen der einstimmig beschlossenen Marktordnung gesetzlich geregelt ist, der Herr Bundesminister nur das ausführende Organ ist und den diesbezüglichen Gesetzesauftrag erfüllt. Bezüglich der Milchschwemme möchte ich daran erinnern, daß letztlich die von 1978 bis zum Vorjahr geltende Überlieferung — eine Forderung der Bauernbundfunktionäre bei der Marktordnung 1978 — mit schuld daran ist, daß derzeit nach Schätzungen ein illegaler Milchabsatz von rund 200 000 Tonnen ebenfalls nicht dazu beiträgt, die Situation zu entschärfen und nicht zuletzt das halbherzige Engagement der Bauernbundfunktionäre bei der Unterstützung der Magermilchaktion oder gar der Rückkaufaktion schuld ist, daß diesbezüglich keine Erfolge erzielt werden und beispielsweise statt 100 000 Tonnen Rückkauf derzeit bisher nur 40 000 Tonnen rückgekauft werden konnten. Das nur zur Klarstellung. *(Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Sie haben als Regierungspartner der FPÖ schlecht zugehört! Der Huber hat es besser gesagt! Hätten Sie zugehört!)* Abgesehen von der bereits zitierten Weltmarktsituation.

Herr Abgeordneter! Es ist ja an und für sich keine Sensation mehr, wenn die Opposition generell gegen das Budget und damit auch gegen das Kapitel Landwirtschaft lamentiert. Wie mein Kollege Pfeifer schon erwähnt hat, tut sie das bereits seit über 15 Jahren. Ich verstehe es auch, daß die Blicke der ÖVP da scheel sind. Man braucht nämlich nur das Engagement der Bundesregierungen für die Bauern vor und nach 1970 genau analysieren. Wenn es den Bauern vergleichsweise zu heute schlechter ging, so war es nicht zuletzt damals unter der ÖVP-Domäne vor 1970.

Hofmann

Viele der wesentlichsten Förderinstrumente und besonders wirksame Hilfen fußen in der Zeit der SPÖ-Verantwortung nach 1970. Vor allem die Bergbauern spüren heute deutlich bei allen ihren Problemen — die aber weniger beim Bund als vielmehr oft bei Instrumentarien begründet liegen, die den Händen der Bauern selbst zu entgleiten drohen —, wer ihnen tatsächlich hilft. Vielleicht erinnern sich die Herren der ÖVP ihrer permanenten Gegnerschaft zum Bergbauern-Sonderprogramm und ihres Spottes über den Bergbauernzuschuß.

Nun, das Sonderprogramm ist zur Unterstützung der wohl unter den extremsten Bedingungen arbeitenden Bergbauern ebenso wenig wegzudenken, wie aus dem von der ÖVP einst belächelten Tabakgeld eine bis zu 15 000 S schon ansehnliche Förderung geworden ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich will auch heute gar nicht die umfangreichen und inzwischen praktisch selbstverständlich gewordenen sozialen Bereiche aufzählen, die aber besonders den kinderreichen Bergbauernfamilien entgegenkommen.

Als Bewohner einer Gebirgsregion weiß ich um die lebensnotwendige Partnerschaft zwischen den Bergbauern und den Talbewohnern. Deshalb freut es mich, wenn im Budget 1986 den Bergbauern wieder besonderer Stellenwert eingeräumt wurde. Wenn das Bergbauern-Sonderprogramm abermals um 21 Millionen Schilling auf 1 250 Millionen Schilling aufgestockt wurde, wenn der Bergbauernzuschuß um fast 6 Prozent auf 27 Millionen Schilling steigt und wenn die Kostenvergütung an Bergbauernbetriebe sich gar um 55,7 Prozent auf 38,9 Millionen Schilling erhöht.

Ich muß es begrüßen, wenn im gesamten Landwirtschaftsbereich angesichts der notwendigen Sparmaßnahmen im Bundesbudget mehr selektiert wird, wenn ungezügelter Produktionsausweitungen gedämpft, Strukturverbesserungen aber unterstützt, wenn dort geholfen wird, meine Damen und Herren, wo Hilfe nottut, daß es wieder eine Erhöhung der Mittel für die Bauern gibt. *(Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)*

Zum Kapitel 60, Land- und Forstwirtschaft, mit über 6,6 Milliarden Schilling und einer Steigerung von 2,81 Prozent gehört eben unabdingbar das Kapitel 62, Preisausgleiche. Immerhin haben diese mit 6,2 Milliarden Schilling schon fast die Höhe des normalen Landwirtschaftsbudgets erreicht und weisen

gegenüber dem übrigen Budget mit 23,19 Prozent einen überproportionalen Zuwachs auf.

Vor allem aber aus Bergbauernsicht bedeutsam sind auch die Mittel für die Milchpreisausgleiche im Ausmaß von über 3,1 Milliarden Schilling und die Mittel für den Absatz von Schlachttieren und tierischen Produkten in der Höhe von über 1,5 Milliarden Schilling. Es sind dies die einzigen Produktionsbereiche, in denen sich für die Bergbauern echte Chancen ergeben.

Während also der Bund trotz der allgemeinen Sparaspekte im Haushalt 1986 die Mittel für die Bauern insgesamt um 12 Prozent erhöht, sieht es bei ÖVP-dominierten Ländern oft anders aus. Die Landwirtschaftsförderung ist ja bekanntlich nach der Verfassung in erster Linie Länderaufgabe.

Ich erwähne da zum Beispiel das Land Salzburg. Dort setzte der ÖVP-Landesfinanzreferent bei den Bauern ganz kräftig den Rotstift an. Im Jahre 1984 erfolgte im Kapitel Landwirtschaft eine Reduktion um 14 Millionen Schilling, heuer gab es eine weitere Senkung um 10 Millionen Schilling, und für 1986 ist zumindest keine Erhöhung vorgesehen, was de facto wieder eine Verringerung des Landwirtschaftsbudgets im Land Salzburg bedeutet.

Vielleicht wäre gerade im Länderbereich eine der Möglichkeiten gelegen, den Aufgabenstellungen nachzukommen und beispielsweise den so vielzitierten Beratungsdienst zu übernehmen, was ja eigentlich Aufgabe der Länder wäre.

Ich vertrete den Standpunkt, daß öffentliche Hilfe für den weiten Bereich der Landwirtschaft nur flankierend gesehen werden kann, daß aber die Bauern noch beachtliche Reserven im eigenen Bereich mobilisieren könnten, die ihnen anscheinend bewußt vorenthalten werden, da es für so manche wohlbeleibte Bauernbund-Funktionäre wohl bequemer ist, in Richtung Vater Staat zu lamentieren, als sich gegen eine Supermacht im eigenen Bereich zur Wehr zu setzen. *(Zwischenruf des Abg. Gurtner.)*

Herr Kollege! Ich meine damit das Genossenschaftswesen, das eigentlich für die Bauern wirken soll, was aber leider vielfach nicht der Fall ist. Die Genossenschaften wirken oft genau den Interessen der Bauern entgegen.

Die Bauern sollten sich, glaube ich, ihrer Kraft besinnen und endlich in diesem ihrem

Hofmann

ureigensten Bereich Ordnung schaffen, die Herrschaft der Multifunktionäre brechen und die Genossenschaften wieder zu ihrer Hauptfunktion als Hilfsorganisation der Bauern zurückführen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Schlagartig würde sich da so manche Problemsituation, glaube ich, ändern. Während nämlich viele Bauern um ihre Existenz bangen und kämpfen, wuchsen ihre Genossenschaften mit dem Geld der Bauern von Jahr zu Jahr zu Giganten mit Hunderten Milliarden Schilling Umsatz heran. *(Abg. Gurtner: Wo hast du das gelesen? Beim „Konsum“?)* Ja wie der Kuckuck, Herr Kollege, der sich mästen läßt und letztlich die Brut aus dem eigenen Nest wirft, so schaut es bald aus!

Ich möchte dazu feststellen, daß ich keineswegs zu den Gegnern der Genossenschaften zähle, vielmehr sehe ich im Genossenschaftsgedanken bei richtiger Handhabung ein brauchbares Instrument, die schwächsten Glieder einer Gesellschaftsschicht in ihrer Existenz abzusichern. *(Abg. Gurtner: Richtig!)*

Ich bin auch der Meinung, daß bei allen Lockerungsbemühungen und Diskussionen, etwa im Milchbereich und beim Ab-Hof-Verkauf, dann in erster Linie darauf Bedacht zu nehmen sein wird, daß letztlich damit nicht gerade die schwächsten Glieder in der Bauernschaft, das sind eben einmal die weitab gelegenen Bergbauern im Vergleich zu den ortsnahen und verhältnismäßig wohlbestallten Talbauern, ins Hintertreffen gelangen.

Ich will aber nicht darauf verzichten, zu den immer wieder zitierten Tatsachen des nicht richtigen Engagements der landwirtschaftlichen Genossenschaften Stellung zu nehmen.

Allein die monopolhafte Struktur etwa bei der Vermarktung von Molkereiprodukten — heute ist immer wieder über die Absatzschwierigkeiten geklagt worden — läßt im Inland meines Erachtens wesentliche Absatzchancen ungenützt. Es mag da und dort der Einfluß des Milchwirtschaftsfonds hereinspielen. Wer aber auch dort die Zügel weitgehend in der Hand hat, das läßt sich leicht ersehen: nicht Bauernvertreter, sondern von der bäuerlichen Seite maßgebliche Molkereibosse, die dort scheinbar die Interessen der Bauern vertreten.

Ich unterstreiche beispielsweise in diesem Zusammenhang die Forderung Ihres Kollegen und ÖVP-Bundesrates, des Molkereidi-

rektors Eder, der in einer Raika-Zeitung gesagt hat, daß die Molkereien größerer Freiheiten bedürfen. Das muß nur ehrlich gemeint sein *(Abg. Gurtner: Das war auch ehrlich gemeint!)*, und die Freiheiten müssen marktorientiert sein. Das derzeitige System ist sehr oft absatzfeindlich.

Ich werde einige Beispiele zitieren: Die Geschäftspartner, die Händler werden von der großen Alpi-Gesellschaft kaum richtig betreut. Es kommt einmal im Jahr einer und fragt, ob alles in Ordnung ist, statt daß neue Produkte offeriert werden, daß neue Spezialitäten kreiert werden, damit der Absatz gehoben wird.

Oder: Beispielsweise wird in der Molkerei Bischofshofen — Kollege Schwarzenberger ist ja Mitglied dieser Genossenschaft — ein vorzüglicher Ziegenkäse produziert, aber der Händler erfährt nichts davon. Durch Zufall ist es ihm nach drei Wochen gelungen, einige Kostproben zu bekommen.

Oder: Produkte anderer Molkereien, die beispielsweise eine benachbarte Genossenschaft vermarkten soll, weil sie sie selbst nicht im Reportoire hat, weil das monopolhaft gesteuert ist, sind einfach schwer zu bekommen.

Ich denke daran — Herr Kollege Schwarzenberger, Sie wissen es ja —, die Bischofshofener klagen zum Beispiel über die von ihnen kreierte Rollenbutter, die der Konsument gerne hat. Die Bischofshofener haben das dem Vernehmen nach — Ihre Kollegen sagen das — nicht erzeugen dürfen. Der Molkerei-Multi Schäringer erzeugt diese Rollenbutter. *(Abg. Gurtner: Der macht gute Produkte!)*

Ja, aber wieso haben die Bischofshofener das nicht erzeugen dürfen? Wo ist die freie Marktwirtschaft? Wo ist die freie Konkurrenz, Herr Kollege? *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Schwarzenberger: Weil es der Gewerkschaftsvertreter im Fonds verhindert hat!)*

Ich sage Ihnen noch ein Beispiel, Herr Kollege Schwarzenberger: Der Gewerkschaftsvertreter ist am Konsumenten interessiert, aber nicht der Molkereidirektor, der seine eigenen Felle gefährdet sieht. Und wenn der Latou, der vorzügliche Frischkäse, in Bischofshofen erzeugt wird, was dürfen die Bischofshofener erzeugen? Die kleine Gasthauspackung und die große Großabnehmerpackung dürfen sie erzeugen, weil irgendwo in Österreich eine Molkerei ist, die ein ähnli-

Hofmann

ches Produkt — dem Vernehmen nach nicht einmal so gut — erzeugt. Die dürfen ausschließlich die Haushaltspackungen erzeugen. Das ist keine freie Marktwirtschaft. (Abg. Schwarzenberger: Die 100-Gramm-Packung dürfen sie erzeugen!)

Ich glaube zum Beispiel — da ich ein Pongauer bin (Abg. Schwarzenberger: Ich auch!) — Sie sind Funktionär —, daß die Bischofshofener auf dem Markt die Konkurrenz aus dem Feld schlagen würden. Damit würde in diesen Bereichen der Absatz gefördert. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Herr Kollege Gurtner! Die landwirtschaftlichen Genossenschaften dringen ja in Aufgabengebiete ein, die ihren Aufgaben eindeutig widersprechen. (Abg. Gurtner: Zum Beispiel?) Ich komme gleich dazu.

Während die Bauern in ländlichen Dominanzgebieten der Lagerhäuser keineswegs preislich verwöhnt werden, betreiben die Genossenschaften in Ballungsräumen mittlerer Gemeinden oft eine für die übrige Wirtschaft fast ruinöse Konkurrenzpolitik zu ungleich günstigeren Voraussetzungen.

Man muß die Vertreter der Wirtschaft im ÖVP-Lager fragen, was bisher von ihrer Seite gegen diese unfaire Konkurrenz ihrer Mitglieder getan wurde — immerhin haben sie in den zuständigen Kammern die Dominanz —, daß Landwirtschaftshändler bewußt bei jedem Maschinengerät um 20 000 S unterboten werden. (Abg. Gurtner: Wie ist das beim „Konsum“?)

Die Pikanterie am Rande: Die gleichen Unternehmer haben ursprünglich die Raiffeisen-Genossenschaft gründen geholfen, und jetzt leiden sie als Kunden unter deren Konkurrenz. (Abg. Gurtner: Weil die Lagerhäuser zu teuer sind!)

Herr Kollege Gurtner! Im Detailbereich des Handels werden die Lagerhäuser noch viel mehr zur Konkurrenz und agieren unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen.

Ich darf Ihnen sagen — Herr Kollege Schwarzenberger wird es ja kennen —: Bei uns werden von Lagerhauszentren Flugzettel versandt, nicht an Bauern, sondern an jede Hausfrau, an jeden Haushalt versandt, wie eine Supermarktkette. Da werden keine Bauernprodukte angeboten, sondern zum Beispiel Hundemüsli und Kitekat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Bauer so etwas braucht. Das ist reine Konkurrenz zur übli-

chen Marktwirtschaft. Weiters: Winterbekleidung, Grabpflege, Kaffee. Das ist Konkurrenzierung des Handels.

Meine Herren von der ÖVP-Wirtschaftsseite, was tun Sie für Ihre Mitglieder gegen diese ungute Konkurrenz? (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Schwarzenberger: Reden wir einmal davon, warum der „Konsum“ das machen darf?)

Herr Kollege! Der „Konsum“ ist eine Handelsgenossenschaft. Ich komme noch zu dem Punkt, nämlich zu einem Punkt, wo ich zum Beispiel Kürzungen im Landwirtschaftsbudget sogar notwendig finde. Gemeint sind die Verringerungen in verschiedenen Bereichen der Agrarinvestitionskredite. Die Kürzungen, die Reduzierungen, die vorgesehen sind, betreffen keineswegs die Bauern selbst, die weiterhin die notwendigen Mittel erhalten sollen. Es geht da lediglich um die Kürzung der günstigen Förderkredite für die landwirtschaftlichen Genossenschaften, nämlich Kürzungen dort, wo es zum unlauteren Wettbewerb durch diese Genossenschaften kommt. Immerhin finanzieren diese Genossenschaften aus den billigen Bauernkrediten ihre Millioneninvestitionen ungleich günstiger als die übrige Wirtschaft, um einige Prozente im Zinssatz günstiger.

Es ist deswegen begrüßenswert, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften künftig bei ihren Expansionsgelüsten außerhalb der bäuerlichen Vertretungen und Interessen bei der Finanzierung wie alle anderen Wirtschaftsunternehmungen auf den üblichen Kapitalmarkt verwiesen werden sollen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Zurück zur Landwirtschaft. Während die ÖVP-Seite im Genossenschaftsbereich in eigenen, eifersüchtig abgeschirmten Machtbereichen die Zügel zuungunsten der Bauern schleifen läßt, hat die Regierung im Budget 1986 diese Post nach den Erfordernissen ausgerichtet und sie um rund 12 Prozent, also weit über jeder Inflationsrate, angehoben.

Wie wäre es beispielsweise, wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften einmal ihre Supergewinne ihren ureigensten Aufgaben gemäß etwa der Absatzförderung von landwirtschaftlichen Produkten — das ist ja heute schon so oft zitiert worden — zukommen ließen?

Der Umstand, daß nämlich 12 Prozent der bäuerlichen Einkommen bereits aus öffentlicher Förderung und Hilfe resultieren, darf

Hofmann

wohl den Bund stolz machen, nicht aber, so glaube ich, den Bauern.

Diesbezüglich verstummen aber leider die in vielen Bereichen lauten ÖVP-Rufe gegen zuviel Staat.

Auf alle Fälle trägt das Bundesbudget 1986 den Bedürfnissen unserer Bauernschaft Rechnung, insbesondere den Bedürfnissen der Bergbauern als ihrem schwächsten Glied. Dieses Budget dokumentiert meines Erachtens die Gewichtung unserer Bauern durch die Bundesregierung. So einem Budget können wir Sozialisten nur zustimmen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.12

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Gurtner.

15.12

Abgeordneter Gurtner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur einige Worte zu den Vorrednern von der Regierungskoalition.

Herr Abgeordneter Pfeifer ist ja unter uns. Ich muß mich sehr wundern über seine Ausführungen. Der Landwirtschaftsminister stoppt den Export von Futtergetreide, beauftragt die Präsidentenkonferenz, Vorschläge zu erarbeiten, wie die fehlenden 250 bis 300 Millionen Schilling aufgebracht werden können, und sagt, daß es bis dahin keinen weiteren Export gibt. Wir haben zwei „gute“ Geschäfte — „gut“ unter Anführungszeichen — in die DDR und nach Rumänien verloren.

Die Präsidentenkonferenz beauftragt eine Gruppe von Fachleuten, Vorschläge zu erarbeiten. Die haben verschiedene Vorschläge erarbeitet. Daher wundert es mich, daß Sie das hier angreifen, was diese Fachleute erarbeitet haben, denn es entscheiden bei uns immer noch die Präsidenten. Fachleute erstellen Vorschläge, und wir entscheiden darüber. Aber es kann doch nicht so gehen, daß man von uns einen Vorschlag erwartet, und Sie zerstören das, indem Sie hier in die Öffentlichkeit gehen.

Zur Frage der Flächenprämie als Allheilmittel: Wir können jederzeit auch über Flächenprämien reden, nur glaube ich — Abgeordneter Fachleutner hat ja auch schon darauf hingewiesen —, daß das wahrscheinlich eine der teuersten Lösungen sein wird. Wenn wir die Finanzierung sichergestellt haben, dann, glaube ich, können wir hier einsteigen. Doch wir sollten wirklich alle anderen Mög-

lichkeiten, alle anderen Alternativen zuerst auch überprüfen.

Zu den Ausführungen des Abgeordneten Alois Huber von der Freiheitlichen Partei: Ich kann eigentlich alles nur hundertprozentig unterstreichen. Wir haben ihm Szenenapplaus gegeben, und ich hoffe, daß ihm das politisch nicht schaden wird, aber er hält es sicherlich aus.

Zu den Ausführungen meines Vorredners Hofmann einige Worte. Er hat gefragt: Warum regt sich denn die ÖVP wegen dieses hohen allgemeinen Absatzförderungsbeitrages überhaupt auf? Das ist doch alles einstimmig beschlossen worden. — Bitte, die Marktordnung ist einstimmig beschlossen worden. Aber den Vorschlag, wie hoch der allgemeine Absatzförderungsbeitrag ist und wie hoch der zusätzliche, den macht bitte der Landwirtschaftsminister. *(Abg. Hofmann: Auf Grund der gesetzlichen Richtlinien!)* Aufgrund der gesetzlichen Richtlinien. Ich komme darauf noch zu sprechen.

Herr Abgeordneter Hofmann! Sie haben auch die großen Förderungen für die Landwirtschaft im kommenden Jahr sehr stark herausgestellt. Dazu darf ich Ihnen bitte nur folgendes sagen: Die Gesamtausgaben des Bundes sind von 1970 bis 1984 um 385 Prozent — 385 Prozent! — gestiegen. Die Ausgaben für die Landwirtschaft sind um 112 Prozent gestiegen, die Ausgaben für Milch und Rinder sind um 121 Prozent gestiegen. Also so großartig war diese Politik wieder nicht!

Es wundert mich auch die Attacke gegen die Genossenschaften. Es ist schon klar, die Genossenschaften sind ein potenter Wirtschaftspartner, der in vielen Bereichen heute allein — leider Gottes, muß man sagen — die Voraussetzungen für die Nahversorgung noch sicherstellt. Mich wundert es daher, Herr Abgeordneter Hofmann, weil unsere Genossenschaften gegen den roten Riesen, nämlich gegen die Konsumgenossenschaften, immer noch kleine Genossenschaften darstellen. *(Abg. Fauland: Das glaubst du ja selber nicht! — Abg. Hofmann: Um Gottes willen! — Weitere Zwischenrufe.)*

Herr Abgeordneter Fauland! Man hat mir nur zehn Minuten gegeben, aber da gäbe es jetzt viel zu sagen, doch ich möchte mich vor allen Dingen mit der Situation auf dem Milchsektor befassen.

Durch die Erhöhung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages von 39 auf 64 Gro-

Gurtner

schen muß es ja — das kann ja gar nicht ausbleiben — zu politischen Auseinandersetzungen kommen. Denn es ist in einem anderen Bereich einmal von einem Abgeordneten darauf hingewiesen worden, daß die Schmerzgrenze erreicht ist. Ich darf auch hier deponieren, daß die Schmerzgrenze bei den Bauern erreicht ist, daß sie überschritten ist.

Nach unseren Berechnungen, Herr Bundesminister, wäre auch die Erhöhung in diesem Ausmaß nicht notwendig gewesen (*Beifall bei der ÖVP*), wir wissen das. Die Milchproduktion ist heuer bis jetzt um zirka 2,5 Prozent — sogar um etwas mehr — zurückgegangen. Am Ende des Jahres werden wir feststellen, daß sie sicherlich um mehr als 2 Prozent zurückgegangen ist.

Der Schulmilchabsatz ist gestiegen, der Fruchtojoghurtabsatz ist gestiegen, Butter und Käse sind gleichbleibend beziehungsweise leicht rückläufig. Ich glaube, hier kann man wirklich begründen, warum man diese Anhebung nicht unbedingt hätte durchführen müssen.

Sie begründen es damit, daß die Milchlieferungsverzichtsaktion nicht so gegriffen hat, wie es eigentlich erwünscht wäre. Bitte, auch ich bin enttäuscht, daß diese 100 000 Tonnen nicht zusammengekommen sind, denn am Ende des Jahres werden es vielleicht nur 40 000 beziehungsweise 45 000 Tonnen sein.

Wir haben schon damals überlegt — und da muß ich auch dem Abgeordneten Huber recht geben, der Staatssekretär Murer war ja auch dabei —, wie hoch die Prämien zu gestalten sind. Leider Gottes war es so: Je öfter wir zusammengekommen sind, desto niedriger, Herr Minister, haben Sie die Prämien vorgeschlagen. 1,20 S, das sehen wir jetzt, war halt einfach zuwenig!

Es gibt aber auch einen zweiten Grund. Wir haben ja viele Gespräche mit diesen Bauern geführt und gefragt, warum sie auch dort, wo es möglich wäre, die Milchviehhaltung nicht aufgeben. — Es fehlen die Produktionsalternativen, aber auch darauf komme ich noch zu sprechen. Es fehlen die Alternativen! Wo soll er einsteigen, nachdem er die Tiere verkauft hat?

Die Industriebutteraktion war gut gemeint, ist auch von uns allen sehr befürwortet worden, wird aber zuwenig angenommen. Ich weiß nicht, Herr Bundesminister, ob Sie schon jemanden beauftragt haben, zu überprüfen, warum sie zuwenig angenommen

wird. Mir ist gesagt worden, man hätte auf jeden Fall eine Daueraktion daraus machen sollen, den Großabnehmern signalisieren sollen, daß das eine Daueraktion wird, weil Gewerbe und Industrie halt nur dann umsteigen, wenn sie wissen, daß das langfristig ist, weil sie ihre Rezepturen ändern müssen und ihre Maschinen umstellen müssen. Hier wäre es sehr notwendig, daß wir doch noch einmal überlegen, ob man nicht durch Verträge mit den betroffenen Betrieben eine bessere Lösung anstreben kann.

Eine Weihnachtsbutteraktion, glaube ich, sollte man unbedingt noch machen — diese Möglichkeit wäre gegeben — und auch eine Dauerverbilligungsaktion bei Butter für Ausgleichszulagenbezieher. Auch das wäre, glaube ich, eine gute Aktion, gerade jetzt vor Weihnachten.

Die Magermilch-Flüssigverfütterung war ein Leidensweg. Ungefähr vor einem Jahr haben wir im Milchwirtschaftlichen Ausschuß der Präsidentenkonferenz Vorschläge erarbeitet, daß die Magermilch auf 50 Groschen heruntergestützt werden soll und daß man dann darangehen soll, die Anbindung an den Sojaschrot zu machen. Denn analog zum Sojapreis muß ja auch jeweils die Magermilch angepaßt werden. Wenn sich der Sojapreis erhöht, dann kann sich auch der Magermilchpreis erhöhen und natürlich auch umgekehrt.

Sie haben damals die Magermilch auf 80 Groschen verbilligt, es war kein Zuspruch. Dann auf 50 Groschen, da hat es eine Auseinandersetzung um die Finanzierung gegeben, es sind, wie ich glaube, wieder zwei Monate ins Land gegangen, dann hat die Verbilligung endgültig 50 Groschen betragen, allerdings ist in der Zwischenzeit der Sojaschrotpreis so weit zurückgegangen, daß auch 50 Groschen analog zum Sojapreis zu hoch waren. Ich höre, daß es jetzt 40 Groschen sind. Nun fehlt nur noch die Anbindung an den Preis des Sojaschrotes. Dann könnte diese Aktion eigentlich sofort losgehen, natürlich auch als eine Dauerverbilligungsaktion. Denn auch da ist es so, daß sich die Bauern, die Landwirte einrichten müssen, sie müssen sich Tanks kaufen, müssen Investitionen tätigen, und das tun sie nur dann, wenn wir ihnen signalisieren können, daß das auch länger gilt.

Zum Ab-Hof-Verkauf nur ein paar Worte. Wir haben verhältnismäßig lange auch mit den Vertretern der anderen Fraktionen, den Freiheitlichen und den Sozialisten, darüber diskutiert und versucht, einen Drei-Parteien-Antrag zusammenzubringen. Uns ist immer

Gurtner

wieder gesagt worden, das, was wir vorschlagen, sei nicht so schlecht, aber es würde halt zu weit aufgehen. Nun, wir haben vorgeschlagen, man solle mit 1. Jänner eine Generalamnestie einführen und man solle die Möglichkeit schaffen, daß jeder Bauer, der dann seinen Ab-Hof-Verkauf bekannt gibt, dafür den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag und die Ausgleichsbeiträge abzuführen und zu bezahlen hat, daß also hier eine praxisgerechte Einstiegsmöglichkeit gegeben ist. Uns ist dann immer wieder gesagt worden, dem Landwirtschaftsminister sei das zu weitgehend. Da könnten also noch welche zusteigen, der Ab-Hof-Verkauf könnte ausgedehnt werden. Wir waren sehr verwundert, als dann plötzlich sozialistische Bauern — so wurde es genannt — eine Pressekonferenz gegeben und dabei überhaupt die Freigabe des Ab-Hof-Milchverkaufes bekanntgegeben haben, allerdings parallel dazu eine Senkung der Milchrichtmenge um 8 Prozent.

Wir haben eine Anfrage an Sie, Herr Bundesminister, in dieser Sache gerichtet, weil wir gerne Ihre Meinung dazu hören möchten. Aber vielleicht ist es möglich, uns diese heute schon zu sagen. Ich wäre sehr dankbar dafür, denn ich bin auch der Meinung, daß wir hier eine Regelung brauchen und daß wir das nicht mehr so treiben lassen können, wie dies bisher der Fall gewesen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Senkung der Gesamtrichtmenge — auch darüber kann man reden. Nur eines, glaube ich, darf nicht passieren: daß wir uns hier Produktionsbeschränkungen auferlegen, daß im selben Ausmaß aber der Import steigt. Das ist also nicht möglich. Wir vermerken mit Sorge, daß gerade auch der legale Import von Weich- und Weißkäse ein Ausmaß erreicht, das zu größter Besorgnis Anlaß gibt. Im vergangenen Jahr waren es 6 500 Tonnen, heuer rechnet man schon mit zirka 10 000 Tonnen, die importiert werden. Das sind Arbeitsplätze für zirka 1 000 Bauern, aber nicht bei uns, sondern in der EG. Wir glauben, daß man hier Lösungen anstreben muß.

Wir haben zum Beispiel bei Schnittkäse eine recht gute Regelung, eine Quotenregelung, die hier ausgehandelt wurde. Entweder man bringt diesen Weich- und Weißkäse auch in die Quote — das ist wieder ein bisserl etwas anderes, Herr Abgeordneter Elmecker, als die Quotenregelung bei den Damen der sozialistischen Fraktion, aber diese Quotenregelung war schon da, noch bevor es die andere gegeben hat —, denn wir brauchen eine Lösung, wie wir es auch nennen, oder wir

nehmen die Möglichkeit, über die Qualität etwas zu machen, wahr. Im Jahre 1984 hat die Bundesversuchsanstalt von allen gezogenen Stichproben festgestellt, daß mehr als 30 Prozent den sehr harten österreichischen Qualitätsrichtlinien nicht entsprechen. Man hätte also schon eine Möglichkeit, über die Qualität eine Bremse einzulegen.

Die Anhebung des begünstigten Mehrwertsteuersatzes von 10 auf 20 Prozent bei den pflanzlichen Fetten und die Abschöpfung wären Möglichkeiten, den Inlandsabsatz gerade dieser Produkte, die hier so stark konkurrenziert werden vom Ausland, zu verbilligen, denn das Wegnehmen der 1,7 Milliarden Schilling, die wir bei Produktstützungen am Milchsektor durch den damaligen Finanzminister Androsch hatten, wirkt sich jetzt natürlich für uns verheerend aus.

Es stellt sich die Frage: Wie soll es weitergehen? Die Milchlieferverzichtsaktion läuft ja bekanntlich mit 31. Jänner aus. Ich weiß nicht, ob man Überlegungen anstellt, daß sie verlängert wird. Wenn nicht, dann, glaube ich, sollte eigentlich anstelle dieser Milchlieferverzichtsaktion ein selbsttragendes An- und Verkaufssystem, diese sogenannte kontrollierte Handelbarkeit, über die wir ja auch gesprochen haben im Rahmen der Milchpreisverhandlungen, als Ergänzung durchgeführt werden, weil wir ja wahnsinnig viele Betriebe haben, die eine sehr niedrige Richtmenge besitzen und die natürlich darauf warten, daß es durch Umstrukturierungen auch möglich wird, daß wir diesen Betrieben Hilfestellung anbieten können.

Wir brauchen aber auch in Zukunft einen guten, einen geregelten Export von ungefähr 20 Prozent unserer Milchprodukte, denn die Erhaltung der alten Märkte sowie die Gewinnung neuer Märkte wird auch in Zukunft notwendig sein. Das Anschlagen oder fast Zerschlagen der sogenannten Einhandexportorganisation hat sich als alles andere als günstig ausgewirkt, denn es ist passiert, daß sich hier die Konkurrenten am spanischen Markt gegenseitig unterboten haben bei den gleichen Abnehmern. Das ist also sicherlich nicht zielführend.

Die heuer im Sommer ausgehandelte sehr bescheidene Preisanhebung von 12 Groschen — der Bauer bekommt jetzt für einen Liter Milch ungefähr 5 S — ist durch die mehrmalige Erhöhung des Absatzförderungsbeitrages längst zerstört worden. Der Unmut der Bauern ist auch deswegen so groß, weiß sie keinen Ausweg sehen.

Gurtner

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Bauern befinden uns gerade jetzt in einer der schwierigsten Situationen seit 1945. Das ist nicht überzogen, auch der Abgeordnete Fachleutner hat das festgestellt. Es ist unbedingt notwendig, daß im Rahmen der agrarpolitischen Maßnahmen uns Bauern mehr Zukunftschancen eingeräumt werden, wie es zurzeit der Fall ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich fordere Sie, Herr Landwirtschaftsminister, daher auf, den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag wieder auf die 39 Groschen abzusenken und uns jene Hilfestellung in der Milchproduktion und des Absatzes und auch die Chance zum Umsteigen auf neue Produktionen zu geben, die wir im Interesse unserer Volkswirtschaft dringendst brauchen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.27

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Peck.

15.27

Abgeordneter Peck (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Fachleutner hat hier gesagt, daß es vor 40 Jahren wesentlich anders ausgesehen hat. Wir haben heuer verschiedene Jubiläen, verschiedene Feiern gehabt aus Anlaß der vierzigjährigen Beendigung des Zweiten Weltkrieges, der Errichtung der Zweiten Republik vor 40 Jahren, und es gab die ersten freien Wahlen in einem freien Österreich.

Weihnachten 1945 war wahrlich kein Grund zur Freude. Es gab damals — um es gelinde auszudrücken — Hunger in vielen Familien. Niemand hätte damals gedacht, daß wir 40 Jahre später Probleme haben werden mit dem „Zuviel“. Damals gab es von allem viel zu wenig, und heute haben wir Probleme mit zu vielen Lebensmitteln und Produktionen.

Die Landwirtschaft mußte sich auch danach richten. Daher ist meiner Ansicht nach nur eine kurzfristige Konzeption zu erstellen. Auch die Pläne müssen danach abgestuft werden, gerade in der Landwirtschaft, die eine Wirtschaftssparte darstellt, wo sich eben aufgrund der Produktion in kürzeren Zeiträumen sehr viel ereignet.

In den vierziger und fünfziger Jahren mußte die Landwirtschaft den Bedarf an Lebensmitteln decken, was auch gelungen ist. In den sechziger Jahren haben wir dann übergeschaltet auf Qualitätsproduktion; bis Mitte der siebziger Jahre, bis 1974/75 war Österreich ein Importland, und wir hatten sehr viele Einfuhren landwirtschaftlicher Pro-

dukte. Nunmehr sind wir in vielen Sparten der landwirtschaftlichen Produktion ein Exportland. Sicherlich haben viele Faktoren dazu beigetragen, das zu erreichen: Es waren dies die Technisierung, die Spezialisierung, neue Erkenntnisse in verschiedenster Hinsicht, und es war auch der Fleiß unserer Bauern dafür ausschlaggebend. Aber ich glaube, vor allem war es die verständnisvolle und großzügige Agrarpolitik der siebziger Jahre einer SPÖ-Alleinregierung, die das alles bewerkstelligt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte dazu einige Zahlen nennen: Wir haben zum Beispiel in der ÖVP-Alleinregierung im Jahre 1969 800 Millionen Schilling für Soziales im Bereich der Bauern ausgegeben. Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, unter dieser Regierung werden für das kommende Jahr über 10 Milliarden Schilling für das Sozialbudget der Bauern zur Verfügung stehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auch der Grüne Bericht 1984, über den wir erst vor einigen Wochen hier in diesem Haus eine Diskussion abgeführt haben, zeigt folgendes: In der EG gibt es einen Einkommensrückgang für die Bauern, den diese in Kauf nehmen müssen, wohingegen bei uns in Österreich eine relative Steigerung für die Einkommen der Bauern von Jahr zu Jahr gegeben war. Auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Erfolg dieser Koalitionsregierung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich könnte hier verschiedene Zahlen und Fakten anführen, ich verweise jedoch nur auf die Agrarausfuhren, die sich 1984 gegenüber 1983 wesentlich zugunsten der Bauern geändert haben. Betrug die Deckungsquote 1983 51,2 Prozent, so betrug sie 1984 53,7 Prozent. Auch daraus ersehen wir, daß wir immer mehr aus- als einführen.

Da ich schon bei den Einfuhren bin: Sicherlich können wir Lebens- oder Genußmittel wie Kakao, Kaffee, Zitronen oder Orangen bei uns nicht erzeugen. Und das sind die großen Summen, wie sie in unserer Einfuhrstatistik eben wiedergegeben werden.

Im Jahre 1970 ist unsere Deckungsquote nur bei 35, 36 Prozent gelegen, und ich muß von dieser Stelle aus feststellen, daß diese gute Agrarpolitik der sozialdemokratischen Regierung dazu geführt hat, daß diese Deckungsquote heute viel, viel höher ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es gab eine gewaltige Steigerung auf diesem Gebiet. Wir haben aber Probleme, das ist

Peck

auch heute laufend angeklungen und auch ausgesprochen worden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Probleme müssen neu geordnet werden; ich denke dabei etwa an die Milchmarktordnung. Wir haben schon in vielen Debattenbeiträgen heute gehört: Hier muß einmal der Hebel angesetzt werden, es muß auf diesem Gebiet zu einer Neuordnung kommen, aber auch auf dem Getreidesektor, den wir in Zukunft unter die Lupe nehmen müssen, denn es kann nicht mehr soviel Getreide ins Ausland gebracht werden — trotz aller Bemühungen nicht. So stellt etwa die Österreichische Bundesbahn den Bauern verbilligte Frachtkosten zur Verfügung. Überall wird den Bauern geholfen.

Diese zwei Landwirtschaftssparten — Milch und Getreide — sind fest in ÖVP-Hand. Und da, glaube ich, müssen wir feststellen: Gerade auf diesem Sektor haben Sie von der ÖVP restlos versagt. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)*

Sie haben bis zum heutigen Tage weitergewurschtelt, Sie haben sich nur darauf verlassen, was die öffentliche Hand den Bauern gibt, und haben wenig dazu beigetragen, dies zu ändern. *(Abg. Gurtner: 50 Prozent haben wir beigetragen!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Zukunft müssen gerade auf diesem Gebiet neue Maßnahmen ergriffen werden. Es muß zu einer Mengenregulierung, sprich: zu einer Kontingentierung, kommen, auch über die Flächenstillegung et cetera muß gesprochen werden. Ich bin auf jeden Fall für eine gute Vorratswirtschaft, ich bin aber gegen eine unkontrollierte Überproduktion, die die öffentliche Hand nur Geld kostet und den Bauern nichts bringt. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wahrscheinlich wird von mir auch erwartet, doch einige Worte zur Weinwirtschaft zu sagen. Wir haben ja schon des öfteren heuer die Gelegenheit gehabt — leider Gottes unter sehr schlechten Vorzeichen —, über die Weinwirtschaft zu sprechen. Derzeit liegt der Weinmarkt praktisch am Boden, Exporte sind überhaupt auf Null gesunken.

Wir haben einmal das Weingesetz novelliert — das war im Juni —, und wir haben dann in einer Sondersitzung ein neues Weingesetz geschaffen. Meine Damen und Herren! Es wurde damals ziemlich alles dazu gesagt. Wir mußten dieses Gesetz deswegen schaffen, damit wir draußen in der Welt wiederum für

unsere Weinbauern und für unsere Weinwirtschaft das Ansehen zurückgewinnen, das wir vorher hatten. Die ÖVP hat leider durch ihr Nein in diesem Hohen Hause nur den Bauern geschadet, indem sie eben nicht mitgestimmt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wird auf die ÖVP noch zurückfallen! Sie haben lieber einen politischen Vorteil herausgeholt, der nur kurzlebig sein wird, aber Sie haben für die Hilfe der Weinbauern überhaupt nichts übrig gehabt! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Dazu kommt noch, daß der Weinwirtschaftsfonds fast zur Gänze versagt hat. *(Abg. Fachleutner — zum Abg. Pfeifer —: Und du bist der Stellvertreter!)* Die Tage für den Weinwirtschaftsfonds sind hoffentlich gezählt, denn gerade in der Zeit, als wir diesen gebraucht hätten, in Zeiten der Not nämlich, da hat der Weinwirtschaftsfonds für die Weinbauern wirklich sehr, sehr wenig getan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt viele Aufgaben, die wir als Volksvertreter, als Landwirte oder Bauernvertreter zu lösen haben; ich denke da etwa an die Ökologie. Wir haben vor einigen Wochen hier in diesem Hohen Hause ein Düngemittelgesetz beschlossen, was sehr, sehr wichtig ist. In Zukunft kann kein Kunstdünger mehr, der nicht geprüft wird, in österreichischen Grund und Boden kommen. Das ist sehr, sehr wichtig.

Wir haben auch danach zu trachten, daß unser Grundwasser nicht verseucht wird. Wir brauchen einen Schutz des Grundwassers und vor allem brauchen wir eine Bodenschutzverordnung, denn Bodenschutz ist Landschaftsschutz, ist Umweltschutz, ist Gesundheitsschutz und somit auch Lebensschutz. Das, glaube ich, sind wichtige Aufgaben, die demnächst in Angriff genommen werden müssen.

Zum Chemikalien- und Betriebsmittelgesetz. Auf Grund von Erkenntnissen, die uns heute bekannt sind, müssen neue Gesetze geschaffen werden; andere müssen den Gegebenheiten angepaßt werden. Es muß das alles Hand in Hand zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen gehen.

Hohes Haus! Diese Regierung ist bemüht, neue Einkommensmöglichkeiten zu schaffen. Das zeigen auch die Ansätze in diesem Budget. Wir müssen versuchen, neue Marktnischen zu finden, und wir müssen auch immer

Peck

wieder versuchen, für neue Produktionen in der Landwirtschaft zu sorgen, die eben auch den notwendigen Absatz haben. Als burgenländischer Mandatar kann ich seit einigen Jahren die Staatgutproduktion im nördlichen Burgenland der Firma Pioneer verfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade die Firma Pioneer, diese Saatgutzüchtung bringt den Bauern — ich sage das hier ganz offen — ganz gewaltige Einnahmemöglichkeiten, ohne daß viel öffentliches Geld dort hineingesteckt werden muß. Und nicht nur das: Es werden auch Arbeitsplätze geschaffen; das Einkommen der Bauern wird für die nächsten Jahre dort abgesichert sein.

Das sind Beispiele, wie man Landwirtschaftspolitik betreiben kann.

Bei Errichtung dieses Werkes und auch damit diese Saatgutproduktion funktioniert, hat die Bundesregierung, allen voran Bundeskanzler Sinowatz und vor allem auch Landwirtschaftsminister Haiden, sehr viel dazu beigetragen.

Meine Damen und Herren! Die Ansätze im Landwirtschaftsbudget für 1986 garantieren eine weitere gute Entwicklung unserer Landwirtschaft. Wenn wir heute wissen, daß es in Europa, in der EG die größten Schwierigkeiten auf dem landwirtschaftlichen Sektor gibt — in der EG kann man sich über viele Bereiche der Wirtschaft einigen, nur im Agrarbereich treten immer wieder die größten Schwierigkeiten auf —, so glaube ich, daß uns wir in Österreich doch noch halbwegs mit dem Erreichten zufriedengeben können.

Dieses Budget wird auch dazu beitragen, daß die Sicherung der Einkommen der Bauern und die Lösung der kommenden Aufgaben bewältigt werden kann; diese Aufgaben habe ich ja kurz aufgezeigt: Das Wichtigste ist, die Versorgung der Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes auch für die kommenden Generationen zu sichern.

Das Budget 1986 wird dazu beitragen, daß diese Aufgaben erfüllt werden können. Und daher werden wir Sozialisten die Zustimmung dazu geben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.45

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden.

15.45

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden: Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn heute auf der Besuchergalerie jemand wäre, der das Budget gar nicht kennt, dann müßte er der Auffassung sein, der Finanzminister habe gemeinsam mit dem Landwirtschaftsminister das Budget 1986 nach Strich und Faden zusammengestrichen. *(Ruf bei der ÖVP: Das ist auch richtig!)* Dieser Eindruck müßte entstehen. Wie sieht hingegen die Realität aus?

Wir haben allein im Kapitel 62 — Herr Abgeordneter Pfeifer hat ja dankenswerterweise darauf hingewiesen — im nächsten Jahr um 1,169 Milliarden Schilling mehr, das sind 23 Prozent. Eine gewaltige Ausweitung dieser Ausgaben, die ja eine Arbeitsplatzsicherung für die Bauern darstellen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Bauer ist ja darauf angewiesen, daß er das, was er erzeugt, auch verkaufen kann. Wenn Sie aber nun glauben, daß wegen dieser außergewöhnlichen Ausweitung andererseits das Kapitel 60 gekürzt worden wäre, so ist das auch unrichtig. Im Kapitel 60 haben wir statt 6,465 Milliarden Schilling 6,648 Milliarden im nächstjährigen Budget, ein Plus von 183 Millionen. Es sind das in Prozenten „nur“ — „nur“ unter Anführungszeichen — 2,8 Prozent. Beide Kapitel gemeinsam ergeben ein Mehr von 1,351 Milliarden Schilling beziehungsweise rund 12 Prozent.

Da wird unentwegt seitens der Opposition behauptet, das Budget sei schlecht. Natürlich gibt es Umschichtungen, und ich sage Ihnen: Umschichtungen aus guten Gründen, notwendige und verständliche Umschichtungen, die wir auch aus vielen Gründen brauchen, nicht nur aus agrarpolitischen.

Ich bringe Beispiele: Bei den Geländekorrekturen, bei der Kommassierung, bei den agrarischen Operationen — dazu gehört auch der landwirtschaftliche Wasserbau — so weiterzutun wie bisher, das geht einfach nicht. Diese Mittel wurden nicht ausschließlich deshalb gekürzt, weil die Länder die Verantwortung tragen — das ist mit ein Argument —, aber wir können doch nicht angesichts der Tatsache, daß die Naturlandschaften immer weniger werden, daß wir keine Feuchtbiootope mehr haben, daß wir das Problem diskutieren, was wir tun können, um solche ökologische Inseln zu erhalten, noch öffentliche Mittel bereitstellen, damit diese letzten Reste einer nichtkommassierten Landschaft, die letzten Reste von Feuchtbiotopen aus der Landschaft genommen werden, damit gleichzeitig die Erfordernisse für die Exporte noch

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

mehr steigen und die Überproduktion wächst, die uns dann große Probleme schafft. Ich bitte, das doch auch zu sehen!

Zur Beratung ein offenes Wort: Die Beratung ist notwendig. Ich begrüße die Beratung. Sicherlich könnte sie manchmal besser sein. Was den Milchmarkt betrifft, so war die Beratung wahrlich nicht die beste. Ich erinnere nur an den Milchlieferverschick, eine Maßnahme, die von der Beratung viel zu wenig unterstützt wurde, sonst hätten wir nicht das Problem, das heute eben besteht.

Aber zuständig, meine Damen und Herren, sind unbestreitbar die Bundesländer! Die Beratung ist eine Maßnahme der Landes-Landwirtschaftskammern. Für die Landes-Landwirtschaftskammern sind in Gesetzgebung und Vollziehung die Bundesländer zuständig. Ich bin gerne bereit, sie zu unterstützen, wenn es um die Interventionen bei den Ländern geht. Die Landespolitiker kommen auch ständig zu mir, die kommen sogar dann zu mir, wenn sie Verpflichtungen hätten, die sie an mich abschieben wollen. *(Ruf bei der SPÖ: Das ist typisch!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer der ÖVP-Redner hat es heute so dargestellt, als sei das die schwierigste Situation seit 1945. — Wir sollten uns nicht versündigen; ich muß das sagen! Wir haben erst den Grünen Bericht 1984 diskutiert; das ist nicht lange her. Ich darf doch in Erinnerung rufen, daß das Gesamteinkommen pro Betrieb im Jahre 1984 um 16 Prozent nominell, um 9 Prozent real — bitte in einem Jahr! — gestiegen ist. *(Zwischenruf des Abg. Gurtner.)* Dazu komme ich sofort. — Die absoluten Zahlen: Es war eine Steigerung von 263 000 S auf 304 000 S festzustellen.

Das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft ist nominell sogar um 21 Prozent gestiegen. Zugegeben, das war ein außergewöhnlich gutes Jahr, und zugegeben, es hat vorher schlechte Jahre gegeben. Aber dann tun wir doch das, was vernünftig ist, und vergleichen wir den längerfristigen Zeitraum! Und wenn Sie das tun, kommen Sie zum Ergebnis, daß im Durchschnitt pro Jahr zwischen 1970 und 1984 ein realer Einkommenszuwachs von 2 Prozent eingetreten ist, zwischen 1975 und 1984 war es etwas weniger, nämlich 1,4 Prozent. Aber die großen Zuwachsraten waren mit der Ölkrise praktisch in allen Wirtschaftsbereichen doch zu Ende. Darüber sollten wir doch auch nicht streiten, das ist auch ein Faktum.

Ich darf allen meinen Freunden von der Opposition *(Heiterkeit bei der ÖVP)* und jenen, die besondere Freunde des früheren Landwirtschaftsministers in der Bundesrepublik Deutschland sind, sagen, daß in der Bundesrepublik, in der Ertl und Kiechle — Sie können sich die beiden Herren teilen — Verantwortung tragen, im Vergleich 1973 — 1975, das sind immer Drei-Jahres-Vergleiche, zu 1982 — 1984, in diesem langen Zeitraum, die Agrareinkommen real um 12 Prozent zurückgegangen sind. Das zeigen die Vergleiche. Also wir in Österreich können mit dem Ausland jeden Vergleich aushalten; das kann ich Ihnen versichern. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Nun haben wir ja schon gestern die Präliminarien gehört. Der Bauernbund hat schon eine Pressekonferenz gegeben und hat mit absolut unrichtigen Zahlen die heutige Debatte vorzubereiten versucht. Wie schaut das Bauernjahr 1985 aus? — Einige Hinweise haben Sie in der Bilanz, die ich Ihnen vorlegen ließ, und ich möchte wirklich meinen Mitarbeitern danken, die sich sehr viel Mühe mit dieser Darstellung, mit diesem Nachschlagwerk, wenn Sie so wollen, gemacht haben.

Wir haben 1985 eine Rekordmaisernte wie noch nie zuvor: 1 726 000 Tonnen, 83 Dezitonnen pro Hektar — das ist absoluter Rekord, so etwas ist noch nie da gewesen!

Als wir über den Verwertungsbeitrag diskutiert hatten, hieß es, die Maisernte werde schlecht, wir würden keine Beiträge bekommen, und die Verwertungsbeiträge wären an sich schon viel zu hoch. Das sagte man in der Debatte, als ich davor gewarnt hatte, diese Beiträge nicht zu niedrig anzusetzen.

Wir haben eine Weizenernte von 1 560 000 Tonnen, 48,9 Dezitonnen, ebenfalls die bisher beste.

Die Gerstenernte war mit 1 520 000 Tonnen und 45,5 Dezitonnen etwas schwächer — nicht wesentlich schwächer — als im Jahr 1984.

Feldgemüse war ausgezeichnet, Obstbau hervorragend, mit ausgezeichneten Preisverbesserungen.

Große Einbußen gab es in der Weinlese. Aber bitte das wirkt sich erst 1986 aus und nicht 1985, wie vielfach fälschlicherweise behauptet wird. Die Preise haben sich nach der großen Misere in der Weinwirtschaft beachtlich verbessert. Die ehrlichen Weinbauer sind heute besser dran als vorher.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

Wir haben sicher in der Rinderproduktion durch den Rekordausstoß von 752 000 Stück eine Einkommenskomponente, die, verglichen mit 1984, nicht negativ ist. Die Zahl von 1985 schaue ich mir noch an. Darüber werden wir im Herbst 1986 diskutieren. Aber die Dinge so darzustellen, als ob die Bauern ein schlechtes Jahr 1985 gehabt hätten, das ist schlicht und einfach unrichtig, meine Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Auch der Holzeinschlag hat sich gegenüber dem Jahr 1984 verbessert — bei gedrückten Preisen, das füge ich gleich hinzu.

Nun, meine Damen und Herren, zur Milch, weil das offenbar heute — verständlicherweise — das große Problem ist. In der „ZIB 1“ habe ich gestern eine Darstellung gesehen. Ich gebe schon zu, daß es die Journalisten schwer haben, in der Verkürzung eine richtige Darstellung zu geben, aber diese Darstellung war absolut falsch. Der Moderator, also derjenige, der diese Sendung einbegleitet hat, hat in Kurzform gemeint: Weil der Finanzminister zuwenig Geld hat und kürzen hat müssen, mußte der Landwirtschaftsminister den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag erhöhen. — Das ist purer Unsinn! Das ist wirklich purer Unsinn; ich muß das so sagen.

Die Mittel für die Milchmarktordnung, Mittel, die der Staat aufzubringen hat, sind gesetzlich geregelt. Herr Abgeordneter Pfeifer hat bereits darauf hingewiesen, daß die Mittel für den Milchbereich im Kapitel 62 für das nächste Jahr ganz erheblich erhöht sind. Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, müßte der Staat, wenn es letzten Endes um die Bezahlung geht, diese Mittel aufbringen, weil das gesetzliche Verpflichtungen sind. — So beginnt es.

Dann kommt die zweite Frage. Der Landwirtschaftsminister habe den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag von 39 auf 64 Groschen erhöht, heißt es. Ja, das habe ich. Warum habe ich das? — Weil Herr Präsident Derfler, Herr Präsident Deutschmann, Herr Präsident Gurtner, Herr Abgeordneter Leitner und einige andere mehr, die ich da sehe, und auch Herr Abgeordneter Huber die gesetzlichen Bestimmungen gemeinsam so beschlossen haben, natürlich auch mit den sozialistischen Abgeordneten. So beginnt es. Das ist der Gesetzauftrag, der Gesetzauftrag dieses Parlaments, den ich zu vollziehen habe. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Leitner: Falsche Zahlen!)*

Herr Präsident Derfler! Ich kann nicht willkürlich den allgemeinen Absatzförderungs-

beitrag festsetzen. Das ist nicht meine Entscheidung. *(Abg. Dr. Leitner: Die Annahmen sind falsch!)* In diesem Parlament wurde beschlossen, daß mir der Geschäftsführer des Milchwirtschaftsfonds die Unterlagen vorzulegen hat, die die Grundlage für diese Festsetzung sind, und es ist dann die Anhörung vorzunehmen. Ich habe mich nach diesen Grundlagen zu richten.

Es ist natürlich möglich, diesen allgemeinen Absatzförderungsbeitrag durch Maßnahmen zu beeinflussen, durch Maßnahmen, die letzten Endes das erforderliche finanzielle Aufkommen beeinflussen. Das haben wir auch wiederholt gemacht. Es ist aber nicht immer möglich gewesen, sich zu einigen.

Ich lese mit Erstaunen, daß man von mir eine bessere Regelung für die Magermilchrücklieferung verlangt. Die habe ja ich urgirt, Herr Präsident Derfler, in unserem Gespräch habe ich das verlangt. Ich habe nicht verstanden, warum — ich muß das annehmen; ich kann das nicht beweisen — offenbar die Widerstände in der Milchverarbeitung sehr groß sind; sie waren ja von Anfang sehr groß. *(Abg. Gurtner: Die Einbindung von Soja fehlt noch!)* Und ich darf Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Gurtner, dieser Erlaß ist draußen. Diese Regelung habe ich unterschrieben, nämlich daß wir die Anpassung an den Sojapreis vornehmen. Denn das ist ein Argument, das richtig ist. Wir konnten ja nicht wissen, daß der Sojapreis so in den Keller fallen wird. Daß dann natürlich die Konkurrenzsituation ein Hindernis ist, ist logisch. Das wird natürlich bedeuten, daß diese Anpassung nach oben und nach unten möglich ist. Das habe ich vorgesehen, und auch die langfristige Regelung für die Dauer der Marktordnungsgesetze ist vorgesehen. Ich darf Ihnen mitteilen, daß das bereits entschieden ist.

Was die Industriebutteraktion betrifft, werden wir miteinander verhandeln müssen, weil die Wirtschaftspartner hier mitzureden haben und ich allein keine Entscheidung treffen kann.

Nun sollten wir uns aber doch klar darüber sein, welche Umstände zu den 64 Groschen geführt haben. Einige hat Präsident Gurtner genannt. Ich möchte gar nicht bestreiten, daß die schlechte Magermilchrücklieferung, daß die Industriebutteraktion, die nicht voll ausgenützt wurde, zu diesem Ergebnis geführt haben, aber, meine Damen und Herren, mit ein Grund ist sicher auch der illegale Ab-Hof-Verkauf.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

Lassen Sie mich dazu ein offenes Wort sagen, ein sehr freimütiges und offenes Wort: Der Ab-Hof-Verkauf ist kein Problem, solange er sich innerhalb der Richtmengen vollzieht. Die Molkereien haben die Möglichkeit, innerhalb der Richtmengen die Bewilligung zu geben.

Wenn sie es aber außerhalb der Richtmengen machen, was geschieht dann? — Dann wird natürlich der Bauer, der seine Milch bei einem hohen zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag nicht mehr liefern will, in den Ab-Hof-Verkauf gehen, jetzt tut er das illegal.

Damit werden Sie zweierlei erreichen:

Erstens geht durch diesen Ab-Hof-Verkauf der statistisch ausgewiesene Konsum zurück, es wird ja nicht weniger konsumiert, der Konsum ist nur statistisch nicht erfaßt, und dieser Fehlkonsum drückt natürlich auf das gesamte Finanzierungssystem, wodurch der allgemeine Absatzförderungsbeitrag steigt.

Zweite Schlußfolgerung: Was bedeutet das sozialpolitisch? — Sozialpolitisch bedeutet das — das sage ich allen, die in dieser Frage mitdiskutieren —, daß die Bauern, die keine Chance zum Ab-Hof-Verkauf haben, weil sie konsumfern liegen, weil ihr Nachbar ebenfalls ein Milchbauer ist, der ja keine Milch abnimmt, sondern sich selber versorgt, daß die Bauern, die keinen Fremdenverkehr haben und daher auch in dieser Hinsicht nicht ab Hof verkaufen können, dann die Zeche zu bezahlen haben. Das ist eine Umschichtung zu Lasten der Schwachen. (*Abg. Dr. Puntigam: Die SPÖ-Bauern wollen eine Reduzierung!*) Ich werde mich dazu noch äußern. Das muß man sehen: Wenn es also nicht gelingt, den Ab-Hof-Verkauf sehr reduziert auf die traditionellen Ab-Hof-Verkäufe zu beschränken und zu schauen, daß es in der Richtmenge geschieht, dann haben wir Probleme, die wir nicht wegwischen können.

Weil Sie, Herr Abgeordneter Puntigam, diesen Vorschlag zur Debatte stellen (*Abg. Dr. Puntigam: Sind Sie dafür oder dagegen?*), muß ich sagen: Das ist ein ganz anderer Vorschlag. Das ist ein Vorschlag, der eine Sanierungsmöglichkeit des Gesamtsystems bietet, und zwar eine Sanierungsmöglichkeit, die deshalb notwendig ist, weil Sie uns im Jahre 1978 den Restkrisengroschen eingewirtschaftet haben. Hätten wir den Restkrisengroschen nicht mehr, dann gäbe es auch keine 64 Groschen allgemeinen Absatzförderungsbeitrag. Das Problem bestünde dann nicht.

Aber wir hätten etwas anderes auch nicht tun können, nämlich immer wieder im politischen Gespräch das System zu verwässern, zu unterlaufen und Maßnahmen zu setzen, die dazu führen, daß die Summe der Einzelrichtmengen heute wesentlich höher ist als die Gesamtrichtmenge, denn ursprünglich sollte ja die Gesamtrichtmenge logischerweise der Summe der Einzelrichtmengen entsprechen.

Wir haben also mehr Kontingente vergeben, um es verständlich auszudrücken, als der Gesamtrichtmenge entspricht, und wenn man den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag eliminiert, bedeutet das natürlich, daß in Zukunft das System auf den Inlandsverbrauch abgestellt ist, aber echt, und nicht verfälscht ist durch die Formel, die wir jetzt haben, plus 16 Prozent, die der Staat bezahlt, und Schluß damit. Also dafür bin ich.

Ich bin allerdings — ich habe das gestern bei anderer Gelegenheit gesagt —, was den Ab-Hof-Verkauf betrifft, doch für bestimmte Instrumente, die ihn unter Kontrolle halten. Ich könnte mir etwa den generellen Ab-Hof-Verkauf für Landbutter nicht vorstellen, weil das dann nicht mehr kontrollierbar ist und der nächste Schritt dann rückläufiger Konsum ist. Das ist aber in Wirklichkeit kein rückläufiger Konsum, sondern die Zahl des statistisch ausgewiesenen Konsums ist rückläufig, und das bedeutet dann, daß wir in der weiteren Folge die Gesamtrichtmenge weiter reduzieren müßten. Aber reden sollen wir darüber. Ich lade gerne ein, im kommenden Jahr die Gespräche darüber sehr früh zu beginnen. (*Abg. Gurtner: Zu den Importen müssen Sie schon etwas sagen, Herr Minister!*)

Es ist nicht nur der illegale Ab-Hof-Verkauf, der zu den 64 Groschen geführt hat, es ist natürlich auch der Weltmarkt. Aber der Weltmarkt ist nicht mehr allein ausschlaggebend. Natürlich ist es auch der Umstand, daß wir nicht 100 000 Tonnen rückgekauft haben, sondern 40 000 Tonnen, vielleicht werden es 50 000 Tonnen, ich weiß es nicht, mehr vermutlich nicht.

Nun muß natürlich der Geschäftsführer diese 50 000 Tonnen, die nicht rückgekauft sind, wieder in seine Rechnung hineinnehmen. Und ich finde es nicht sehr fair, ich muß das hier sagen, sozusagen zu sagen, wir haben andere Berechnungen. Das ist ja ein ungeheuerlicher Mißtrauensausdruck gegenüber dem Geschäftsführer des Milchwirtschaftsfonds, der sich hier ja nicht wehren kann, der seine Pflicht tut, der die Zahlen so

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

vorlegt, wie sie sich rechnerisch ergeben. Wie wir sie dann politisch interpretieren, das ist unser Problem, aber seine Unterlagen in Frage zu stellen, das scheint mir schon etwas problematisch zu sein. Daß man einige Ansätze abschätzen und darüber reden kann, ist klar, weil ja Prognosewerte auch in der Rechnung drinnen sind, und über Prognosewerte kann man natürlich diskutieren. (*Abg. Dr. Puntigam: Warum haben Sie dann 54 Groschen angeboten?*)

Das kann ich Ihnen schon sagen: aus drei Gründen. Zugrunde lag ein Übereinkommen mit dem Herrn Präsidenten Derfler, über das er gesagt hat, er werde das erst am Freitag in der Präsidentenkonferenz diskutieren.

Nach diesem Vorschlag waren vorgesehen die Magermilchrücklieferung, die groschenmäßig nicht viel bringt, aber auf lange Sicht gesehen erhebliche Auswirkungen hat, denn da haben wir ja eine Überkapazität in den Trockenwerken, die auch das Gesamtsystem belastet, dann eine Änderung bei der Industriebutteraktion und die Kontrolle des Ab-Hof-Verkaufs — das war offenbar der Stein des Anstoßes —, die, obwohl der Milchwirtschaftsfonds dazu verpflichtet ist, vom Obmann blockiert wird. Die übrigen drei Wirtschaftspartner haben dieser Kontrolle zugestimmt, der Obmann des Milchwirtschaftsfonds blockiert die Entscheidung.

Um diese Frage ist es gegangen, ich mache ja kein Hehl daraus. Wenn man jetzt davon ausgeht, daß mehr Industriebutter abgesetzt wird, daß wir die Magermilchrücklieferung in Bewegung bringen und daß doch der Ab-Hof-Verkauf eingebremst wird, dann ergeben sich andere Annahmewerte, und diese hätten ungefähr dazu geführt, daß man in etwa 10 Groschen weniger hätte annehmen können bei einer optimistischeren Einschätzung der Anlieferung. Bitte, das hat auch zu dieser Berechnung gehört. All das ist ja kein Geheimnis.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident Derfler! Sie sind mir nicht ungehalten — ich muß das hier sagen —: Was soll ich denn davon halten, wenn jetzt landauf, landab gesagt wird, der Landwirtschaftsminister ziehe den Bauern das Geld aus der Tasche? Da gab es den Titel: „Faß ist nun übergelaufen“, „der Willkürakt des Landwirtschaftsministers“ — der Ihr Gesetz vollzieht.

Ich habe von Ihnen, Herr Präsident Derfler, ein Fernschreiben bekommen, als wir im März über den Absatzförderungsbeitrag ver-

handelt haben, als aus dem Budget 180 Millionen dem System zugeführt worden sind, 90 Millionen zusätzlich und 90 Millionen durch Umschichtungen aus meinem Budget. Sie haben damals gesagt, ab 1. Juli werde es keinen Einspruch der Präsidentenkonferenz mehr geben, werde es Zustimmung geben. Es hieß dann — ich zitiere der Ordnung halber wörtlich —:

„Diese Zustimmung wird unbeschadet der sich ergebenden Höhe des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages gegeben. Bei der Festsetzung der Höhe des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages ist nach den Bestimmungen des Marktordnungsgesetzes vorzugehen.“

Das ist an und für sich logisch, wurde aber noch einmal klargestellt. Das Zitat lautet weiter:

„Dies bedeutet unter anderem, daß sich keine Fehlbeträge ergeben dürfen.“

Jetzt sagen Sie, es können ruhig Fehlbeträge sein, man muß nicht alles auf einmal abdecken. Und es hieß dann weiter:

„Ich halte ferner fest, daß die Präsidentenkonferenz aus der Festsetzung der Höhe des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages mit 1. Juli 1985 mit keinerlei finanziellen Forderungen an den Bund herantreten wird.“

Eine Klarstellung dieser Art hat verständlicherweise der Finanzminister verlangt und nicht der Landwirtschaftsminister.

Ja, Herr Präsident Derfler, und jetzt hört sich alles völlig, völlig anders an. So geht es ja wirklich nicht. (*Abg. Ing. Derfler: Heute haben wir nicht den 1. Juli!*) Das war nicht für den Termin 1. Juli gemeint; der 1. Juli war genannt, weil wir uns geeinigt haben, daß wir mit diesem Paket bis zum 1. Juli das Auslangen finden, und der 1. Juli war der erste Termin für die neuerliche Festsetzung. (*Abg. Ing. Derfler: Das ist kein Präzedenzfall!*)

Ich bin nicht der Verteidiger des Herrn Klubobmanns Wille, aber ich muß jetzt wirklich etwas klarstellen, weil offenbar ein Zitat immer wieder gebracht worden ist, das in einer Salzburger Zeitung nicht ganz richtig wiedergegeben worden ist.

Der Herr Klubobmann Wille hat doch um Gottes willen nie den Bauern vorgehalten, daß die Wertschöpfung zu niedrig ist. Ich sage das deshalb, weil er sich bei dieser Debatte

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

nicht zu Wort melden wird. Er hat doch nie gesagt, daß die Wertschöpfung niedrig ist. Daß die Wertschöpfung in einer Computefirma höher ist als etwa in einem landwirtschaftlichen Betrieb, der vielleicht noch dazu nicht ganz mechanisierbar ist, das ist doch logisch wie das Amen im Gebet.

Es ging darum, daß die Stützungsaufwendungen insgesamt, wenn man alles zusammennimmt, verglichen mit der Wertschöpfung in bestimmten Bereichen einfach sehr hoch sind. Und das stimmt ja.

Ich möchte es einfacher darstellen: Bei der Milch haben wir ja das Problem am typischsten. Bei der Milch sind die Stützungen, die insgesamt aufgewendet werden — auch aus solidarischen Beträgen der Bauern; das muß man hinzufügen —, höher als die Wertschöpfung.

Und dann stellt sich natürlich die Frage: Was kann man tun, daß diese Entwicklung nicht weitergeht, daß sie unter Kontrolle kommt? Vor dieser Frage stehen wir alle miteinander, davor kann sich doch niemand drücken. Wir brauchen eine Zweidrittelmajorität in diesen Fragen.

Doch der Herr Kollege Huber will die Regionalisierung haben. Da wünsche ich ihm viel Glück. Da brauchen wir nur nicht mehr zu beschließen, dann sind die Länder zuständig. Dann gibt es ein eigenes Marktordnungsgesetz in Kärnten. Da bin ich meiner Verpflichtung enthoben.

Nur: Wie man natürlich dann den Ausgleich bei der Milch, Herr Kollege Huber, zwischen den nicht Milch produzierenden Ländern und den milchproduzierenden Bundesländern und Regionen herstellen will, oder wie man einen einheitlichen Getreidepreis beim Brotgetreide erreichen will zwischen den Bundesländern, die überwiegend Grünlandwirtschaft haben, und den Ackerbaugebieten im Osten Österreichs, das müssen Sie dann halt den Regionalpolitikern beibringen. Sie werden schon einen Ratschlag haben. Aber ich bin sofort für die Regionalisierung, wenn Sie sie zusammenbringen.

Aber aus Verantwortung für die Bauern bin ich im Hinblick auf den Außenschutz, den Sie ja dann auch nicht zustande bringen können und den wir brauchen, halt nicht für die Regionalisierung, sondern für die Fortsetzung dieses Systems, das nicht das beste sein mag, aber man muß mir sagen, wie das System besser gestaltet werden kann.

Ich möchte zum Herrn Präsidenten Deutschmann nur einige wenige Bemerkungen machen. Das Abwanderungsargument ist dankenswerterweise vom Herrn Abgeordneten Pfeifer schon beantwortet worden.

Ich möchte vielleicht dem Herrn Abgeordneten Huber gleich auf die Frage Tauschwert antworten. Das sind ja spiegelgleiche Argumente. Tauschwertverluste haben wir seit 1945 gehabt. Am stärksten hat sich die Preiskosten-Schere auseinanderbewegt in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung, weil wir natürlich die Kostensteigerungen gehabt haben, aber die Preise nicht angepaßt worden sind. Damals war es am schlimmsten. Jetzt ist es etwas besser.

Sie haben natürlich recht: Die Bauern könnten ja nicht bestehen, wenn nicht die Produktivitätssteigerung auf der anderen Waagschale liegen würde und damit insgesamt für die Bauern real beachtliche erfreuliche Einkommensentwicklungen möglich wären. Das werde ich doch wohl auch noch sagen dürfen.

Geteilter Preis: Herr Präsident Deutschmann hat gemeint, da werde von einem geteilten Preis gesprochen.

Welche Alternative haben wir? — Es ist ein Irrtum, wenn jemand glaubt, daß es die volle Abnahmegarantie und die volle Preisgarantie weiter geben wird. In keinem Industriestaat Europas wird das in Zukunft noch der Fall sein können.

Das heißt, entweder haben wir Preissicherung und eine Beschränkung der Produktion, oder wir haben freie Produktion, aber dann werden wir vor der Frage stehen, wie wir mit der Preisregelung zurecht kommen.

Der Vorschlag, den ich in Berlin gemacht habe — bitte nicht an die Adresse meiner österreichischen Freunde, sondern als Alternative zu den Überlegungen, die in der EG gemacht werden —, ist sehr einfach: Wenn wir das Brotgetreide im Kontraktweg auf den Bedarf beschränken, den wir im Inland haben, dann können die Sozialpartner den Preis vereinbaren; es wird ein gerechter, es wird ein fairer Preis sein. Wenn wir aber eine erweiterte Exportproduktion haben, kommen wir nicht daran vorbei, daß sich der Preis für den Exportanteil der Produktion schrittweise dem Weltmarkt nähern wird. Und wir sind auf diesem Weg, ob wir das wollen oder nicht! Die EG geht diesen Weg sehr konsequent.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

Zum Kollegen Huber muß ich noch ein paar Bemerkungen machen. Zu beurteilen, ob die Beamten des Ressorts, die in der Förderungspolitik oder als Lehrer an den Schulen oder in unseren Versuchsanstalten tätig sind, für die Bauern wichtig sind oder nicht, das würde ich Ihnen überlassen. Ich glaube, sie sind genauso viel wert wie die Beamten in den Kammern oder anderswo. Sie machen Arbeit für die Bauern.

Über die Wildbach- und Lawinenverbauung könnte man ähnlich philosophieren.

Aber, Herr Abgeordneter Huber, ich verstehe ja Ihre psychische Situation. Sie sind der Verlockung erlegen, Oppositions- und Mehrheitsabgeordneter zugleich zu sein. Das ist verständlich, volles Verständnis dafür. Doch Sie müssen sich dann die Argumente besser überlegen.

Eines Ihrer Argumente werde ich selbstverständlich sofort an den zuständigen Herrn herantragen. Sie haben gemeint, die Milchimporte müßten sofort unterbunden werden. Sie haben wahrscheinlich gemeint „Milchprodukte“, denn Milchimporte haben wir keine, es sei denn, Sie meinen den Vormerkverkehr, aber das ist wieder etwas ganz anderes.

Na gut, Sie könnten etwa die Käseimporte meinen. Ich darf darauf hinweisen, wir haben aus der EG 7 000 Tonnen im Vorjahr importiert und wir haben 14 700 Tonnen exportiert. Nur damit das klargestellt wird.

Ich bin aber dafür, daß in diesem Bereich sämtliche Importe unterbunden werden, alle, samt und sonders. Ich werde mit dem Herrn Handelsminister reden, die Latte ist ihm damit ungewöhnlich hoch gelegt. Fairerweise muß ich sagen: Er wird das nicht zustande bringen, weil man ihn sofort fragen wird: Ja wo ist die Kompensation, wenn Sie etwas ändern? Aber ich werde Ihren Wunsch dem Herrn Handelsminister mit dem gehörigen Nachdruck übermitteln. Ich werde ihm sagen, daß sein Hauptsprecher vom Handelsminister mit Nachdruck verlangt, sämtliche Milchimporte zu unterbinden.

Milchlieferversichtsprämie. Sie paßt Ihnen auch nicht in der Form, wie sie konzipiert ist.

Ich darf Ihnen sagen, daß die CDU/CSU/FDP-Koalition in der Bundesrepublik weniger zahlt als wir; dort funktioniert es. Warum funktioniert es dort? Aus einem begreiflichen Grund: weil es das Ausweichen in die Pachtverträge nicht gibt.

Wenn ein Bauer heute zu einem Molkereileiter kommt und fragt — ich mache gleich Schluß —: Was soll ich tun, damit ich am Milchlieferversicht teilhaben kann?, dann sagt der: Du wirst doch nicht blöd sein; ich vermittele dir einen Pachtvertrag und der oder jener Bauer zahlt dir 1 S. — Bis zu 2 S werden angeboten pro Liter Kontigent. Jetzt frage ich mich, wie der das kann. Wie kann der 1 bis 2 S pro Liter bei einem Pachtvertrag bezahlen? (*Abg. Helga Wieser: Aber das ist deswegen, weil . . .!*) Das ist sogar inseriert worden, Frau Abgeordnete, sogar Inserate hat es gegeben, das stimmt.

Zum allgemeinen Absatzförderungsbeitrag: Die Einkommensminderung — Herr Abgeordneter Huber, das wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen — haben Sie mitbeschlossen; das ist nicht bestreitbar. (*Zwischenruf des Abg. Alois Huber.*)

Zur Regionalisierung habe ich mich schon geäußert.

Herr Kollege Fachleutner! Ich stimme mit Ihnen überein, daß wir uns jetzt bald einmal zusammensetzen müssen, meinetwegen noch vor Weihnachten, um zu überlegen, was wir tun können, damit wir den Getreidebereich in Bewegung bringen. Die Möglichkeit haben Sie nach der Gesetzeslage! Ich muß die Herren immer wieder auf das Gesetz aufmerksam machen!

Sie brauchen nur einen Kredit aufzunehmen (*Abg. Fachleutner: Ich habe ja keine Absicherung!*), der Bund wird den Betrag verdoppeln, und Sie können alles exportieren. Aber solange wir 800 Millionen Schilling — nicht ganz 800 Millionen, es sind vielleicht 780 Millionen, bitte, mich jetzt nicht festzulegen, aber es sind rund 800 Millionen — unbedeckt haben, der Dollarkurs kann das Tag für Tag ändern, das kommt noch dazu, werden Sie schon verstehen, daß wir mit den Mitteln, die wir haben, zunächst unseren Verpflichtungen nachkommen, die wir in den Rahmenverträgen mit den RGW-Staaten eingegangen sind. In den Rahmenverträgen haben wir vorwiegend das Brotgetreide, etwas Futtergetreide haben wir bereits exportiert.

Aber noch einmal: Kredite aufnehmen, und morgen können die Exporte rollen, so lange Sie sich nicht ... (*Abg. Fachleutner: Wir haben keine Absicherung, Herr Bundesminister! Das wissen Sie!*) Sie haben keine Absicherung? Welche Absicherung habe denn ich? (*Abg. Fachleutner: Wenn Sie dem Finanzminister ...!* — *Zwischenruf der Abg.*

10418

Nationalrat XVI. GP — 118. Sitzung — 10. Dezember 1985

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden

Helga Wieser.) Der Finanzminister hat auch keine Absicherung, aber er wird bezahlen, wenn Sie die Kredite aufnehmen. Ja da muß man etwas tun damit. Das ist doch Ihr Problem und nicht mein Problem. Das hat der Gesetzgeber so wollen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Helga Wieser: Sie sind ja Minister, oder?)*

Es wäre jetzt verlockend, noch über die Flächenstilllegung zu diskutieren. Mit dieser Frage werden wir uns auch auseinandersetzen müssen. Sie ist nicht leicht zu beantworten, das weiß ich. Sie wird in der Bundesrepublik diskutiert.

Wir werden auch die Aufforstungsprämien für agrarische Grenzertragsböden erhöhen, obwohl wir genau wissen, daß die Aufforstung natürlich auch auf landeskulturelle Überlegungen Rücksicht zu nehmen hat. Aber wir müssen schauen, daß wir Flächen aus der Produktion bringen.

Ich bin dem Herrn Abgeordneten Peck dankbar, daß er auf die Maissaatgutproduktion hingewiesen hat. Durch die Verträge, die wir jetzt abschließen und bereits abgeschlossen haben — wir haben auch den Polenvertrag unter Dach und Fach; es ist ja keine Spazierfahrt, wenn man sich um Verträge dieser Art bemüht —, werden wir insgesamt 20 000 Hektar für eine alternative Produktion zur Verfügung haben, und das kostet keinen Groschen, beim Raps würde es uns 100 Millionen Schilling pro Jahr kosten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe schon viel zu lange gesprochen *(Rufe: Jawohl!)*, Sie bestätigen mir, daß ich aufhören soll.

Ich glaube, daß durch dieses Budget eine solide Grundlage dafür besteht, daß die erfolgreiche Politik für die österreichischen Bauern fortgesetzt werden kann. Ich möchte meinen Mitarbeitern und insbesondere den bäuerlichen Familien danken. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 16.25

Präsident Dr. Stix: Zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Ing. Derfler. Ich erteile ihm das Wort und mache auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam.

16.25

Abgeordneter Ing. Derfler (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich muß darauf hinweisen, daß das vom Herrn Land-

wirtschaftsminister vorgetragene Fernschreiben die Voraussetzung dafür war, die von ihm verlangte Voraussetzung, daß der allgemeine Absatzförderungsbeitrag — wenn ich mich recht erinnere — mit 1. April dieses Jahr doch spürbar gesenkt werden konnte.

Der Herr Minister hat mir diesen Text zugemittelt. Ich habe versucht, ein paar Korrekturen zu machen, der Herr Minister war nicht einverstanden mit Korrekturen. Ich habe ihm diesen Text dann zugemittelt *(Rufe bei der ÖVP: Da schau her! — Ruf bei der SPÖ: Und wer hat unterschrieben?)* mit der Zusicherung: Das gilt natürlich für den 1. Juli. Sollte sich herausstellen, so war die Vereinbarung, daß am 1. Juli das Auslangen nicht gefunden wird, dann kann am 1. Juli der „Allgemeine“ erhöht werden, und ich werde mich nicht querlegen.

Herr Minister! Sie müssen mir bestätigen, daß ich das eingehalten habe. Das war kein Freibrief für irgendeinen nächsten Monatsersten. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.26

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Lanner.

16.26

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Klarstellung von Präsident Derfler war wesentlich und sagt etwas anderes, als uns der Landwirtschaftsminister verkaufen wollte.

Ich war verwundert, auf welche Art und Weise Landwirtschaftsminister Haiden seinen Kollegen Huber von der Freiheitlichen Partei behandelt hat. Das war nicht die feine englische Art. Ich glaube, er hat das nicht verdient. Man kann sich mit seinen Argumenten auseinandersetzen, wie man will, aber zu sagen, er hätte psychische Probleme, seelische Probleme, das, glaube ich, geht ein bißchen zu weit, und so viel Solidarität sollten wir zwischen den Parteien haben, daß wir derartige Äußerungen von der Regierungsbank zurückweisen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben im übrigen heute einen eher hilflosen Landwirtschaftsminister erlebt. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Er ist nirgends zuständig, habe ich gehört. Er hat gesagt, was die Beratung anlangt, darüber möchte er nicht diskutieren, da wären die Länder zuständig. Sie wären auch in der Absatzförderung kompetent! Und hinsichtlich der Kürzung des Milchgeldes hätte er nichts anderes getan, als das Gesetz vollzogen, und hier wäre er ebenfalls hilflos. — Das ist die Situation.

Dr. Lanner

Vielleicht sollte man aber folgendes ergänzen. Herr Minister Haiden hat, als die Berechnungen vorlagen, Präsident Derfler folgendes Geschäft vorgeschlagen: Wenn Sie der Einführung einer Milchkontrollpolizei zustimmen — vier Kontrolleure sollen durch das Land ziehen und, was weiß ich wie, die Bauern einer strengen Kontrolle unterziehen —, dann erhöhe ich den Absatzförderungsbeitrag um 54 Groschen, sind Sie nicht gefügig, verlange ich 64 Groschen.

So wird Politik gemacht! Das erinnert fatal an den gescheiterten Versuch Kreiskys, den Bauern den Brotkorb höher zu hängen. Ich glaube, das ist es, was wir mit Nachdruck ablehnen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann gab es keine Äußerungen zum Ab-Hof-Verkauf. Er wäre, so sagte der Landwirtschaftsminister, an einer Regelung des Ab-Hof-Verkaufes interessiert. Wir auch! Wir haben dazu einen konkreten Vorschlag eingebracht. Wir waren auch gespannt, ob sich Haiden in irgendeiner Form zu den Vorschlägen seiner sozialistischen Kollegen äußern wird. — Kein Wort darüber!

Wir haben eine klare praxisnahe Regelung auf den Tisch gelegt. Wir erwarten, daß darüber auch bald, im Interesse der Bauern, aber auch der Konsumenten — diese sind genauso verärgert, weil sie keine Milch mehr ab Hof kriegen — eine praxisnahe Entscheidung getroffen wird.

Meine Damen und Herren! Es wurden heute sehr viele Vorschläge präsentiert. Ich war ein bißchen überrascht, wie der Kollege Pfeifer mit den Vorschlägen von unserer Seite verfahren ist. Ich glaube, für Vorschläge, für Ideen, für neue Überlegungen sollte man offen sein, egal, von welcher Seite sie kommen. Wir sollten sie kritisch prüfen und sollten dann gemeinsam die beste Entscheidung treffen. Uns zumindest liegt daran, in dieser Weise vorzugehen, nämlich Vorschläge unvoreingenommen zu prüfen und letztlich die beste Entscheidung zu treffen.

Nun ist der Landwirtschaftsminister nicht hier. Ich muß ihn heute etwas deutlicher ansprechen. Er kann dann nicht sagen, in seiner Anwesenheit; es stört mich aber nicht. Der Staatssekretär wird ihm schon einiges davon berichten. Ich hätte es nur gerne Aug in Aug gemacht.

Ich hätte ihm gerne gesagt: Herr Landwirtschaftsminister, Ihre Politik ist praxisfremd und bürokratisch! Ich hätte ihm gerne gesagt:

Sie lassen die Entwicklung treiben! Und ich hätte ihm gerne gesagt: Es fehlt Ihnen die Perspektive einer umfassenden Politik für den gesamten ländlichen Raum! Ich möchte dafür Beweise bringen.

Ich sagte: Seine Politik ist praxisfremd und bürokratisch. Er versucht, die Bauern über einen niedrigen Milchpreis zu knebeln. Es ist nichts anderes! Und er steht tatenlos der ausländischen Situation gegenüber. Tatenlos!

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wenn die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ein Kilogramm Camembert nach Österreich liefert, so werden als Eingangsabgabe 2 S pro Kilogramm erhoben. Wenn wir ein Kilogramm Camembert in die EWG absetzen wollen, müssen wir dafür 30 S pro Kilogramm bezahlen. 2 S zu 30 S! Das ist ein ruinöser Wettbewerb. Das hat mit Chancengleichheit, mit Fairneß nichts mehr zu tun! Solange Sie nicht diese Schleuse abdichten, werden Sie keinen Erfolg haben bei der Milchmarktordnung in Österreich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Beispiel Nummer zwei: Es wurde auf die Inlandsaktionen schon hingewiesen. Kollege Gurtner hat das ausführlich getan. Ich erwähne nur noch einen Punkt mit einer Zusatzbemerkung. Es wurde eine Inlandsbutteraktion ins Leben gerufen, aber — auch hier — praxisfremd und bürokratisch, nur für wenige Monate. Wer wird denn seinen Betrieb, seine Rezeptur, seine Etiketten wegen weniger Monate umstellen? — Natürlich niemand! Verständlicherweise! Daher funktioniert das System nicht. Was wir brauchen, wären langfristige Lösungen. Diese würden dann auch entsprechende Ergebnisse zeitigen.

Der zweite Vorwurf: Der Landwirtschaftsminister läßt die Entwicklung treiben. Die Probleme, die wir heute haben, sind nicht neu, sie zeichneten sich schon seit langem ab. Seit langem! Bereits in der Regierungserklärung 1970 hat es geheißen, daß eine Anpassung der Produktion an den Markt notwendig sei. Aber geschehen ist nichts! Seit 15 Jahren lassen Sie die Dinge treiben. Sie schieben sie vor sich her. Das ist ein Vorwurf, den ich Ihnen machen muß!

Wir haben Vorschläge gemacht. Wir haben eine umfassende Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung vorgelegt. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Das ist sicher nicht der Stein der Weisen. Aber es wäre wert gewesen, darüber zumindest zu diskutieren, die Vorschläge zu prüfen. Ich glaube nicht, daß alles ein Unsinn

Dr. Lanner

und ein Blödsinn war. Aber Sie haben in einer überheblichen Art einfach alles vom Tisch gefegt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der dritte Bereich: der Einstieg in neue Produktionsmöglichkeiten. Diese hat der Landwirtschaftsminister schlicht und einfach verschlafen. Ich wiederhole: verschlafen! *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Kollege Huber von der Freiheitlichen Partei hat darauf hingewiesen, daß bedeutende Möglichkeiten gegeben wären — ich möchte unterstreichen, was er gesagt hat. Der Eiweißfutterpflanzenanbau müßte ausgebaut werden, aber die Dotierung ist nicht entsprechend, damit das Ganze anlaufen kann. Wir importieren für 2,6 Milliarden Schilling Futtermittel. Damit kaufen wir uns die Agrarüberschüsse im Ausland ein! Das kann doch kein System sein, das vernünftig ist. Hier muß man etwas unternehmen!

Nun werden die „Feinspitze“ sagen: Da gibt es das GATT und alle Probleme, die damit zusammenhängen. — Das weiß ich schon. Das wissen Sie auch. Aber es gibt Möglichkeiten, meine Damen und Herren! Und Sie werden doch vernünftigerweise nicht von mir erwarten, daß ich hier in der Öffentlichkeit diese Möglichkeiten darlege.

Aber ich möchte Ihnen folgenden Hinweis geben: Durch den Aufbau einer eigenen Produktion gibt es die Möglichkeit, so wie das andere Länder machen, sich über steuerliche Maßnahmen der ausländischen Konkurrenz vernünftig zu erwehren. Hier wären Möglichkeiten für den heimischen Produzenten gegeben. Hier könnte man sich auch Subventionen sparen.

Und ein zweites Beispiel: Es bestehen große Möglichkeiten im Ölsaatenanbau. 95 Prozent der pflanzlichen Öle und Fette muß Österreich im Ausland einkaufen, im letzten Jahr für 1,6 Milliarden Schilling. Auch hier wären Möglichkeiten gegeben. Nur: Der Landwirtschaftsminister hat geschlafen. Er hat diese Entwicklung nicht entsprechend unterstützt und gefördert.

Schließlich — Kollege Fachleutner hat das ausführlich dargelegt — bestehen Chancen beim Anbau nachwachsender Rohstoffe.

Es kann doch nicht unvernünftig sein, daß wir, wenn, wie etwa im heurigen Jahr, für 65 Milliarden Schilling Energie im Ausland eingekauft werden muß, einen Teil — ich sage: einen Teil — dieser Energie über nachwachsende Rohstoffe im Inland erzeugen. Das kann doch nicht unvernünftig sein!

Und wenn ich sage, der Landwirtschaftsminister habe die Entwicklung treiben lassen, so mache ich ihm den Vorwurf, daß er bis heute nicht die notwendigen Maßnahmen gesetzt hat, um die Anbaumöglichkeiten bei Eiweißfuttermitteln, um die Möglichkeiten im Ölsaatenanbau und die Möglichkeiten zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe entsprechend auszunützen.

Der dritte Vorwurf, den ich ihm machen muß: Es fehlt ihm die Perspektive für eine umfassende Politik für den gesamten ländlichen Raum. Meine Damen und Herren! Notwendig wäre eine Agrarpolitik mit einer klaren gesellschaftspolitischen Ausrichtung, die den gesamten ländlichen Raum berücksichtigt. Die Sicherung des ländlichen Raumes als Wirtschafts-, Siedlungs- und Erholungsraum setzt voraus, daß eine Mindestbesiedlung auf Dauer gewährleistet ist. Ich sage das an die Adresse jener, die glauben, in der Abwanderungsideologie läge das Heil. Das ist eine Sackgasse! Die Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes als Siedlungs-, Wirtschafts- und Erholungsraum ist eine Mindestbesiedlungsdichte auf Dauer, und hier spielt die Landwirtschaft eine zentrale Rolle. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun müßte man sich überlegen: Wie kann man den Bauern und jenen, die sich in schwierigen Regionen befinden, unter die Arme greifen? Was aber macht der Landwirtschaftsminister? — Er kürzt die Regionalförderung! Er kürzt die Mittel für den Telefonanschluß! Er kürzt die Mittel für den Wegebau, obwohl jeder weiß: Ohne wintersichere Zufahrt hat ein Betrieb auf Dauer keine Überlebenschance. Das ist kontraproduktiv! Das ist genau das Gegenteil dessen, was man tun müßte!

Und um das Maß vollzumachen: Der Wettbewerb wird schwieriger, die Bauern sind gezwungen, sich der Entwicklung anzupassen. Neue Produkte kommen auf den Markt, die Biotechnologie steht vor der Tür. Und was macht der Landwirtschaftsminister? — Er kürzt die Mittel für die Forschung, er kürzt die Mittel für das Bildungswesen und er kürzt die Mittel für die Beratung. Dafür verdoppelt er das Budget für seine persönlichen Repräsentationsausgaben. Das kann sicher nicht der richtige Weg einer Agrarpolitik für die Zukunft sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich mache dem Landwirtschaftsminister den Vorwurf, daß er es nicht verstanden hat, die Gunst der Stunde zu nutzen, die Gunst der Stunde in der Wert-

Dr. Lanner

schätzung der Natur, der Erholung oder der Gesundheit aus heimischer Produktion. Der Stellenwert der Landwirtschaft ist sehr viel höher als ihr Anteil am Sozialprodukt. Der Landwirtschaftsminister hat diese Entwicklung verschlafen.

Eine Neuorientierung ist unumgänglich. Die Bauern und alle Österreicher verdienen eine andere, eine bessere Agrarpolitik, und es wäre an der Zeit, daß diese Regierung den Weg freimacht für einen neuen Anfang. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.41

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Hintermayer. *(Abg. Dr. Ettmayer: Hintermayer! Der Huber hat dir eine hohe Latte gelegt!)*

16.41

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Verehrter Herr Präsident! Herr Minister! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor einigen Wochen haben wir hier den Grünen Bericht 1984 beraten, einen guten Bericht, der aufzeigte, daß in dem Berichtsjahr in allen Produktionsgebieten Österreichs die Bauern einen Einkommenszuwachs zu verzeichnen hatten.

Die heutige Diskussion, vor allem die Beiträge der Oppositionsredner signalisieren wieder einmal eine Weltuntergangsstimmung. *(Abg. Schwarzenberger: Einschließlich Huber!)* Aber auch schon die Meldungen und die Berichte diverser Medien haben in den letzten Tagen davon in Kenntnis gesetzt, daß am agrarpolitischen Himmel düstere Wolken aufziehen. Es gibt Hinweise, Empfehlungen, Forderungen, Resolutionen, aber auch Drohungen. Vom Vieh über das Getreide bis hin zur Milch ist alles in Frage gestellt.

Bei der Milch wird einerseits gefordert, den Ab-Hof-Verkauf freizugeben *(Abg. Gurtner: Das haben aber die Sozis gefordert!)*, obwohl bei den Marktordnungsverhandlungen 1984 in der Regierungsvorlage, Herr Dr. Leitner, eine gewisse Liberalisierung vorgesehen war und diese von den Vertretern der Opposition, sprich den Genossenschaftsvertretern, verhindert wurde. *(Abg. Deutschmann: Was ist mit der Liberalisierung, Herr Hintermayer?)* Andererseits wird die Kürzung der Richtmengen und der Abbau des Absatzförderungsbeitrages vorgeschlagen. Die Erhöhung des Absatzförderungsbeitrages von 39 auf 64 Groschen je Liter Milch, die auf Empfehlung des Milchwirtschaftsfonds nach Anhörung aller Sozialpartner erfolgt, hat diese Diskussion ausgelöst und wesentlich

verschärft. *(Abg. Gurtner: Die Sozialpartner haben zugehört, wie der Minister das festgelegt hat!)*

Beim Getreideexport machen uns die stark gesunkenen Weltmarktpreise die größte Sorge, da immer mehr Eigenmittel aus dem Budget, aber auch Bauerngelder aufzubringen sind. Bei den Getreidepreisverhandlungen im Sommer ist von seiten des Ministeriums immer wieder auf einen steigenden Bedarf der Stützungsmittel hingewiesen worden. Und es ist nahezu kabarettreif, wenn man dann im Budgetausschuß erlebt, daß der Obmann des Getreidewirtschaftsfonds urgiert, Forderungen aufstellt und sagt, daß das von seiten der Regierung verniedlicht wird.

Ich selbst habe erlebt, daß Herr Sektionschef Steiner immer wieder darauf hingewiesen hat, daß wir größere Bereitstellungen brauchen werden, um den Export im kommenden Herbst und im kommenden Jahr bewältigen zu können. Man hat es nicht zur Kenntnis genommen. Doch jetzt gibt es das Lamento.

Beim Viehexport sind es die verschärften EG-Bestimmungen und die Zustände in diesem Wirtschaftsraum, die uns nur nach zähen Verhandlungen einen Hoffnungsschimmer gewähren. Die Verhandlungen mit Italien beziehungsweise dem EG-Bereich führen seit geraumer Zeit der Bundeskanzler, der Vizekanzler, der Landwirtschaftsminister. Aber auch Staatssekretär Murer war schon zweimal in Italien *(Abg. Helga Wieser: Na, so was!)*, und es wurde dort wirklich erfolgreich verhandelt, gnädige Frau! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Helga Wieser: Ist ja auch ein schönes Land!)*

Wir müssen feststellen, daß sich diese Verhandlungen immer schwieriger gestalten und daß wir nicht ablassen dürfen, diese Gespräche aufrechtzuerhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Agrarpolitik wird in der ganzen freien westlichen Welt immer schwieriger, da die Konkurrenzsituation immer schärfer und härter wird.

Ich glaube, wir müßten aufhören mit der „Erzeugungsschlacht“ auf dem agrarischen Sektor. Wir werden in Hinkunft die Erzeugung dem Bedarf anpassen müssen. Allerdings werden wir die Einkommenspolitik der österreichischen Landwirtschaft auf nationaler Ebene so lösen müssen, daß wir auch in

Hintermayer

Zukunft diesen Berufsstand als sicherste Versorgungsquelle erhalten können.

Alle Alternativen wird man prüfen und untersuchen müssen. Deshalb: Mehr Forschung und Prüfung in den Bundesanstalten und Schulen, denn nicht immer soll und kann der Bauer Versuchskaninchen sein! Jedem Versuch wird man Bedeutung beimessen müssen.

Nun zu den Vorschlägen, die es jetzt so gibt, zum Beispiel Ab-Hof-Verkauf für Milch: Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir dieses Problem ohne strengste Kontrolle und ohne Einbindung in die marktordnungsgesetzlichen Bestimmungen, ohne Abgaben beschließen könnten. (*Abg. Brandstätter: Sie sind also gegen den Vorschlag der SPÖ-Bauern?*) Denn ich glaube, wir würden damit zwei Kategorien von Milchbauern schaffen, und dann hätten wir neuerdings Schwierigkeiten. (*Abg. Brandstätter: Sie sind also gegen den Vorschlag der SPÖ-Bauern?*) Ich bin nicht gegen den Vorschlag, aber ich glaube, man wird reden müssen und wird prüfen müssen, wie man die Sache über die Bühne bekommen kann. Eines ist sicher: daß das ohne Prüfung und ohne Einbindung nicht möglich sein wird. (*Abg. Brandstätter: Heißt das, daß der Vorschlag in der vorgelegten Form unannehmbar ist?*)

Ich glaube, daß auch auf dem Milchsektor noch andere Dinge ausgeschöpft werden sollten und müßten. In erster Linie bedrückt mich immer wieder, daß der Milchabsatz rückläufig ist. Hier gibt es in Österreich die ÖMIG, und die ÖMIG, glaube ich, müßte neue Wege der Werbung beschreiten und wesentlich mehr Werbung für dieses wertvolle Produkt betreiben.

Ein zweiter Weg, den wir ja schon im Sommer beschritten haben, ist die Milchlieferverzichtsaktion. Vielleicht wird es möglich sein, eine zweite Aktion ins Leben zu rufen, die besser gestaltet ist. Vielleicht wird sie dann zielführender sein. Denn eines dürfen wir nicht übersehen: daß sie eine sehr soziale Maßnahme sein kann, daß sie eine agrarpolitisch wertvolle, aber auch eine budgetpolitisch wertvolle Maßnahme sein kann. Wir werden eben in Hinkunft alle diese Überlegungen genauer unter die Lupe nehmen müssen und genauere Berechnungen anstellen müssen, bevor wir Beschlüsse fassen.

Ein Fingerzweig nur: Staatssekretär Murer hat sich bei der Marktordnungsverhandlung im Jahre 1984 sehr stark dafür eingesetzt, daß

der Absatzförderungsbeitrag in den Zonen 3 und 4 rückerstattet wird. In den letzten Tagen sind die ersten Zahlen bekanntgeworden: 87,5 Millionen Schilling werden an 20 437 Betriebe zur Auszahlung gelangen. In der Steiermark allein sind es 21 Millionen für 4803 Betriebe.

Wenn ich mich noch erinnere, wie die Vertreter des Bauernbundes bei den Marktordnungsverhandlungen dieses System verhindern wollten und gemeint haben, man müßte das in eine andere Form der Subvention umwandeln, so muß ich sagen ... (*Abg. Deutschmann: Das stimmt doch nicht! Sie können doch nicht solche Unwahrheiten da ins Haus hineinsagen!*)

Lieber Herr Präsident Deutschmann! Ich könnte Ihnen die Namen nennen von den Vertretern, die mir gesagt haben, man müßte das verhindern. (*Abg. Deutschmann: Sie wollten die anderen belasten!*) Ja leider Gottes ist das zugetroffen. (*Abg. Deutschmann: Nein!*) Na sicher. (*Abg. Deutschmann: Nein!*) Sie waren es nicht, aber ich könnte Ihnen die Namen Ihrer Vertreter sagen, die mich angesprochen haben darauf, ich möge den Staatssekretär davon überzeugen, daß das keine günstige Maßnahme ist. (*Abg. Deutschmann: Das stimmt doch nicht!*) Sie können behaupten, was Sie wollen, ich kann Ihnen den Wahrheitsbeweis antreten, das sage ich Ihnen! (*Abg. Deutschmann: Das stimmt nicht! Ich war ja dabei, Sie waren ja selten dabei!*) Ich war immer dabei in den Gremien, in die ich eingeladen wurde, Herr Präsident! (*Abg. Deutschmann: Sie waren selten dabei!*) Vielleicht ist es Ihnen jetzt unangenehm (*Abg. Deutschmann: Aber überhaupt nicht!*), ich kann Ihnen wirklich nicht helfen. (*Abg. Dr. Leitner: Hintermayer sagt die Unwahrheit!*) Der Hintermayer sagt nicht die Unwahrheit, Herr Dr. Leitner!

Ich kann Ihnen unter vier Augen sagen, wer von Ihrer Seite mich immer wieder bestürmt hat, ich möge mit dem Staatssekretär in dieser Sache reden. Ich lasse mir da keine Unwahrheiten nachsagen, dagegen wehre ich mich schon sehr entschieden, Herr Dr. Leitner, dessen können Sie versichert sein! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Auch die Pressekonferenz, die Staatssekretär Murer in den letzten Tagen abgehalten hat, ging in die Richtung, daß auf dem Milchsektor etwas geschehen sollte, daß wir einen Weg beschreiten müßten, um vielleicht mit neuerlichen Maßnahmen vom Absatzförderungsbeitrag wegzukommen, damit der Bauer auch den Preis bekommt, der ihm zusteht.

Hintermayer

Wir haben schon gehört — der Herr Minister hat das vorhin erwähnt —, daß es auch mit der Beratung nicht ganz gestimmt haben dürfte, bei dieser Milchlieferversichtsprämienaktion, die wir heuer im Sommer beschlossen haben. Wenn jetzt kritisiert wird, daß die Mittel in der Höhe von 50 Groschen bis 1,20 S zu gering sind, dann muß man sagen: Es war sicher maßgeblich und ausschlaggebend, daß in der Bundesrepublik weniger Mittel zur Verfügung gestellt wurden, und deshalb hat man auch in Österreich die Beträge etwas gekürzt.

Nun noch ein paar Bemerkungen zum Getreidesektor. Auch in diesem Bereich gibt es immer wieder Schlagworte wie Preissplitting, Düngersteuer. Das ist ja heute auch schon sehr umfangreich diskutiert worden. Das kommt auch vom Direktor der Präsidentenkonferenz, Herrn Dr. Korbl. Oder stimmt das auch nicht, Herr Präsident? (*Abg. Deutschmann: Ich war nicht dabei!*) Ach so! Sie waren auch nicht dabei. (*Ruf bei der ÖVP: Aber die Präsidenten haben zu entscheiden ...!*)

Streichung der Dieselmückvergütung, Belastung des Maissaatgutes und so weiter: Ich muß Ihnen sagen, daß ich mich mit diesen Vorschlägen nicht anfreunden kann, da ich die Walze schon höre, nämlich die Regierung müßte diese Maßnahmen beschließen, und draußen wird es dann heißen: Da schaut euch diese böse Regierung an, die hat schon wieder eine neuerliche Belastung für euch Bauern beschlossen, die hat euch schon wieder Mittel weggenommen, die euch zustehen.

Weiters muß ich Ihnen sagen, daß diese Düngersteuer sicher eine Bestrafung gerade jener Getreidebauern in Niederösterreich, in Oberösterreich und im Burgenland wäre, die sich mit den Milchbauern solidarisch erklärt haben, die auf ihre Viehhaltung verzichten haben und in den Getreidebau eingestiegen sind. Die wären diejenigen, die jetzt den höchsten Anteil zahlen müßten. Wahrscheinlich würden auch die Grünlandbetriebe hier sehr stark zur Kasse gebeten werden.

Ich muß Ihnen sagen: Ich kann mich mit der Flächenstillegung tatsächlich anfreunden, überhaupt dann, wenn ich daran denke, daß man das in ein Ökosystem einbaut und eingliedert, nicht so, wie es da immer wieder heißt, daß es in Hinkunft verunkrautete Flächen geben wird, sondern indem man das mit einem zielführenden Ökosystem koppelt. Dann kann das eine sehr günstige, eine bodengesundende Maßnahme sein, die uns

vielleicht auch von der Überproduktion auf dem Getreidesektor wegbringen kann, wenn die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, ausreichen.

Wenn die niederösterreichische Kammer eine Resolution an alle Klubs schickt und darin darauf hinweist, daß man Biosprit erzeugen müßte, dann möchte ich nur fragen: Ja wo waren denn die Vertreter der Präsidentenkonferenz, als man im April das Gutachten ausgearbeitet hat? Sie haben doch mitunterschrieben. Und jetzt, nach einigen Monaten, wissen sie schon wieder nicht, was sie uns hier im April vorgelegt haben.

Oder: Die Ausweitung des Anbaus von Ölsaaten und Eiweißfutterpflanzen wird urgiert. Der Herr Bundesminister und die Regierung bemühen sich, von einem Jahr zum anderen mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Und was erleben wir? Wir erleben, daß die Eiweißfutterprodukte bei den Bauern liegen oder in den Genossenschaften und nicht weiterverwertet werden. Weil ich weiß, daß der größte Anteil der Mischfutterwerke in Genossenschaftshand ist, vermisste ich sehr, daß die Genossenschaften die Landwirte echt unterstützen möchten.

Ich glaube, daß wir gemeinsam nachdenken, jeden Vorschlag prüfen, rechnen und dem uns zuwenden müssen, was für den Berufsstand, aber auch für das Budget günstig erscheint. Es wird nicht auf dem Lizitationswege gehen, die Dinge ins richtige Lot zu bringen. Wahrscheinlich wird man hier mehr privatwirtschaftliche Überlegungen einfließen lassen müssen.

Verfolgt man die Pressemeldungen von gestern und heute, so kann man auch herauslesen, daß sich die Fachleute nicht ganz einig sind. „Agrarstützung explodiert“, stand gestern in der Presse, „Bauern demonstrieren“. Auf der einen Seite verlangt die Opposition, man solle sparen, auf der anderen Seite wird verlangt, mehr auszugeben. Ja-Nein-Politik! In der heutigen Presse steht: „Heftige Kontroversen um Bauerneinkommen.“

Herr Direktor Fahrnberger, der Direktor des Bauernbundes, sagt, das Einkommen der Landwirtschaft sei katastrophal schlecht. Der Agrarexperte Dozent Dr. Schneider sagt, das Einkommen sei gut und weit besser, als es früher war. — So widersprechen die Aussagen der Fachleute und Experten denen der Politiker.

Zum Agrarbudget selbst. Das Wünschbare

Hintermayer

soll in der Politik unser Ziel sein, aber auf das Machbare sollen wir uns vorbereiten. Nach dieser Maxime müssen wir uns richten, wollen wir nicht Luftschlösser bauen und der Bevölkerung das Blaue vom Himmel versprechen. Das gilt auch für die Agrarpolitik. Das jeweilige Budget ist immer wieder der Zankapfel, weil jeder ein bißchen mehr haben möchte. Ja, meine Damen und Herren, auch wir begrüßen es, wenn Budgetkapitel aufgestockt werden können.

Die Zahlenspielerereien des ÖVP-Bauernbundes sind wirklich nicht dazu angetan, Klarheit in die agrarpolitische Diskussion zu bringen. Auch die Journalisten — man kann das aus den Artikeln der letzten beiden Tage herauslesen — schütteln mehrheitlich die Köpfe, wenn der Bauernbund in ellenlangen Presseerklärungen Budgetvergleiche von 1970 bis heute anstellt. Es sieht in Wirklichkeit anders aus.

Vor einigen Tagen hat ein alter Bauer zu mir gesagt, er meine, daß die Zeit in der Monarchie noch die schöne und die richtige, die gute alte Zeit gewesen wäre. Ich glaube, daß das nicht richtig ist und daß in Wahrheit kein Bauer mehr in diese Zeit zurück möchte.

Wenn man die Fakten und Zahlen ... (Abg. Dr. Ettmayer: *Wie alt ist der?*) Es gibt noch alte Bauern, Herr Doktor! (Abg. Dr. Ettmayer: *Wie alt?*) Wenn Sie in Retz einmal schauen, dann werden Sie sehen, daß sie der Wein lange jung und bei gutem Gedächtnis erhält, und dann können sie einem allerhand interessante Sachen erzählen.

Schon im Vorjahr stieg das Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, um 8,5 Prozent auf 6,4 Milliarden Schilling. Für 1986 zeigt sich wiederum eine Erhöhung, und zwar um 2,8 Prozent — das sind um 183 Millionen Schilling mehr — auf 6,6 Milliarden Schilling.

Wenngleich es auch in einigen Bereichen zu Kürzungen gekommen ist, wie etwa für die Beratungstätigkeit der Landwirtschaftskammern von 90 Millionen Schilling auf einen relativ kleinen Restposten, so meine ich doch, daß dieser Ansatz nicht so schlecht dotiert wurde, wie es immer wieder dargestellt wird. Ich glaube, man kann wirklich nicht davon reden, daß die Landwirtschaft von der Bundesregierung ausgehungert und ausgebeutet wird.

Wenn hier heute das Thema Beratung schon mehrmals angeschnitten und kritisiert wurde, daß die Mittel gekürzt werden, so

möchte ich Ihnen empfehlen: Schauen Sie sich die letzte Ausgabe des „Förderungsdienstes“ an: ein sehr interessanter Artikel des Botschafters in England, der hier mitteilt, wie Frau Thatcher mit der Agrarpolitik umgeht. Ihr Ziel ist es, die Überschüsse zu reduzieren. Ihr Ziel ist es, den Betriebsaufwand zu senken, aber ihr Ziel ist es auch, die Beratungen zu streichen und zu kürzen, und sie verlangt, daß die Landwirte hier selbst etwas dazu beitragen müssen. Aber wir wissen, daß das ja weitestgehend eine Länderaufgabe ist. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn hier heute auch über die Kommassierung gesprochen wurde, so glaube ich, daß man in Hinkunft eben langsamer und behutsamer kommassieren wird müssen, und es für die Verfahren manchmal besser und vorteilhafter sein wird, wenn man hier geruhsamer zu Werke geht.

Zum Kapitel 62, Preisausgleiche: In diesem Ansatz sind heuer 6,2 Milliarden Schilling vorgesehen. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1,2 Milliarden Schilling. Das heißt, es stehen um 23 Prozent mehr Mittel zur Verfügung als im letzten Jahr.

Ich glaube, daß die Bundesregierung und das Landwirtschaftsressort damit sehr wohl unter Beweis gestellt haben, daß sie an der Förderung der Landwirtschaft interessiert sind und alle Bemühungen weiterhin auch unterstützen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen und allen versichern, daß diese Regierung sehr wohl dafür eintritt, daß wir einen gesunden und freien Bauernstand in Österreich auch in Hinkunft erhalten. Und ich glaube fest, daß es mit diesen Budgetmitteln gelingen wird, auch ein gutes Bauernjahr 1986 zu gewährleisten.

Danken möchte ich den 300 000 Bäuerinnen und Bauern für ihre schwere Arbeit und dafür, daß sie unser Land überreich mit Lebensmitteln versorgen.

Mein Dank gilt aber auch dem Herrn Bundesminister, dem Herrn Staatssekretär und den Damen und Herren des Ressorts für ihre ständigen Bemühungen, der gesamten österreichischen Landwirtschaft zu dienen.

Die Freiheitliche Partei stimmt dem Kapitel zu. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 17.04

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichterstattung hat sich Abgeordneter Deutschmann gemeldet.

Deutschmann

17.04

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß mich zu den Ausführungen des Abgeordneten Hintermayer zu Wort melden, weil das, was er im Zusammenhang mit der Streichung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages für die Bergbauern der Zone 3 hier gesagt hat, unrichtig ist.

Herr Abgeordneter Hintermayer war noch gar nicht im Parlament, da haben wir — ich habe Zeugen genug in diesem Bereich — schon über die Situation diskutiert. Es gab die Meinung, man sollte den Ärmsten etwas geben, aber die anderen sollten diese Mittel einbringen. Das haben wir nicht zur Kenntnis genommen. Wir waren dann letzten Endes der Meinung, daß es notwendig ist, den Bergbauern der Zone 3 zu helfen. Diese Hilfe wurde dann gemeinsam in vielen, vielen Gesprächen auch zustande gebracht. Ich glaube, daß wir das Anrecht für uns in Anspruch nehmen können, daß wir sehr wohl bereit waren, mitzuarbeiten wie auch die sozialistische Fraktion — ich nenne hier den Kollegen Pfeifer, der mitgeholfen hat —, daß dieses Problem einer positiven Regelung zugeführt werden konnte.

Es gab nie, nie die Aussage, daß sich die Fraktion der ÖVP gegen eine Streichung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages für die Bergbauern ausgesprochen hat. (*Ruf: Der Murer ist schuld, der Murer hat falsch informiert! — Beifall bei der ÖVP.*) 17.05

Präsident: Nächster Redner ist Abgeordneter Hubert Huber.

17.05

Abgeordneter Hubert **Huber** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Die Debatte, die sich hier entwickelt hat, ist ja sehr interessant, und wenn man so zuhört, macht man sich auch seine eigenen Gedanken dazu.

Der Herr Minister meinte, wenn er hinaufschaut auf die Galerie, und dort niemand weiß, worum es eigentlich geht, und niemand näher informiert ist, würden alle glauben, die Mittel für das Budget Landwirtschaft seien komplett zusammengestrichen worden. Ich glaube, er ist ein ausgezeichnete Taktiker, denn, wenn man jetzt auf die Galerie hinaufschaut, ist fast niemand mehr oben. Entweder hat er alle bekehrt, oder die Leute haben ihm das nicht abgenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte beim Kapitel Landwirtschaft noch einiges zur abgeführten Debatte zu sagen, aber vielleicht ist es mir in den nächsten Minuten noch möglich, darauf einzugehen. Das Kapitel Landwirtschaft liegt ja nun vor. Den darin enthaltenen Zahlen ist zu entnehmen, in welche Richtung von seiten der Regierung die Schwerpunkte für das kommende Jahr in einzelnen Bereichen gesetzt werden sollten, denn nach der Beschlußfassung stimmen ja die Zahlen des Budgets nicht mehr. Wir können also ein Budget beschließen, das schlußendlich schon bei der Beschlußfassung nicht mehr den Realitäten entspricht.

Es läßt sich feststellen, daß die Erklärungen der SPÖ-Bauernschaft und auch die der Freiheitlichen Partei mit dem Programm der Regierung leider in kraßem Widerspruch stehen.

Als Abgeordneter aus einem Bezirk, der hochalpin ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, nämlich aus Osttirol, habe ich vergeblich in den mir zur Kenntnis gebrachten Ziffern des Voranschlages danach gesucht, daß zumindest ein Teil der Regierungsversprechungen in den Budgetansätzen seinen Niederschlag gefunden hätte.

Die verfahrenere Politik der Bundesregierung — wir haben ja in den letzten Tagen in der Vorwoche genügend Gelegenheit gehabt, die Spekulationsmisere der VOEST-Tochterfirmen fürs erste zu erfahren (*Ruf bei der SPÖ: Über die bayrischen Raiffeisenbanken braucht man nicht zu reden!*) —, diese verfahrenere Politik, das möchte ich also hier noch einmal herausstellen, lieber Herr Abgeordneter, bringt es nunmehr mit sich — und das werden Sie nicht leugnen können —, daß alle Österreicher zur Kasse gebeten werden. Alle, auch die Bauern, meine Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist aber nicht einsichtig, daß der Rechenschaft gerade bei jenen angesetzt wird, die selbst am wenigsten haben, und zwar bei den Bergbauern.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist sicher kein leichtes, seinen Lebensunterhalt auf einer Seehöhe zwischen 1 200 und 1 800 Meter zu verdienen, wo die Vegetationsperiode kaum ein halbes Jahr beträgt. Die Bedeutung einer ordnungsgemäßen, selbständigen und nicht auf Almosen angewiesenen Wirtschaftsführung auf extremen Bergbauernhöfen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es geht letztlich darum, daß

Hubert Huber

ein Bergbauer sich selbst und seine Familie anständig erhalten kann.

Die Allgemeinheit, ich möchte das auch anders sagen, die öffentliche Hand, ist meiner Meinung nach dazu verpflichtet, jedem leistungsorientierten Betrieb, der sich am Rande der Ökumene, das heißt in der Kampfzone des Waldes, befindet, jenes Einkommen zu gewährleisten, das seiner Arbeitsleistung entspricht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine Abkoppelung der Bergbauern vom allgemeinen Wirtschaftsgeschehen in einkommensmäßiger, verkehrsgeographischer und sozialer Hinsicht wird in weiterer Folge große negative Folgen auf dem Gebiet der Landschaftspflege, der Elementarschäden und der Bevölkerungsstruktur mit sich bringen.

Jede verantwortungsvolle Regierung muß deshalb alles daransetzen, um hier jene Voraussetzungen zu schaffen, daß die Dinge sich auch gut für die Bergbauern entwickeln.

Das Villgratental in Osttirol beispielsweise, wenn ich das ganz kurz hier aufzeigen darf, zählt zu den extremsten Berggebieten in ganz Tirol; ein Gutteil der Höfe liegt über 1 700 Meter Seehöhe, über die Hälfte der Bauern ist gezwungen, sich außerhalb der Land- und Forstwirtschaft ein Zubrot zu verdienen. Nicht freiwillig gehen die dort hin, würden sie am Hof genügend verdienen, würden sie selbstverständlich dort bleiben.

Es erhebt sich die Frage: Wie machen es diese Menschen, daß sie trotz schwerer Arbeit und einem geringen Einkommen leben können? Und warum, fragt man sich, leben diese Leute in diesen Gebieten? Und es wäre — das darf ich hier ganz offen aussprechen — ein billiger Gag oder ein zu billiger Gag, würde man sagen: „Das sind Lebenskünstler, sie geben halt nicht mehr aus, als sie einnehmen!“ So wie es ihr Bürgermeister, ein tüchtiger Mann in diesem Tal, gesagt hat.

Ich glaube, das wäre für diese Menschen dort kein trostreicher Zustand.

Ich glaube, es ist vielmehr die positive Einstellung dieser Männer und Frauen, die auf ihrer Scholle rackern, genau wissend, daß sie nie wohlhabend sein werden, und doch offensichtlich Freude am Dasein haben. Deshalb bleiben sie, glaube ich, bei ihrer Arbeit und auf ihrem Hof.

Bei allem Verständnis für die schwierige Budgetlage, für welche die Österreichische

Volkspartei wirklich nicht verantwortlich ist, darf ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei und von der Freiheitlichen Partei, ganz offen ersuchen, sich bei der Beschlußfassung über diese Problemkreise vom Gedanken der Solidarität zu den Bergbauern leiten zu lassen und nicht davon, daß diese, gemessen an den Wählerstimmen, sicher nur eine Minderheit darstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Pferd am Schwanz aufzäumen dürfte jedoch der Landeshauptmann von Kärnten, Herr Landeshauptmann Leopold Wagner, wenn er, wie im „Kurier“ vom 6. Dezember 1985 bemerkt wird, den Bauern vorhält, es gehe nicht an, daß jährlich Milliardenbeträge nahezu ohne Diskussion für die Arbeitsplatzsicherung in der Landwirtschaft ausgegeben werden, den Hunderttausenden Industriearbeitern müsse daher unter Bezugnahme auf die Schwierigkeiten im Bereich der verstaatlichten Industrie dasselbe widerfahren.

Auch dem Herrn Landeshauptmann Wagner dürfte klar sein, daß Stützungen für Agrarprodukte in erster Linie den Konsumenten entlasten und nicht Bauernsubventionen darstellen. Ich glaube, das mußte man auch einmal offen aussprechen und klarstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt überhaupt in Kärnten eine eigene Logik oder vielleicht gehen dort die Uhren etwas anders. Denn wenn man sich vorstellt, der Landwirtschaftsminister, dem ja ein Verordnungsrecht zusteht, verordnet, den allgemeinen — heute ist es schon oft genug ausgesprochen worden — Absatzförderungsbeitrag bei Milch von 39 auf 64 Groschen zu erhöhen ... *(Ruf bei der ÖVP: Auf 64!)* — auf 64; Entschuldigung, von 39 auf 64 Groschen pro Liter Milch. Er hat das sicherlich, glaube ich, im Einvernehmen mit seinem Staatssekretär gemacht, denn daß der nichts weiß, das kann ich mir kaum vorstellen.

In Kärnten geht dann die Freiheitliche Partei her und fordert den Herrn Präsidenten Deutschmann auf, zurückzutreten oder seinen Hut zu nehmen. Der Arme, der ja nichts dafür kann oder unschuldig ist in meinen Augen, wird dort zum Zurücktreten und zum Den-Hut-Nehmen aufgefordert, anstatt das dem Minister oder zumindest dem Staatssekretär Murer nahezulegen. Ich glaube also, wie gesagt, das ist eine doppelbödige Politik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Arbeitnehmern im privaten Bereich und darüber hinaus auch allen privaten Selbstän-

Hubert Huber

digen werden heute große Opfer für die Arbeitsplatzsicherung in der verstaatlichten Industrie abverlangt.

Ich darf feststellen: Jeder Bergbauer ist sein Lebtage lang gewohnt, jeden Schilling umzudrehen, bevor er ihn ausgibt, da er es ja gelernt hat, ja nachgerade lernen mußte, daß ihm, außer er sich selbst, niemand hilft. Durch die Sicherung seines Lebensraumes und durch die Anerkennung seines Arbeits-einsatzes wäre jene Voraussetzung zu schaffen, daß die Infrastruktur für den Fremdenverkehr und die Nachfrage für die Industrieprodukte am besten gewährleistet sind.

Vergessen wir nicht, daß der Fremdenverkehr neben einer guten Gastronomie auch Landschaften bedarf, die kulturell genutzt sind, und daß die beste Arbeitsplatzsicherung in den Industrieorten dadurch gegeben ist, daß die inländische Bevölkerung genügend Kaufkraft hat, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Jeder Bergbauer, der in der Lage ist, einen Steyr-Traktor zu kaufen, trägt zur Vollbeschäftigung in unserem Lande vielleicht mehr bei als viele, sehr viele theoretische Vorschläge, die nicht umsetzbar sind und die wir alle im Hohen Haus in rauen Mengen bekommen.

In diesem Sinne darf ich — und das ist mir ernst — gerade die politisch Verantwortlichen im Landwirtschaftsressort bitten, den aus der Praxis erwachsenen Vorschlägen des Österreichischen Bauernbundes, wie sie von Präsidenten Derfler und auch von Direktor Fahrnberger vorgetragen werden, mehr Gehör als bisher zu schenken.

Herr Minister! Das ist an Ihre Adresse gerichtet. Ich glaube, im Gespräch könnte man sich verschiedene Diskussionen, wie sie in den letzten Wochen und Tagen stattgefunden haben, ersparen und eine positive Tat setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Den erschwerten Produktionsbedingungen in den reinen Bergbauerngebieten sind als Ausgleich nicht unbedingt Prämienzahlungen entgegenzusetzen, sondern solche Maßnahmen, bin ich der Auffassung, der Verbesserung der Infrastruktur, die das Leben auf diesen entlegenen Berghöfen auf Dauer sinnvoll erscheinen läßt.

Programme gibt es hierfür, glaube ich, in großer Zahl.

Die zeitgemäße verkehrsmäßige Erschließung aller dieser Höfe, die Beratung hinsichtlich einer modernen landwirtschaftlichen Führung derselben, die Hilfestellung bei der Meliorisierung und die Verbesserung der Eigentumsstruktur im Hinblick auf die landwirtschaftliche Nutzung der Böden ist das Gebot der Stunde. Und ich bin nicht der Meinung des Abgeordneten Hintermayer, der sagt, das muß man sich überlegen und das muß man heutzutage hintanstellen. Ich glaube, es kommt darauf an, daß man punktuell und den einzelnen Fall prüft und auch erledigt.

Leider findet sich im diesjährigen Budget hierfür kein Schwerpunkt. Im Gegenteil. So wurde der Bundeszuschuß für das Beratungswesen gekürzt. Es ist heute ja schon einige Male angeklungen: Man kann sich nicht einfach absetzen und verabschieden und sagen: Das ist Sache des Landes, wenn Jahrzehnte das Beratungswesen auch vom Bund mitgetragen worden ist. Ich darf feststellen: Der Bundeszuschuß für das Beratungswesen wurde von 90 Millionen Schilling im Jahr 1985 um 88 Millionen Schilling auf 2 Millionen gekürzt.

Die Mittel für den Ansatz agrarische Operationen, welche der Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft zu dienen hätten, sind auf Null gestellt und

die Bundeszuschüsse für landwirtschaftlichen wirtschaftlichen Wegebau um mindestens 30 Millionen verringert worden.

Ich möchte hier bewußt nicht auf Prozentzahlen und Voranschlagsbeträge im weiteren eingehen, da diese jeder Interessierte leicht in Erfahrung bringen kann. Ich darf nur festhalten, daß sich aus den Zahlen des Voranschlages für 1986 nur ersehen läßt, daß die Landwirtschaftspolitik der Regierungsparteien sich für die Betroffenen nachteilig auswirken wird. Auch bei einem Bemühen, die Regierungspolitik objektiv zu beurteilen, muß gesagt werden, daß die Herausforderung der Zeit nicht angenommen, sondern letztlich nur dahinagiert wird.

Mein Appell gilt daher, und ich möchte das wiederholen, was der Herr Minister heute angeführt hat, was Pfeifer gesagt hat und was auch der Abgeordnete Alois Huber hier angezogen hat: Rücken wir im Interesse der in der Landwirtschaft schwer arbeitenden Menschen näher zusammen und helfen wir ihnen zumindest dadurch, daß wir die Infrastruktur in diesem Raum verbessern. Nur darf das

Hubert Huber

keine Einbahn sein, meine sehr verehrten Damen und Herren: Daß man die Opposition nur dann holt, wenn es recht ist und wenn das Wasser bis hierher steht — ich glaube, das ist nicht die richtige Methode und der richtige Vorgang. Eine Zusammenarbeit würde ich mir wesentlich anders vorstellen.

Und ich darf hier meinen, daß wir den Bauern, den Bergbauern, dadurch helfen, daß wir Güterwege, Forststraßen bauen, wie heute bereits gesagt worden ist, die Höfe erschließen und dergleichen mehr, sodaß diese Bürger mit Recht von uns allen annehmen können, daß ihre Arbeitsleistung von der Allgemeinheit geschätzt und sie auf Dauer von dieser auch nicht vergessen werden.

Ein freier Staat bedarf eines freien und unabhängigen Bauernstandes. Ich glaube, das wäre die richtige Politik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So möchte ich den Beamten des Landwirtschaftsressorts und der ihm nachgeordneten Dienststellen, heute aber insbesondere den Arbeitern der Flußbauverwaltung, bei der Wildbach- und Lawinenverbauung an dieser Stelle für ihre gewissenhafte und verantwortungsbewußte Arbeit meinen Dank aussprechen und damit auch die Hoffnung verbinden, daß die dem Bezirk Lienz/Osttirol zugeteilten Mittel so wie in der Vergangenheit zielgerecht flüssiggestellt und ihrem Verwendungszweck unbürokratisch — das betone ich — zugeführt werden.

An Sie, Herr Bundesminister, richte ich die Bitte, zumindest alles daranzusetzen, die geringer gewordenen finanziellen Mittel Ihres Ressorts — die Mittel sind real geringer; machen wir uns da doch nichts vor! — nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle unserer Bergbauern und aller in der Landwirtschaft Beschäftigten einzusetzen. Sie tragen damit nicht unwesentlich dazu bei, auch Arbeitsplätze im Gewerbe, im Bereich des Fremdenverkehrs und in der Industrie zu sichern.

Und man höre: Im übrigen bin ich der Meinung — und ich lege keinen Wert darauf, Cato, dem Konsul, nachzufolgen —, daß der Plöcken-Tunnel gebaut werden sollte und gebaut werden muß, um bessere wirtschaftliche Voraussetzungen für Oberkärnten und für Osttirol zu schaffen. — Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.22

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Pranckh.

17.22

Abgeordneter Pranckh (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zu diesem Budget und ganz besonders zum enttäuschenden Kapitel 60 Stellung nehme — wir wissen ja, daß dieses Budget schon vor seiner Beschlußfassung in wesentlichen Ansätzen nicht mehr stimmt *(Abg. Staudinger: In allen!)* —, möchte ich Ihnen die momentane Situation der Forstwirtschaft in Österreich aufzeigen.

Wichtigste Holzart in Österreichs Wald ist die Fichte mit 62 Prozent Ertragsanteil. Davon wiederum sind 60 Prozent Sägerundholz. 1980 betrug der Preis hierfür 1 260 S je Festmeter. Im September 1985 waren es nur mehr 1 000 S je Festmeter, also ein Minus von 21 Prozent. Im gleichen Zeitraum sind die Kosten ungefähr gleich wie die Inflation, um 13 Prozent, gestiegen.

Die Österreichischen Bundesforste kündigten für 1986 einen wirtschaftlichen Gewinn von einem Prozent an, das wäre ein Betrag von ungefähr 30 Millionen Schilling. Die Lehrforste der österreichischen Försterschulen entsprechen aber weit besser unserer Waldbesitzstruktur, und die rechnen mit zirka 8 Prozent Verlust für 1986.

Inzwischen konnte man laut Information aus dem Agrarischen Informationszentrum am 16. 11. nachlesen, daß auf Grund des Preisverfalls für 1986 statt eines Erfolges von 30 Millionen Schilling ein Abgang in dieser Höhe bei den Bundesforsten angenommen wird. Hauptursache für diesen Preisverfall in der Forstwirtschaft ist die mangelnde Nachfrage, ganz besonders in den verarmten Nah-Ost-Staaten.

Durch die geschilderte Preissituation und das völlige Fehlen finanzieller Reserven, sowohl durch steuerliche Belastungen als auch durch ständig hohe Investitionskosten, welche getätigt werden, um eine nachhaltige Bewirtschaftung zu ermöglichen, befindet sich die Forstwirtschaft in einer äußerst schwierigen Situation. Dazu kommt die völlig neue und unbewältigte Lage, welche durch die Forstschäden infolge Immissionen und anderer Ursachen entstanden ist.

Man muß in diesem Zusammenhang sehr froh darüber sein, daß das Bewußtsein der Wichtigkeit so vieler Wohlfahrtsfunktionen unseres Waldes heute allgemein bekannt ist. — Soweit die Situation.

Was kann man oder muß man von einem

Franckh

Budget für die Forstwirtschaft für das kommende Jahr erwarten? — Das forstliche Budget ist um 3,25 Prozent gestiegen. Das ist an sich erfreulich, im Detail sieht es aber doch ein bisschen unterschiedlich aus.

Der Beamtenaufwand aller dem Bundesministerium unterstellten Stellen steigt um 3,7 Prozent, der Förderungsaufwand im Interesse der Allgemeinheit, das sind Wildbach- und Lawinenverbau, Hochlagenaufforstung, Wald-erholungsmaßnahmen, Forschungsförderung und ähnliches, steigt um 5,43 Prozent. Auch das könnte man noch als erfreulich bezeichnen.

Die tatsächliche Wirtschaftsförderung, Waldbau, Forstschutz und Wegebau, sinkt aber im kommenden Jahr um 3,12 Prozent.

Und nach dieser Gegenüberstellung frage ich Sie, Herr Minister: Wie soll die Forstwirtschaft ohne jeden Überschuss aus dem Betrieb und bei gekürzter Wirtschaftsförderung in einem durch Luftverunreinigung geschädigten Wald die daraus notwendig werdenden vermehrten waldfördernden Maßnahmen durchführen? Diese nötigen Maßnahmen bedeuten ja nicht, wie es der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede auszudrücken beliebt hat, eine normale Produktionssteigerung, sondern sie sind unbedingt nötig, um alle übrigen Funktionen des Waldes auch für die Zukunft zu sichern.

Hier muß ich leider etwas wiederholen, Herr Minister, was heute schon öfter gesagt wurde: Es fehlt sowohl bei den forstlichen Budgetansätzen, wie übrigens auch bei den landwirtschaftlichen, entweder das Erkennen der Situation oder die nötige Gesinnung für die Land- und Forstwirtschaft. Und überhaupt glaube ich, daß es das Hauptmerkmal dieser Haidenschen Politik ist, die Situation in der Landwirtschaft völlig zu ignorieren.

Über das Ausmaß des Waldsterbens führt das Bundesministerium beziehungsweise die forstliche Bundesversuchsanstalt seit 1985 Erhebungen. Diese Arbeiten werden auch von rund 30 Forstleuten gemacht, die von der Studiengesellschaft für Bauernfragen kommen. Jetzt weiß ich nicht, wie man es beurteilen soll, ob als ein Ausweichen vor der Schaffung neuer Dienstposten des Bundes, bei der Versuchsanstalt, oder als einen besonderen Versuch der Privatisierung. Fest steht, daß damit eine Arbeitnehmergruppe der eigentlichen Personalhoheit des Bundes entzogen wird und daß die Studiengesellschaft für Personal-Leasing Provisionen einnimmt.

Diese schon erwähnte Erhebung, „Waldzustandsinventur“ genannt, hat 1984 in fünf Bundesländern begonnen und konnte trotz der Mithilfe der Studiengesellschaft nur mit Hilfe der Bundesländer durchgezogen werden. 1985 wurde sie im ganzen Bundesgebiet durchgeführt. Die Ergebnisse wurden vom Ministerium am 11. November mitgeteilt.

Im Mai 1986 werden diese Ergebnisse, mit denen der zweiten Erhebung, dem Bioindikatorennetz, verknüpft, wiederum mitgeteilt.

Der Trend bundesweiter Aussagen wird aber leider erst nach drei Jahren, also im Mai 1987, mitgeteilt werden können. Bei einer so ernstesten Angelegenheit ist das sicher reichlich spät. Denn schließlich entsteht — das entnehme ich der Broschüre des Ministeriums „Österreichs Wald“, Seite 20 — der österreichischen Volkswirtschaft ein Schaden von 3 Milliarden Schilling jährlich dadurch, daß die für die Schadensabwehr als maßgeblich erachtete Verordnung über forstschädliche Luftverunreinigungen vom Jänner 1976 bis zum August 1984 nicht erlassen wurde. Daran ändert sich auch dadurch nichts, daß die Ergebnisse der Waldzustandsinventur 1985 eine geringere Schädigung zeigen als die von 1984. Das danken wir nur dem Petrus, weil er heuer mehr Regen und etwas kühleres Wetter verordnet hat. (*Abg. Weinberger: Wenn es nicht so gewesen wäre, wäre sicher die Regierung daran schuld gewesen!*) Ganz bestimmt auch die Regierung, da gebe ich Ihnen völlig recht. Ich bin Ihnen dankbar dafür, daß gerade Sie das sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube auch, daß der kürzlich angegebene Schaden von 960 000 Hektar oder 26 Prozent oder von 145 000 Hektar stärker geschädigten Waldes uns unbedingt zur Eile mahnen muß.

Vorschläge für eine Besserung liegen ja mit dem 12 Punkte-Katalog der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern sowie der Landesregierungen vor. Auch bei der Forschung über die Ursachen des Waldsterbens ist es zu begrüßen, daß Österreich am diesbezüglichen Projekt bei EUREKA teilnimmt, weil bei diesem internationalen Problem internationale Zusammenarbeit sowohl zeit- als auch kostensparend ist.

Es wäre allerdings wünschenswert, daß die wissenschaftlichen Zweifel in Österreich über die Ursachen des Waldsterbens nicht allzu weit gingen und man Indizienbeweise der ausländischen Wissenschaft in die eigenen

Pranckh

Überlegungen einbezieht, denn — wie ich schon gesagt habe — die Zeit läuft.

Zwei besondere Mängel muß ich aber im Voranschlag 1986 aufzeigen. Aufmerksamen Beobachtern mußte eine Meldung des AIZ vom 5. August dieses Jahres besonders auffallen: Im Zuge der forstlichen Schäden geht die Keimfähigkeit von Nadelholzsamen rasch zurück, und dabei ist besonders der Samen der stärksten Bäume betroffen, welche durch das Übertreten des Kronendaches besonders gefährdet sind.

Es fehlen uns also zur Forstpflanzenerzeugung in kürzester Zeit die Samen der besten Mutterbäume. Dipl.-Ing. Nather vom Institut für Waldbau nennt eine Summe von 3,5 bis 5 Millionen Schilling, welche zur Bevorratung von Gen-Reserven jährlich zusätzlich benötigt würden. Dazu kämen noch die Kosten der Lagerung. Die normale Bevorratung berücksichtigt einen Zeitraum von 7 bis 10 Jahren. Die durch die Samenschädigung geschilderte Situation erfordert aber unbedingt Vorräte für mindestens 20 Jahre.

Es müßten also ungefähr 50 Millionen Schilling vorsorglich bereitgestellt sein, wobei zu bedenken ist, daß diese Summe bei einem späteren Verkauf der Pflanzen ja wieder dem Staat zurückgegeben wird. Auch wieder eine Enttäuschung, denn diese Vorsorge ist nicht getroffen worden. Dabei muß es einem so gewiegten Fachmann, wie Sie, Herr Minister, es sind, bekannt sein, daß bestenfalls alle fünf bis sechs Jahre der Wald ein Fruchtjahr hat. Diese Tatsache macht das Problem noch wesentlich dringender. Versäumnisse dieser Art sind schwer oder nicht mehr gut zu machen.

Also wieder eine Bestätigung meiner früher gemachten Feststellung: Es fehlt Ihnen die nötige Einstellung zu den Problemen. Ein etwaiges Abschieben in dieser Frage an die Länder, wie es der Herr Minister schon im Finanzausschuß getan hat, lehne ich mit aller Entschiedenheit ab. Die Zuständigkeit des Bundes ist im Forstgesetz 1975 im Abschnitt 11 ganz eindeutig geregelt.

Der zweite Mangel hängt mit der Vollziehung des Forstgesetzes zusammen: Die Verordnung zur Feststellung der Grenzwerte bei Immissionsschäden soll bei deren Überschreiten ein Verfahren auslösen. — Das hat sich als ungenügend erwiesen, da durch das Überschreiten der Grenzwerte mehrerer Schadstoffe gleichzeitig und deren Zusammenwir-

ken oft wesentlich stärkere Schädigungen stattfinden.

Das Forstgesetz schreibt im § 52 Abs. 4 der Behörde die Untersuchung solcher Schäden vor. Während man in Seibersdorf ein neues Verfahren entwickelt, welches mittels dreier Untersuchungen diese Schäden feststellen kann, wird in den Bundesländern noch ein anderes Verfahren angewandt. Eine solche Untersuchung nach dem derzeit angewandten Verfahren kostet zirka 100 000 S. Allein in Niederösterreich laufen derzeit etwa ein Dutzend solcher Verfahren. Im Budget 1986 finde ich allerdings nur einen Ansatz von 200 000 S für Verfahren nach § 52 Abs. 4. Wenn Sie selbst nachrechnen, wieviel damit zu erreichen ist, werden Sie mir recht geben, daß die zuständigen Behörden dieser Situation und ihrem Auftrag überhaupt nicht gerecht werden können. Wiederum eine unverantwortliche Leichtfertigkeit im Vorgehen bei der Budgeterstellung und hier wieder eine herbe Enttäuschung.

Zum Schluß möchte ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, an den engen Zusammenhang der gesamten Sägeindustrie und all der vielen kleinen Sägewerke in Österreich mit der gesamten Forstwirtschaft erinnern. Beide brauchen und ergänzen sich. Und insgesamt beziehen in Österreich rund 300 000 Menschen ihr Einkommen im engeren oder weiteren Bereich von der Forstwirtschaft. Das sind nicht nur Arbeitsplätze, das ist auch eine Existenzfrage für die dazugehörigen Familien. Vor gar nicht allzu langer Zeit hat man die VOEST mit einem Flaggschiff der österreichischen Wirtschaft verglichen. Nun, ich glaube, die Forstwirtschaft ist nicht nur ein Flaggschiff, sie ist im Sinne der schon erwähnten Wohlfahrt und Sicherheitsfunktion des Waldes das Fundament einer der wesentlichsten Säulen unseres Lebens schlechthin.

Sehen Sie also meine Enttäuschung über dieses Budget nicht als Raunzerei und Jammer an, sondern als ernstzunehmende Mahnung am Ende eines Jahres des Waldes, eines Waldes, dem schöne Reden und zu wenig Unterstützung nicht helfen werden, sondern nur jahrzehntelange Bemühungen auf allen geeigneten Ebenen. Wir haben unseren Wald ja auch nicht nur kurze Zeit, sondern jahrzehntelang über Gebühr belastet. Und in der Forstwirtschaft, glaube ich, kann man nicht der Tagespolitik den Vorzug geben. Es ist uneinsichtig — und ich möchte fast sagen, es ist dumm —, hier in kurzen Zeitbegriffen voranzugehen. In der Forstwirtschaft kann man

Pranckh

nur über Generationen hin planen, investieren und rechnen.

Aus den angeführten Gründen lehnen wir das Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft ab. Aber, Herr Minister, gestatten Sie mir noch einen Hinweis. Den Antrag der Volkspartei, daß diese Bundesregierung zurücktreten soll, haben Sie ja mit Mehrheit abgelehnt, deshalb würde ich Ihnen persönlich etwas empfehlen, Herr Minister: Machen Sie in Zukunft, wenn Sie schon auf dieser Regierungsbank sitzenbleiben, Land- und Forstwirtschaftspolitik nicht unbedingt im Krebsgang, wie es Ihr Herr Staatssekretär zu tun beliebt, mit Krebsforschung, sondern machen Sie eine Land- und Forstwirtschaftspolitik (*Abg. R o p p e r t: Er ist ja kein Mediziner!*) — das ist ein anderer Krebs, der hat zwei Scheren — im Interesse der österreichischen Bevölkerung, wie es Ihnen das Landwirtschaftsgesetz vorschreibt. Wenn nicht, so gibt es einen Hut zum Aufsetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*) 17.37

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Helmut Wolf.

17.37

Abgeordneter Helmut Wolf (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Der Vordredner hat an den Herrn Bundesminister appelliert, eine Politik für die Landwirtschaft zu machen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich kann diesen Appell unterstützen, möchte aber auch die verfassungsmäßigen Kompetenzen einmal mehr aufzeigen, daß eben gerade der Agrarbereich nach unserer Bundesverfassung Sache der Länder ist, und mir scheint, hier wäre der Adressat die neun Landesregierungen beziehungsweise die neun Landtage. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Pranckh! Sie haben unter anderem auch auf die schlechten Zustände unserer Wälder hingewiesen. Die Berichte, die auf Grund des Forstgesetzes an den Bundesminister jährlich erstellt werden durch die Landesforstbehörden, werden eben durch die Länder gemacht. Ich möchte auch hier darauf hinweisen, daß es bis vor zwei Jahren hier lauter Heilmeldungen gab.

Das natürliche Regenerierungsprinzip unserer Wälder ist derzeit nicht mehr gewährleistet. Einer der wesentlichsten Gründe dafür sind die überhöhten Wildbestände in unseren Wäldern. Auch dafür sind die Länder

voll zuständig. Es gibt zum Beispiel Bereiche in Vorarlberg, wo die Wildbachverbauung keine Verbauungsmaßnahmen mehr durchführt, weil die Wildbestände alle Maßnahmen, die hier im biologischen Waldbau getätigt werden, zunichte machen.

Darüber hinaus muß ich natürlich auch den Forstleuten den Vorwurf machen, daß sie in den letzten drei, vier Jahrzehnten, anstatt eine standortgerechte Waldkultur zu ziehen, Monokulturen errichtet haben, die sicher nicht das Beste für unsere Wälder sind. Im übrigen sind einige Bundesländer heute noch damit befaßt, Waldwirtschaftspläne zu erstellen, die auf Grund unseres Forstgesetzes bereits im Jahre 1978 hätten abgeschlossen sein müssen.

Meine Damen und Herren! Es war ja vorzusehen, daß die ÖVP dem 15. von einer sozialdemokratischen beziehungsweise von einer sozialistisch-freiheitlichen Koalition vorgelegten Landwirtschaftsbudget nicht die Zustimmung gibt.

Was mich heute gewundert hat, ist das Fehlen von glaubwürdigen, von machbaren Alternativen, die heute weder von der Opposition noch von den Funktionären der betreffenden Gremien vorgetragen wurden.

Dabei sind die Probleme tatsächlich groß, nicht nur im Milchbereich; genauso groß sind sie im Getreidebereich und im Fleischbereich.

Meine Damen und Herren! Ich wundere mich eigentlich, daß wir hier vor rund eineinhalb Jahren Marktordnungsgesetze mit einer Laufzeit von vier Jahren beschlossen haben. Damals habe ich an die ÖVP appelliert, dieses Gesetz, das einstimmig beschlossen wurde, das die Zustimmung der großen Oppositionspartei benötigt, weil es sich dabei um eine Zweidrittelmaterie handelt, gemeinsam zu vertreten.

Heute können wir feststellen, daß die Verantwortung für dieses Marktordnungsgesetz einzig und allein die Regierungsparteien zu tragen haben und daß die ÖVP-Vertreter in der Öffentlichkeit eine andere Haltung einnehmen, gegen ihre Entscheidung hier im Hohen Haus.

Abgeordneter Dr. Lanner hat unter anderem auch die Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung der ÖVP hier erwähnt. Das ist das Musterbeispiel von Agrarbükratie. In diesem Gesetzesvorschlag der ÖVP gibt es keine Seite, wo nicht irgendwo die Zustim-

Helmut Wolf

mung des Landwirtschaftsministeriums oder anderer Agrarbehörden verlangt wird. Es ist eine Agrarbürokratie, wie man sie nicht besser malen, wie man sie nicht besser bauen könnte.

Geschätzte Damen und Herren! Die ÖVP hat heute viel Kritik vorgetragen. Sie hat auch seinerzeit das Bergbauernprogramm der SPÖ-Regierung kritisiert. Gerade dieses Bergbauernprogramm kommt allen jenen Intentionen nach und wird ihnen gerecht, die Kollege Dr. Lanner hier aufgezeigt hat. In erster Linie ist die Erhaltung funktionsfähiger Räume das Ziel des Bergbauern-Sonderprogramms.

Die Schwerpunkte, die hier gesetzt werden, sind in erster Linie eine Verbesserung der Produktionsgrundlagen, eine Verbesserung der Struktur und Wirtschaftlichkeit, was immerhin mit 511 Millionen Schilling dotiert ist. Die Bergbauernzuschüsse haben heute ein Ausmaß von 583 Millionen Schilling, und die Kostenrückvergütungen für den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag in den Zonen 3 und 4 machen 109 Millionen Schilling aus.

Der Bergbauernzuschuß, der seinerzeit eingeführt wurde, beträgt in der Zone 2 heute 7 500 S, in der Zone 3 sind es 12 500 S und 15 000 S in der Zone 4. In der Zone 3 und 4 macht dieser Beitrag bereits 12 beziehungsweise 15 Prozent des Familieneinkommens der Bergbauernbetriebe aus.

Es wäre wünschenswert, wenn die Länder im selben Ausmaß diesen Förderungen des Bundes folgen könnten.

Geschätzte Damen und Herren! Ein anderer Bereich wurde von verschiedenen Diskussionsrednern bereits gestreift: es ist dies der Raiffeisenbereich beziehungsweise der Bereich der Förderung im Rahmen der AI-Kredite.

Wir wissen, daß seit 1970 diese Aktion voll ausgedehnt wurde und daß seit 1970 rund 34 Milliarden Schilling für die Agrarwirtschaft aktiviert werden konnten. Heuer ist es so, daß für Bergbauern beziehungsweise in Regionalförderungsgebiete einbezogene Bauern mit einem Einheitswert bis zu 350 000 S 50 Prozent der Zinsenlasten getragen werden. Für alle übrigen sind es 36 Prozent.

Leider muß ich hier feststellen, daß gerade jenes Geldinstitut, das sich mit den Bauern am meisten verbunden fühlen müßte, nämlich Raiffeisen, nicht bereit ist, diese Förderung,

die der Bund den Bauern zukommen läßt, den Bauern auch voll zugute kommen zu lassen.

Es ist so, daß bei Raiffeisen Wohnbaukredite an Arbeitnehmer günstiger vergeben werden als Kredite an Bauern, weil ein Teil der Kredite der Bauern durch den Bund abgestützt wird. Ich glaube, das kann nicht die Absicht sein, und ich möchte hier an die Raiffeisenkassen appellieren, den Bauern die volle Förderung des Bundes im Wege der AIK-Förderungen zugute kommen zu lassen.

Ich hatte Gelegenheit, in dem Geldinstitut, in dem ich auch Mitglied des Vorstandes bin, diesen Beschluß zu beantragen, und dieser Beschluß wurde einstimmig akzeptiert. (*Abg. Dr. Feurstein: Du bist Raiffeisenkassen-Vorstandsmitglied?! Gibt es das?*)

Geschätzte Damen und Herren! Ich habe hier vor mir die letzte Raiffeisen-Zeitung vom vergangenen Freitag. Hier schreibt unter anderem der Generalsekretär des Raiffeisenverbandes: „Wir wollen diese Zentralisierung nicht und wir werden uns gegen die erzwungene Konzentration mit allen Mitteln wehren.“

Gemeint ist das Kartellgesetz. Ich darf dem gegenüber ein Schreiben desselben Generalsekretärs, unterzeichnet auch vom Obmann des Raiffeisenverbandes, vom Jahre 1983 zitieren, wo es um das Verbundprinzip beziehungsweise um die Sektorentreue geht. Hier heißt es unter anderem:

„Sehr geehrte Herren! Das Verbundprinzip zählt zu den wichtigsten Grundsätzen der Raiffeisenorganisation. Erhaltung der Selbstständigkeit ist bei rationellem Wirtschaften und bei sinnvoller Arbeitsteilung nur durch den Verbund möglich. Kern des Verbundes ist die Ausschließlichkeit der Beziehung unserer Einzelgenossenschaften zur Landeszentrale sowie die Leistung der Landeszentrale gegenüber den Einzelgenossenschaften. Dies gilt auch für die Beziehungen zwischen Landes- und Bundeszentralen sowie zwischen den einzelnen Sparten der Raiffeisenorganisation.

Das Verbundprinzip ist in den meisten Satzungen ausdrücklich verankert. Auch die Leitbilder der Raiffeisenkassen und Lagerhäuser enthalten Bestimmungen über die mit dem Verbundprinzip immanent verknüpfte Sektorentreue. Kommerzielles Fremdgehen“ — das steht ausdrücklich da — „ist demnach eindeutig verbundwidrig.“ (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Nein, nur kommerzielles Fremdgehen!

Helmut Wolf

„Der Verbund umfaßt selbstverständlich auch alle genossenschaftlichen Raiffeiseninstitute. An die Verbundverpflichtungen sind alle ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter der Raiffeisenorganisation gebunden. Die Einhaltung der Verbundpflicht ist von der Revision mit Vorrang zu prüfen. Allfällige Verstöße sind im Revisionsbericht zu vermerken. Allenfalls auftretenden Verletzungen der Sektorentreue ist mit Nachdruck Einhaltung zu gebieten.“

Meine Damen und Herren! Ich sage das, weil hier wieder einmal mehr mit zwei verschiedenen Maßen gemessen wird. Hier wird einerseits in der Öffentlichkeit gesagt: Wir wollen diese dezentralisierte Organisation, umgekehrt darf sie nicht stattfinden.

Geschätzte Damen und Herren! Eines der größten Probleme, vor dem wir derzeit stehen und das meines Erachtens eine baldige Novellierung der Marktordnung verlangt, sind die derzeitigen Überschüsse im Milchbereich, aber auch im Fleischbereich und im Getreidebereich.

Man kann heute schon eher fast von Milchmarktunordnung als von Milchmarktordnung reden, zumal in Österreich nach wie vor die Konsumenten fast die höchsten Preise in Europa bezahlen und die Produzenten fast die niedrigsten Preise bekommen.

Die derzeit auftretenden Überschüsse sind nicht mehr finanzierbar, und der Ab-Hof-Verkauf, der Wunsch vieler Bauern und Konsumenten, soll in diese Diskussion meines Erachtens weit mehr eingebunden werden, als dies derzeit der Fall ist.

Doch ich darf in diesem Zusammenhang die Kollegen der Oppositionspartei an die letzten Marktordnungsverhandlungen erinnern. Die letzte Regierungsvorlage hat nämlich für die Bauern in Österreich eine weit bessere gesetzliche Regelung vorgesehen, als sie dann tatsächlich im Hohen Haus beschlossen wurde. Sie wurde im Hohen Haus abgeändert, weil im Ausschuß die Vertreter der Molke- und Molkereiindustrie und die Vertreter der Opposition diese Änderungen gewollt haben, gewollt, weil sie mehr die Interessen der Molkereiindustrie als die Interessen der Bauern im Sinne hatten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Aufgrund der Regierungsvorlage wäre für die Bauern eine einwandfreie Lösung zustande gekommen. *(Abg. Deutschmann: Ich werde schon wieder berichtigen müssen!)* Aufgrund des Ausschußberichtes, Herr Kollege Deutschmann, sind eben diese

Bestimmungen stark eingeschränkt worden. Es ist die sogenannte Milchbeichte hinzugefügt worden. Es sind auch die Einführung des allgemeinen und des zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages und als letztes die rückwirkende Bestrafung hinzugefügt worden.

Herr Kollege Deutschmann! Sie werden in der Regierungsvorlage weder das eine noch das andere finden. *(Abg. Deutschmann: Selbstverständlich! Es ist ja das System!)*

Ich bitte Sie, Herr Kollege Deutschmann, lesen Sie die letzte Regierungsvorlage nach, Sie werden diese Punkte nicht finden. Das wurde erst im Ausschußbericht aufgenommen. *(Abg. Dr. Feurstein: Fragen Sie einmal den Minister!)* Herr Kollege Deutschmann! Es ist die Regierungsvorlage 258 der Beilagen. *(Abg. Deutschmann: Vorlesen, Herr Kollege!)* Ich könnte es vorlesen. *(Abg. Deutschmann: Vorlesen!)* Herr Kollege Deutschmann, welchen Teil? *(Ruf bei der ÖVP: Alles!)* Herr Kollege Deutschmann! Seinerzeit: § 14 der Regierungsvorlage, Absatz 1:

Der Fonds hat die Abgabe von Milch und bestimmter Erzeugnisse aus Milch durch landwirtschaftliche Betriebe an Verbraucher durch allgemein verbindliche Anordnung oder Bescheid zu bewilligen, wenn dies mit den Zielen dieses § 3 Abs. 1 nicht im Widerspruch steht.

Die Bewilligung kann auch die Abgabe an Verbraucher außerhalb des Versorgungsgebietes des zuständigen Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebes erfassen.

2. Soweit dies zur ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung erforderlich ist, hat der Fonds die unmittelbare Abgabe im Sinne des Absatzes 1 durch allgemein verbindliche Anordnung oder Bescheid anzuordnen.

3. Einer Bewilligung nach Absatz 1 bedarf es nicht, wenn und insoweit zwischen dem landwirtschaftlichen Betrieb und dem zuständigen Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetrieb eine Vereinbarung über die unmittelbare Abgabe zustande gekommen ist. Wenn die Abgabe außerhalb des Versorgungsgebietes des zuständigen Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebes erfolgen soll, bedarf die Vereinbarung auch der Zustimmung jener Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebe, in deren Versorgungsgebiet die Abgabe erfolgen soll.

Und jetzt kommt der Absatz 4:

„Für die unmittelbare Abgabe im Sinne der Absätze 1 bis 3 sind im Wege des zuständigen

Helmut Wolf

Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebes die Ausgleichsbeiträge zu entrichten.“ (*Abg. Deutschmann: Selbstverständlich!*)

Und die Ausgleichsbeiträge sind die Preisausgleichsbeiträge, ganz eindeutig die Preisausgleichsbeiträge! Ich könnte es an Hand des Ausschußberichtes auch untermauern. (*Abg. Dr. Feurstein: Tun Sie es!*)

Herr Kollege Deutschmann! Es ist ganz eindeutig, daß die Absatzförderungsbeiträge im § 57 Abs. 1 und 2 novelliert wurden und die Regierungsvorlage weder den Absatz 1 noch den Absatz 2 novellieren wollte. In der Regierungsvorlage sehen Sie keinen § 57 Abs. 1 und 2, jedoch im Ausschußbericht. Und das war das, was die ÖVP verlangte. (*Abg. Dr. Leitner: Warum stimmt der Minister heute nicht zu?*)

Herr Kollege Dr. Leitner! Ich frage Sie: Warum haben Sie damals nicht zugestimmt? — Sie fragen: Warum stimmt der Minister heute nicht zu? (*Zwischenrufe.*)

Der Minister hat sich bereit erklärt, Gespräche zu führen. Heute geht es wirklich im Milchbereich nicht allein um den Ab-Hof-Verkauf, die Problematik ist viel zu ernst. Heute geht es darum, die Überschüsse zu finanzieren.

Meine Damen und Herren! Ich wundere mich in diesem Zusammenhang darüber, daß zum Beispiel Kollege Dr. Zittmayr bei der letzten Versammlung des Schärdinger Molke-reiverbandes neuerliche Produktionsausweitungen, neuerlich größere Umsätze bekanntgegeben hat. Ich nehme an, daß im Jahre 1985 die 8 Milliarden-Schilling-Umsatzgrenze überschritten wird. Hier geht es scheinbar sehr gut beim Schärdinger. Den Bauern, die dem Schärdinger angehören, geht es nicht so gut!

Dieselben Erfolgsberichte laut der „AIZ“ auch bei Alpi.

Ich glaube, daß hier auf dem Rücken der Bauern die Genossenschaften beträchtliche Umsätze und, wie mir scheint, auch Gewinne zu machen bereit sind.

Meine Damen und Herren! Daß dieses Marktordnungsgesetz novelliert werden soll, sagen auch andere, sagt zum Beispiel auch die Bundeswirtschaftskammer in einem Artikel vom 25./26. Oktober. Auch der Bundesrat Direktor Eder vom Niederösterreichischen Molkereiverband hat gesagt: Gebt den Molke-reien mehr Freiheiten!

Ich meine, wir könnten auch den Bauern mehr Freiheiten geben, dann müßte nicht in der nächsten Nummer der Raiffeisen-Zeitung schon wieder die Agrarbürokratie so verdammt werden. Es haben sich die SPÖ-Bauern in dieser Sache sehr wohl Gedanken gemacht, die überlegenswert sind.

Wenn der Kollege Deutschmann in seinem Wortbeitrag erwähnt hat, daß die Produktionssteigerungen in erster Linie das Verdienst der Bauern sind, dann muß ich dem entgegenhalten, daß die Bauern zum Teil vermutlich irreführt wurden, weil diese Produktionssteigerung, Herr Kollege Deutschmann, in erster Linie auch durch teure Importe zustande gekommen ist.

Ich darf Sie daran erinnern, daß wir 610 000 Tonnen Futtermittel importiert haben, Kosten 3 Milliarden Schilling, daß wir 490 000 Tonnen natürlichen Dünger importiert haben und daß wir 586 000 Tonnen chemische Düngemittel importiert haben. All das hat dazu beigetragen, diese Überschüsse zu produzieren, die schlußendlich nicht mehr finanzierbar sind.

Wenn die SPÖ-Bauern den Vorschlag gemacht haben, daß man versuchen sollte, die Richtmenge zu reduzieren, sie dem Inlandsmarkt anzupassen, so ist das meines Erachtens nur ein Gewinn für alle Bauern. Und jedes Rechenbeispiel könnte dazu beitragen, diese These auch zu beweisen.

Es ist so, daß bei einer Einzelrichtmenge von ... (*Abg. Gurtner: Warum überhaupt Importe?*) Herr Kollege Gurtner! Auch das ist natürlich ein Problem, das man berücksichtigen muß. Der Handel ist keine Einbahnstraße. Es ist allen Sozialpartnern schon angeboten worden, sie sollen im Rahmen des GATT in ihren Bereichen auf ihre Quoten zum Teil zugunsten der Landwirtschaft verzichten! Fragen Sie den Präsidenten Sallinger, ob er bereit ist, zugunsten der Landwirtschaft zu verzichten!

Sie wissen es selbst am besten, Herr Kollege Gurtner, daß wir heute rund 45 000 Tonnen Käse in die EG exportieren und daß wir nicht einmal ganz 10 000 Tonnen dort übernehmen. Das ist im Rahmen dieser Vereinbarung, die wir getroffen haben. (*Abg. Dr. Leitner: Aber es sind nur 5 000 Tonnen vereinbart!*) Herr Kollege Leitner! Im Jahre 1984 waren es genau 8 047 Tonnen im Werte von 481 Millionen Schilling, und die Exporte betrugen immerhin 46 000 Tonnen, 1,8 Milliarden Schilling.

Helmut Wolf

Es würde zu weit führen, wenn man all diese Beispiele anführen möchte. Nur ein Beispiel noch aus dem Fleischbereich: Derzeit läuft ein Export von Schlachtrindern nach Ägypten. Erlös des Produzenten vom Exporteur 27 S pro Kilogramm Lebendgewicht, Erlös des Exporteurs 12 S. Der Stützungsbedarf allein beträgt 18 S. Und da soll mir noch jemand sagen, daß das sinnvoll ist, daß das notwendig ist! Beim Getreide verhält es sich fast ähnlich.

Meine Damen und Herren! Die Notwendigkeit der Gespräche wurde heute angekündigt. Ich hoffe nur, daß die Gespräche nicht nur politische, tagespolitische Schallwolken sind, sondern dazu führen, das schwierige Problem im Milch-, Fleisch- und Getreidebereich in den Griff zu bekommen. Die Gespräche sollten so schnell wie möglich angesetzt werden, um diese Probleme zu bewältigen. (*Abg. Dr. Leitner: Gespräche fordern wir!*)

Ich würde jedenfalls eintreten für eine Nutzung der natürlichen Grundlagen des Hofes, gegen industrielle landwirtschaftliche Produktion, für eine Nutzung aller Produktionschancen auf dem Inlandsmarkt, gegen Exportproduktionen, deren Finanzierung volkswirtschaftlich sinnlos ist und die den Bauern keine Einkommensverbesserungen bringen, für einen Ausgleich der natürlichen Produktionsnachteile durch unterschiedliche Preise und Direktförderungen, gegen Maßnahmen, die die Produktion anheizen und die in der Landwirtschaft die Einkommensunterschiede vergrößern, für Marktregelungen und Preisgestaltungen, die den Bauern ein Produzieren unter mehr Beachtung ökologischer Grundsätze ermöglichen, gegen den wirtschaftlichen Zwang, Boden und Umwelt zu belasten.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, könnten die Gespräche für die Bauern und für die österreichische Bevölkerung von großem Nutzen sein. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 18.00

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kirchknopf.

18.00

Abgeordneter Kirchknopf (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem bisherigen Verlauf der Budgetdebatte und nachdem jene Abgeordnetenkollegen, die mit dem Weinbau zu tun haben — Pfeifer, Hintermayer, Peck — bereits gesprochen haben, entsteht in mir der Verdacht, daß

der Weinbau für die Regierungskoalition kein Thema ist, ausgenommen der Kollege Peck, der kurz darauf eingegangen ist. Ist das schlechte Gewissen ausschlaggebend dafür, daß hier niemand von Ihnen Worte dazu verloren hat? Peck ist näher darauf eingegangen, aber auch nur ganz kurz. Weinbaufachlich, Kollege Peck, können wir uns sicherlich treffen, weinbaupolitisch oft nicht.

Sie haben gesagt, der Weinmarkt liege am Boden, die Exporte stagnieren, und so weiter. — Das ist vollkommen richtig. Wir kennen die Situation auf dem Exportmarkt, und es kommen noch zusätzliche Probleme hinzu. Ein Weinbaukollege, der auch Exporte in die BRD tätigt, erklärte mir vor einigen Tagen, daß er größte Schwierigkeiten hat. Warum hat er diese Schwierigkeiten? — Er hat Weinflaschen, die er exportiert hat, bereits nach den neuen Vorschriften mit den entsprechenden Etiketten versehen, und nun ist das Problem aufgetaucht, daß man es seiner Meinung nach verabsäumt hat, die Meldung hinauszugeben, daß wir in Österreich nun neue Etikettenvorschriften haben.

Auf der anderen Seite bekam ich heute früh einen Anruf eines Exporteurs, der sich bitter beklagt hat: Es wurde eine Meldung an das bayrische Landwirtschaftsministerium hinausgegeben, seine Weine seien mit einem Stabilisierungsmittel versetzt. Nun stellt sich heraus, daß dem nicht so ist. Die Zweituntersuchung hat das ergeben.

Auf der einen Seite sagen Betroffene, die Meldung wurde nicht gemacht. In dieser Angelegenheit hat man vorschnell gehandelt. Ich glaube, die Leidtragenden sind in diesem Fall diese Weinbauern, auf der anderen Seite die ganze Weinwirtschaft. (*Abg. Peck: Kollege, was will man? Man will, der Minister soll kontrollieren, auf der anderen Seite wird es bekrittelt, wenn er kontrolliert!*) Ich habe klipp und klar, Herr Kollege Peck, gesagt: In der einen Angelegenheit dürfte man es verabsäumt haben, die Meldung zu machen, und in der anderen Angelegenheit hat man vorschnell gehandelt. (*Abg. Peck: Was will man?*) Also bitte, nach Maß und Recht, wie es sein soll! Man soll prüfen, ob der Wein in Ordnung ist. Es ist eine Zweituntersuchung vorgesehen, die soll man machen. Wenn man ein Gesetz beschließt, dann soll man so schnell wie möglich die entsprechenden Meldungen auch überallhin geben, damit der Bauer oder der Weinexporteur nicht in Schwierigkeiten kommen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kirchknopf

Die Budgetdebatte über die einzelnen Kapitel gibt alljährlich hier im Hohen Haus die Möglichkeit, eine Standortbestimmung für den Bereich, der behandelt wird, vorzunehmen. Gleichzeitig gibt diese Debatte aber auch durch Rückblende auf das auslaufende Wirtschaftsjahr die Möglichkeit, festzustellen, ob im zu behandelnden Budget aus Fehlern der Vergangenheit Konsequenzen gezogen wurden.

Leider muß ich die Feststellung treffen, daß dem nicht so ist. Man hat aus den Fehlern keine Lehren gezogen.

Es hat den Anschein, daß die noch freien Budgetmittel immer mehr zur Verlustabdeckung, vor allem aus dem staatlichen Bereich heraus und bisher, ohne viel zu fragen, warum diese Verluste entstanden sind und wer unter Umständen daran schuldig ist, daß Verluste entstanden sind, verwendet werden.

Auf der anderen Seite muß man feststellen, daß für jene Bereiche der Wirtschaft, die zukunftsorientierte Maßnahmen durchführen mußten und müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und dadurch auch die Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern, immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Heute wird im Hohen Haus das Kapitel Land- und Forstwirtschaft behandelt. Es ist der sogenannte Bauerntag hier im Parlament.

Hohes Haus! In den vergangenen Monaten wurden viele Jubiläumsfeiern abgehalten, „40 Jahre Republik“ und so weiter. Es wurden die Aufbauleistungen der Nachkriegsgenerationen in allen Bereichen der Wirtschaft gewürdigt, natürlich auch die in der Landwirtschaft, auf welche wir Bauern sicherlich sehr stolz sein können.

Viele meiner Berufskollegen stellen sich nun immer mehr die Frage: Sind wir zu leistungsbewußt gewesen, wäre weniger Leistung für uns nicht besser gewesen? Trotz des Strukturwandels in den fünfziger Jahren — 34 Prozent der Gesamtbevölkerung waren damals in der Landwirtschaft tätig, heute sind es nur mehr knapp über 8 Prozent — und trotz gewaltiger Produktionsausweitung müssen wir sinkende Pro-Kopf-Einkommen feststellen. Um überleben zu können, werden wir sicherlich auch weiterhin gezwungenermaßen Höchstleistungen erbringen sowie Strukturwandel „erleiden“ müssen. „Erleiden“ aus dem einen Grund: Ein Bauer gibt seinen selbständigen Arbeitsplatz erst dann auf, wenn er

sieht, daß er mit seiner Familie trotz bescheidenster Lebensweise nicht mehr aus dem Ertrag, den er als Bauer erwirtschaftet, leben kann.

Es wird höchste Zeit, daß die Regierung nun Maßnahmen einleitet, die es ermöglichen, eine Alternativproduktion zu der Überschußproduktion aufzubauen, um dadurch die selbständigen Arbeitsplätze der Bauern und dadurch auch unselbständige Arbeitsplätze zu sichern.

Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach diesen grundsätzlichen Aussagen zur Landwirtschaft insgesamt möchte ich mich nun doch dem Weinbau zuwenden.

Das zu Ende gehende Jahr 1985 war für den Weinbau ein turbulentes Jahr, obwohl es zu Beginn desselben doch besser aussah, als es in vergangenen Jahren der Fall war. Denn nach der kleinen Ernte 1984 glaubte man die Schwierigkeiten nach der großen Ernte 1982 und 1983 überwunden zu haben. Der Weinabsatz ist in Bewegung gekommen. Desgleichen konnte man eine Preissteigerung bei Wein im Gebinde feststellen, und auch die Preise bei den Selbstvermarktern erholten sich.

Die angenehme Zeit dauerte nicht lange. Es begann mit dem Winterfrost. Wenn man sich heute draußen umsieht, merkt man, in welcher großen Schwierigkeiten heute schon viele Betriebe durch diesen Winterfrost gekommen sind.

Als nächstes kam es dann zur Aufdeckung des Weinskandals; ich möchte heute gar nicht näher darauf eingehen. Im gleichen Zeitraum befaßte sich die Weinwirtschaft mit der zur Begutachtung ausgesandten Novelle zum Weingesetz 1961, die wir dann im Juni beschlossen haben. Wir alle haben damals die Feststellung getroffen, daß es ein gutes Gesetz ist, daß es allen Anforderungen entsprechen wird.

Es kam aber bald darauf zur Ausweitung des Weinskandals. Und Ende Juli kam es dann zu einer Vereinbarung zwischen den Parteien, ein neues Weingesetz zu schaffen.

Auch ich als Vertreter der Weinbauern und meine Kollegen, die hier im Parlament sind, waren dafür. Aus dem einen Grund: damit dem Konsumenten im In- und Ausland ein Zeichen gesetzt werde, daß wir Weinbauern uns bemühen, ein ehrliches Produkt zu erzeugen und anzubieten.

Kirchknopf

Leider kam es zu keiner einvernehmlichen Regelung. Bei dieser Gelegenheit, Herr Bundesminister — er ist leider nicht anwesend —, kann ich Ihnen einen Vorwurf nicht ersparen: Sie haben zum damaligen Zeitpunkt eine ganz große Chance vertan. Denn die Weinbauernschaft wäre damals sicher bereit gewesen, ein Gesetz anzunehmen, das bis an die Grenze der Belastbarkeit gegangen wäre.

Trotz großer Proteste der Weinbauern wurde das Weingesetz am 29. August 1985 beschlossen. Am 4. September lehnte es der Bundesrat ab. Am 24. Oktober 1985 faßte dann die Regierungskoalition den Beharrungsbeschuß.

Nun haben wir ein Weingesetz, das die Weinbauern ablehnen und das der größte Teil derer, die das Gesetz kennen, nicht will. Selbst viele von denen, die es mitbeschlossen haben, wollen es nicht, weil es eben zuviel Bürokratie und Schikanen in sich hat.

Sicherlich spürt man zurzeit noch nichts von der Bürokratie und den Schikanen. Denn zu Schikanen kann es erst bei der Anwendung kommen. Diesen Satz müßte man mit dicken Balken unterstreichen. Er stammt nicht von mir. Dieser Satz vom Kollegen Pfeifer stand im offiziellen Organ des Arbeitsbauernbundes. Ich glaube, hier hat er ein wahres Wort gesprochen. (*Abg. Peck: Der Pfeifer sagt immer die Wahrheit!*) Ja, in diesem Fall stimmt es wirklich: Denn zu den Schikanen kann es erst bei der Anwendung kommen.

Nun stelle ich mir nur die Frage: Wofür wird ein Gesetz gemacht? Wird ein Gesetz gemacht, damit es schubladiert wird, oder soll ein Gesetz geschaffen werden, das getragen wird und auch vollzogen wird?

Um zu verhindern, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die im Weingesetz enthaltenen Schikanen zum Tragen kommen, möchte ich den Herrn Bundesminister ersuchen, der Forderung der Weinbauern, das Weingesetz einer Novellierung zuzuführen, nachzukommen. Sollte es Ihnen, Herr Bundesminister, aus welchen Gründen immer — vielleicht haben Sie eine Aversion der Weinwirtschaft gegenüber —, nicht möglich sein, die Leitung von Gesprächen betreffend eine Novellierung zu führen, so gäbe es sicherlich die Möglichkeit, die Führung der Novellierungsgespräche einer Person, die unvoreingenommen der Weinwirtschaft gegenübersteht, zu übertragen.

Ich bin davon überzeugt, daß es einen Weg gibt, die überflüssige Bürokratie sowie die im Gesetz enthaltenen Schikanen zu beseitigen. Hier verwende ich eine Aussage von Minister Blecha: Bürger verzweifeln an manchen Auswüchsen der Bürokratie.

Im Interesse der gesamten Weinwirtschaft muß es doch möglich sein, ein Gesetz zu schaffen, das einerseits von der Weinwirtschaft mitgetragen wird und andererseits den Konsumenten die Sicherheit gibt, ein ehrliches Produkt zu konsumieren.

Herr Bundesminister! Hohes Haus! Neben der Novellierung des Weingesetzes wird es im kommenden Jahr notwendig sein, über strukturelle Maßnahmen zu reden. Es müßten dahin gehend aber auch Beschlüsse gefaßt werden, und ich meine hier, man müßte über ein Weinwirtschaftsgesetz reden. In diesem Zusammenhang müßte man reden über die Produktion, über die Überlagerungsmöglichkeiten, denn die Vergangenheit beweist es: Überschüsse könnten im Weinbau leicht ausgeglichen werden. Man müßte reden über deren Finanzierung. Über Produktionskostenregelung müßte ein Gespräch geführt werden, desgleichen betreffend Produktionskostenausgleich innerhalb von einigen Jahren.

Natürlich müßte man auch über die Besteuerung des Weines reden. Weiters müßten über Importweine Gespräche geführt werden, im Hinblick auf die weingesetzlichen Bestimmungen einerseits und andererseits in preislicher Hinsicht, denn es geht nicht an, daß jene Weine, die zu uns hereinkommen, ganz anders aussehen als die von uns verlangten Weine.

Ebenfalls müßte man über die preislichen Angelegenheiten reden, denn es nützt uns nichts, wenn wir uns restriktiven Maßnahmen unterziehen und durch Importe preislich in die Knie gezwungen werden.

Herr Bundesminister! Es geht um den österreichischen Weinbau. Es geht um selbständige Arbeitsplätze. Es geht um unsere Bauern, vor allem um die Jungbauern, die gerne bereit sind, weiter in ihrem Beruf zu arbeiten.

Wenn es in all den Bereichen, die ich angeführt habe, zu keinen Änderungen kommt, werden viele den bäuerlichen Beruf aufgeben. Kann sich Österreich das noch leisten? Müßte nicht alles unternommen werden, daß sie in ihrem Beruf bleiben?

Kirchknopf

Ich weiß, hier muß ein Umdenken bei den zuständigen Stellen eintreten. Es muß eine andere Politik gemacht werden, es müßten dafür aber auch entsprechende Mittel im Budget vorgesehen sein. Leider ist davon im Budget für das Jahr 1986 wenig vorgesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Finanzminister, aber auch Sprecher der Regierungskoalition reden immer von einem Sparbudget. Auch ich — und wir — sind für das Sparen. Dies müßte dann aber für alle Bereiche gleichermaßen gelten. Den Rotstift im verstärkten Maße im Landwirtschaftsbudget zu verwenden, dafür kann man sicherlich kein Verständnis aufbringen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da dieses Landwirtschaftsbudget für das Jahr 1986 in keiner Weise zukunftsorientiert erstellt ist, kann man ganz einfach hier nicht die Zustimmung geben.

Abschließend zwei Beispiele: Die Finanzierung der landwirtschaftlichen Berater wurde fast zur Gänze — von 91,3 auf 5,2 Millionen Schilling — gestrichen. Das in einer Zeit, in der in der Landwirtschaft aus der Sicht der Überproduktion von herkömmlichen landwirtschaftlichen Erzeugnissen heraus eine Umlenkung in die Erzeugung von Produkten notwendig ist, die einerseits bodenverbessernd sind und andererseits Österreich zum Beispiel durch Ölsaaten, Eiweißfuttermittelherzeugung und sogar auch in der Energieerzeugung auslandsunabhängig machen könnten.

Um aber erfolgreich in die Erzeugung dieser Produkte einsteigen zu können, brauchen wir neben den finanziellen Mitteln auch gute Fachleute zur Beratung, und gerade jetzt wird die Finanzierung für dieselben gestrichen.

Ein anderes Beispiel: der Weinbau. Für den Weinwirtschaftsfonds waren im Budget 1985 60 Millionen Schilling eingesetzt, für das Jahr 1986 sind 54 Millionen Schilling dafür vorgesehen. 10 Prozent Kürzung der finanziellen Mittel für ein Jahr, in dem große Änderungen in der Weinwirtschaft durchgeführt werden müssen! Wir müssen alles unternehmen, damit bei kommenden großen Ernten — und das kann unter Umständen schon im Jahr 1986 sein — die Voraussetzungen vorhanden sind, damit die Weine auch übernommen und vermarktet werden können. Wir brauchen sicherlich in Zukunft wieder den Exportmarkt, hier müßte man sehr wohl etwas unternehmen.

Da vom Kollegen Peck ein Vorwurf betref-

fend den Weinwirtschaftsfonds gemacht wurde, möchte ich sagen: Kollege Peck! Wir sind nicht zufrieden gewesen mit dem Weinwirtschaftsfonds. Warum? — Was kann in Jahren einer so großen Überproduktion ein Weinwirtschaftsfonds mit 50 Millionen Schilling unternehmen, wenn zusätzlich einige Ministerien mitreden?

Und wenn Kritik geübt wurde am Weinwirtschaftsfonds, dann richtet sich diese Kritik indirekt auch an Landwirtschaftsminister Haiden und auch an Kollegen Pfeifer, der ja, soweit ich informiert bin, im Weinwirtschaftsfonds als Funktionär tätig ist. *(Abg. Peck: Der Weinwirtschaftsfonds hat restlos versagt!)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man kann betreffend Weinwirtschaftsfonds hier nicht die Feststellung treffen, daß im Landwirtschaftsbudget für 1986 zukunftsorientiert budgetiert wurde.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus diesen Gründen können wir, die Vertreter der Bauernschaft und die Österreichische Volkspartei, dem Budget für das Jahr 1986 nicht die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.19

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ettmayer.

18.19

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister Haiden hat in den letzten Jahren immer wieder eine doppelte Kritik hervorgerufen: einmal die Kritik aufgrund der Landwirtschaftspolitik, die er gemacht hat — sehr zu Lasten der Bauern, auch der Konsumenten, wie wir es heute gehört haben —, und auch sehr harte Kritik wegen seiner Personalpolitik.

Dazu möchte ich heute kurz Stellung nehmen, vor allem deshalb, weil sich Bundesminister Haiden sehr unrühmlich diesbezüglich auszeichnet, auch gegenüber seinen Ministerkollegen, wo, das möchte ich ganz offen sagen, in freiheitlich und sozialistisch dominierten Ministerien heute vielfach schon ein anderer Zug feststellbar ist als der, wie er immer wieder von Bundesminister Haiden praktiziert wird.

Wir haben schon einmal seitens des ÖAAB eine Dokumentation erstellt, in der wir sehr klar aufzeigen konnten, daß in 43 Fällen Bundesminister Haiden äußerst willkürlich vorge-

Dr. Ettmayer

gangen ist und sich nicht an die vorgesehenen gesetzlichen Regeln gehalten hat.

Erst in letzter Zeit hat Bundesminister Haiden wieder Beamte befördert, die dafür keinerlei Voraussetzung hatten, andererseits aber — und das scheint mir wesentlich — etwa einem sehr wertvollen Beamten eine Beförderung verweigert, weil er nicht von seiner Partei ist, mit dem Hinweis darauf, daß dieser Mann für eine internationale Organisation arbeitet, obwohl er dort wirklich sehr viel für Österreich tut.

Andererseits wurden im Landwirtschaftsministerium immer wieder Abteilungen geteilt, neue Strukturen geschaffen, neue Abteilungen geschaffen, nur um sozialistische Parteifreunde des Herrn Landwirtschaftsministers unterzubringen.

Und was entscheidend ist, Herr Minister Haiden, Sie haben bis zur Arbeitsunfähigkeit umorganisiert, bis zur Arbeitsunfähigkeit Ihre Leute untergebracht. Wenn das ganze Debakel des Weinskandals mit dieser Vehemenz über Sie hereingebrochen ist, dann auch deshalb, weil Sie wirklich Schuld auf sich geladen haben, weil Sie schuld daran sind, daß vielfach Abteilungen nicht mehr arbeitsfähig sind.

Ich darf das untermauern: Es gibt Abteilungen für das Weinrecht, Abteilungen für den Weinbau, es gibt eigene Abteilungen zur Vertretung im Weinwirtschaftsfonds, andere Abteilungen, die für die Kontrollen zuständig sein sollen. Es gibt eine derartige Vielfalt, die nicht mehr überschaubar ist und die eben das produziert hat, was wir alle miterleben konnten.

Erst jetzt wieder, Herr Bundesminister, soll in Kärnten, in Pitzelstätten, eine landwirtschaftliche Mittelschule besetzt werden mit einem Leiter, der in keiner Weise qualifiziert ist. Ich frage Sie, was Sie tun wollen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Er ist ja qualifiziert durch die SPÖ-Mitgliedschaft!*) Genau! Herr Bundesminister! Das scheint für Sie tatsächlich die entscheidende Qualifikationsvoraussetzung zu sein: daß jemand ein Parteibuch der SPÖ hat.

Ich sage Ihnen: Diese Vorgangsweise ist undemokratisch, diese Vorgangsweise verletzt das Grundrecht der Bürger auf Chancengleichheit und führt zu einer schlechten Auslese. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich komme gleich darauf zu reden. (*Abg. Dr. Stippel: Wie ist das denn in Niederösterreich?*)

Herr Bundesminister Haiden! Sie begehen mit Ihrer undemokratischen Personalpolitik ein dreifaches Unrecht. (*Abg. Samwald: Geh einmal nach Niederösterreich! Da kannst du etwas kennenlernen!*) Jawohl, in Ternitz. In Ternitz hätte ich gerne einmal eine Position für einen ÖAABler im Magistrat oder bei der Gemeinde bekommen. Sehr gerne, Herr Bürgermeister! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Das Unrecht des Herrn Ministers Haiden, das er sich offensichtlich nicht direkt anhören will, ist dreifacher Natur. Es ist ein Unrecht gegen die Betroffenen selbst, es ist ein Unrecht gegen die Demokratie (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sehr richtig!*), und es ist ein Unrecht gegen die Bauern und Steuerzahler. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist zunächst einmal, meine Damen und Herren, ein Unrecht gegen die Betroffenen selbst. Ich habe zuvor einen Fall gebracht, daß jemand nicht befördert werden soll, obwohl er ein tüchtiger Beamter bei einer internationalen Organisation ist, bei der FAO, bei der Food and Agricultural Organisation, wo er für die Forstaufschließung in der Dritten Welt viel macht, wo er immer wieder schaut, daß österreichische Firmen Aufträge erhalten, und wo er trachtet, daß Österreichs Ruf auch im Bereich der Forstwirtschaft international gefestigt wird. Dieser Mann ist Beamter des Landwirtschaftsministeriums, er steht heran für die Beförderung in die Dienstklasse VIII. Und nun wird ihm plötzlich gesagt: Nein, das geht nicht. Er müsse zunächst nach Österreich zurückkommen.

Herr Bundesminister! Ich glaube, Sie wissen gar nicht, welche Beispielsfolgerungen diese parteipolitisch willkürliche Vorgangsweise haben wird. Es gibt heute in Österreich sehr, sehr viele tüchtige Leute, die bei internationalen Organisationen tätig sind und die natürlich darauf Wert legen, daß sie als Rückhalt, gewissermaßen als Absicherung, wenn sie schon von Österreich aus keinen Gehalt beziehen, zumindest die Gewähr erhalten, daß sie weiter vorrücken, daß sie weiterhin im Beamtenstatus bleiben. Das sind tüchtige Leute. Wir haben uns immer für sie eingesetzt.

Ich möchte dazu sagen, bisher wurde es von allen Fraktionen so gehandhabt, daß diese Leute auch entsprechend vorrücken konnten. Aber nun, Herr Bundesminister, setzen Sie einen neuerlichen parteipolitischen Willkürakt und wollen einen solchen Mann diskriminieren. Überlegen Sie sich das noch einmal

Dr. Ettmayer

gut! Ich glaube, daß das einfach nicht hingenommen werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es kann vor allem deshalb nicht hingenommen werden, Herr Bundesminister, weil Sie in anderen Fällen ganz anders vorgehen. Da gibt es etwa Ihren Parteifreund Robert Steiner. Dieser wiederum wurde von der FAO, also von derselben Organisation, geholt, wo dem anderen Mann jetzt die Vorrückung verweigert wird. Er wurde ohne Dienstprüfung im Landwirtschaftsministerium aufgenommen, und zusätzlich wurden ihm noch 16 Dienstjahre angerechnet. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Reine Willkür!)*

Also da sieht man sehr wohl die willkürliche Vorgangsweise: Auf der einen Seite wird ein Beamter, weil er nicht zur SPÖ gehört, nicht einmal entsprechend befördert, und einem anderen werden, weil er das richtige Parteibuch hat, ohne Dienstprüfung 16 Dienstjahre angerechnet. *(Ruf bei der ÖVP: Reine Willkür!)*

Herr Bundesminister! Diese Willkür ist immer wieder festgestellt worden. Und was besonders bedauerlich ist: Sie benachteiligen gerade auch Beamte Ihres Ressorts, etwa bei der Gründung der neuen Forschungsabteilung. Es hat acht Bewerber gegeben, acht qualifizierte Bewerber aus dem Landwirtschaftsministerium. Sie haben aber einen Mann genommen, der wiederum die Anstellungserfordernisse nicht erfüllte und der noch dazu nicht aus dem Ministerium kam.

Die seinerzeitige Besetzung der Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum wurde ausreichend behandelt. Auch dort haben Sie zum Leiter dieser so renommierten und dieser so anerkannten Institution einen Mann gemacht, der nicht einmal die Lehrbefugnis hatte. *(Abg. Dr. Preiß: Er hat sich bestens bewährt, Herr Kollege!)*

Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter, sagen, daß diese Vorgangsweise natürlich Verdrossenheit hervorrufen muß, weit über die politischen Parteien hinaus, daß diese Vorgangsweise natürlich dazu führt, daß die Politik immer weiter diskreditiert wird, ist doch ganz klar. Bitte stellen Sie sich das vor: Ein junger Mensch studiert, ein junger Mensch macht Prüfungen, ein junger Mann lernt etwas, dann bewirbt er sich um eine entsprechende berufliche Position, glaubt, daß er dafür vorbereitet ist, will sich auch dafür einsetzen, doch dann wird ihm jemand vorgezogen, der keine Prüfungen hat, der nichts gelernt hat, nur weil er ein entsprechendes Parteibuch

hat! *(Abg. Tonn: Wie bei den Kindergärtnerinnen in Niederösterreich! — Weitere Zwischenrufe.)*

Herr Bundesminister! Ich möchte ganz deutlich sagen: Machen Sie Schluß mit dieser Praxis! Machen Sie Schluß mit dieser Parteibuchwirtschaft! Machen Sie Schluß mit dem Berufsverbot für Andersdenkende im Landwirtschaftsministerium und trachten Sie endlich, daß auch bei Ihnen Qualifikation mehr zählt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die von Bundesminister Haiden geübte Praxis ist zunächst ein Unrecht gegenüber den Betroffenen. Es ist darüber hinaus auch ein großes Unrecht gegenüber der Demokratie. Denn ein wesentlicher Grundsatz der Demokratie muß es sein, daß für jeden Staatsbürger die gleiche Chance besteht, daß Chancengleichheit verwirklicht wird, daß ein Mensch entsprechend seiner Ausbildung, entsprechend seiner Leistung auch die Möglichkeit hat, eine berufliche Position zu bekommen. *(Abg. Dr. Preiß: Sehr schön! Sagen Sie das Ihren Freunden!)*

Ich darf Ihnen ganz offen sagen: Dieser Grundsatz hat in Österreich lange Zeit und vielfach nicht gegolten. Er hat bei Ihnen nicht gegolten, er hat auch bei uns vielfach nicht gegolten. Das möchte ich hier ganz offen sagen. Seit der Gegenreformation gab es bei uns den Grundsatz „Cuius regio, eius religio“, das heißt frei übersetzt: „Von wem ich regiert werde, dessen politische Meinung übernehme ich.“

Dieser Grundsatz aus der Gegenreformation wurde natürlich verstärkt in bürgerkriegsähnlichen Zeiten wie in der Zwischenkriegszeit und konnte und mußte auch weiterbestehen in einer Atmosphäre, wo es faktisch eben noch Bürgerkriegsmentalität gegeben hat — das möchte ich ganz offen zugeben —, und noch dazu in einer Zeit, daß muß man auch ganz offen sagen, in der die politischen Parteien vielfach gewissermaßen auch Religionsersatz waren.

Meine Damen und Herren! Das war vor einer Generation, das war vor mehreren Generationen. Aber heute, in einer modernen Demokratie kann doch eine derartige Überlegung nichts mehr bewirken können. Heute muß es doch so sein, daß diese Grundsätze, daß sich der jeweilige Untertan der politischen Gesinnung des Herrschenden anpassen muß, doch nicht mehr gelten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Etmayer

Heute, meine Damen und Herren, haben wir ganz klare Gesetze, nach denen auch die Personalpolitik verwirklicht werden soll, ob das jetzt das Beamten-Dienstrechtsgesetz oder ob das das Ausschreibungsgesetz ist.

Weil Sie immer wieder gesagt haben: Niederösterreich. Wenn ich vorhin ganz offen zugegeben habe, daß wir in Österreich in verschiedenen Breiten, in den verschiedensten Gruppierungen Vorstellungen gehabt haben, die primär machtpolitisch und nicht demokratisch geprägt waren — das stimmt, das haben wir gehabt —, dann, muß ich sagen, muß man umso höher jene Bemühungen einschätzen, die Leistungen jener Politiker hervorheben, die sich bemüht haben, diese Gesinnung zu überwinden, und denen das auch gelungen ist.

In Oberösterreich etwa haben alle im Landtag vertretenen Parteien ein Übereinkommen zur Objektivierung der Beamtenlaufbahn im Landesdienst abgeschlossen, und dieses Übereinkommen — ich habe es hier — sieht vor, daß die Ausschreibungen objektiv durchgeführt werden, daß es einen Personalbeirat gibt, daß es objektive Kriterien für den Ausbildungsgang gibt, daß die sozialen Verhältnisse entsprechend berücksichtigt werden, daß darüber hinaus eben Dienstgeber- und Dienstnehmervertreter hier mitentscheiden. (*Abg. Tonn: In der Theorie, in der Praxis nicht!*)

Meine Damen und Herren! Es wurde — auch das möchte ich besonders hervorheben, gerade weil es zeigt, daß man diese starre Mentalität: alles muß auf Machterhaltung ausgerichtet sein, sehr wohl überwinden kann — auch in Niederösterreich ein entsprechendes Abkommen zwischen den im Landtag vertretenen Parteien vereinbart, und auch hier wurde festgelegt — Herr Kollege, auch mit den Stimmen Ihrer Partei —, daß die Aufnahme in den Landesdienst objektiv durchgeführt wird, mit Zustimmung und mit Befassung eines Personalbeirates, daß nach objektiven Kriterien die Ausbildung erfolgt und die sozialen Verhältnisse und die regionale Arbeitsmarktlage berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren! Dieses Übereinkommen wurde zwischen ÖVP und SPÖ in Niederösterreich abgeschlossen. Die niederösterreichischen Landespolitiker bekennen sich sehr wohl dazu und haben wiederholt betont, daß es sehr wohl möglich ist, nach diesem Abkommen Leute einzustellen. Sie sind, ich möchte fast sagen, voll des Lobes dafür. Ich sehe nicht ein, warum Sie sich derart kritisch hier äußern. (*Abg. Dr. Kohlmaier:*

In Wien ist es abgelehnt worden von der Mehrheit!)

Meine Damen und Herren! Herr Kollege! Man braucht sehr wohl Mut dazu, zu sagen: Jawohl, es ist richtig, daß es in Österreich Praktiken gegeben hat, die unseren heutigen Vorstellungen von Demokratie nicht entsprechen. Ich glaube aber genauso, daß man Mut dazu braucht, wenn man sagt: Jawohl, umso mehr sind jene hervorzuheben, umso mehr Anerkennung verdienen jene, die sich durchgerungen haben, jetzt gerade auch im personalpolitischen Bereich alle Regeln der Demokratie einzuführen.

Ich sage auch deshalb Ihnen, Herr Bundesminister Haiden: Machen Sie in Ihrem Ministerium Schluß mit der Parteibuchwirtschaft, machen Sie Schluß mit der Willkür in der Personalpolitik, und übernehmen auch Sie jene objektiven Bedingungen, wie es sie heute in Oberösterreich und auch in Niederösterreich gibt.

Letztlich, meine Damen und Herren, ist die Vorgangsweise von Herrn Bundesminister Haiden nicht nur ein Unrecht gegenüber den Betroffenen, nicht nur ein Unrecht gegenüber der Bürokratie, es ist auch ein Unrecht gegenüber den Bauern und den Steuerzahlern. Natürlich ist es ein Unrecht gegenüber den Beamten dort, wenn die einen bevorzugt und die anderen benachteiligt werden.

Herr Bundesminister! Ihre Personalauslese kommt die Bauern, kommt die Steuerzahler teuer zu stehen. In unserem Handbuch, dem Rotbuch, das wir verfaßt haben, über die Personalpraxis im Landwirtschaftsministerium haben wir einige Fälle aufgezählt, aus denen sehr deutlich hervorgeht, daß für den Herrn Bundesminister alles andere bedeutend ist, nur nicht die Qualifikation.

Und so kommt es eben, daß ein Herr Leschnik als rechte Hand vom Herrn Bundesminister Haiden ausgewählt wurde, ein Mann, den der Herr Bundesminister in Schutz genommen hat, als er seinerzeit 116 Überstunden in der Urlaubszeit verrechnet hat, ein Mann, den der Herr Bundesminister in Schutz genommen hat, als er einmal für ein und dasselbe Gutachten 50 000 S, dann 70 000, dann 100 000 S verrechnet hat.

Mit diesen Leuten, mit diesen Mitarbeitern ist Herr Bundesminister Haiden sehr großzügig umgegangen. So sparsam und so knausrig Sie sind, wenn es darum geht, Bauern zu fördern, so großzügig sind Sie nämlich, Herr

10442

Nationalrat XVI. GP — 118. Sitzung — 10. Dezember 1985

Dr. Ettmayer

Bundesminister, wenn es darum geht, Geld für Ihre Mitarbeiter, die Sie willkürlich ausgesucht haben, hinauszugeben.

Ich könnte eine Reihe von anderen Beispielen nennen, wie großzügig hier auf der einen Seite mit Geld umgegangen wird. Da werden neue Abteilungen geschaffen, da werden neue Dienstposten eingerichtet, da werden neue Zulagen gewährt, alles mit den Geldern des Steuerzahlers. Da erhält auf einmal der neue Staatskommissär beim Getreideausgleichsfonds um 300 Prozent mehr als sein Vorgänger. Und das alles, meine Damen und Herren, sind Gelder, die den Bauern vorenthalten werden.

Herr Bundesminister! Sie erweisen mit dieser Politik, mit dieser Personalpolitik nicht nur dem Ministerium, sondern auch der Demokratie einen wirklich schlechten Dienst. Ich sage Ihnen daher noch einmal: Machen Sie Schluß mit diesem dreifachen Unrecht, machen Sie Schluß mit dem Unrecht an den Betroffenen, machen Sie Schluß mit dem Unrecht an der Demokratie und an der Bürokratie, machen Sie Schluß mit der Parteibuchwirtschaft in Ihrem Ministerium! *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.38

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schober.

18.38

Abgeordneter **Schober** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Ettmayer! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß seit 1970 im Landwirtschaftsministerium kein Berufsverbot für Sozialisten mehr besteht *(Beifall bei SPÖ und FPÖ)* und daß heute im Landwirtschaftsministerium nicht die Parteizugehörigkeit bestimmt, wer angestellt oder befördert wird, sondern ausschließlich die Qualifikation. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Wer qualifiziert ist, meine Damen und Herren, das bestimmt nicht der ÖAAB oder die Österreichische Volkspartei, sondern die zuständigen Gremien, die sich genauestens an die Einstellungsbedingungen halten, unter anderem natürlich auch unser Bundesminister Haiden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Und die Einstellungen, die vorgenommen wurden seit 1970, vor allem seit 1976 — seit diesem Jahr hat ja Bundesminister Haiden die Ressortverantwortung —, haben das eindrucksvoll bewiesen. Sie haben hier bei der Einstellung einen Namen genannt, den auch ich zitieren darf,

nämlich Sektionschef Dr. Robert Steiner, der vorher bei der FAO gewesen ist. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Gerade diese so wichtige Sektion, die Sektionschef Steiner führt, beweist ja, wie notwendig es ist, daß man bei den internationalen Verhandlungen, die hier zu führen sind, eben diese Erfahrung hat. Wenn wir heute im Bereich der Entwicklung unserer Exporte so große Erfolge haben, so ist das auf die Erfahrung dieses Sektionschefs, der von der FAO in das Landwirtschaftsministerium geholt wurde, zurückzuführen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich könnte es mir gar nicht vorstellen, daß man, wenn man diese Erfahrungen nicht hätte, dort so erfolgreich tätig sein könnte.

Eines, meine Damen und Herren und Herr Abgeordneter Ettmayer, bestätige ich Ihnen gerne, daß nämlich mit dem ÖVP-Denken ausgeräumt wurde, dem ÖVP-Denken in der Form, daß halt ein Bewerber, der beim ÖAAB ist, bei der ÖVP automatisch qualifiziert ist. Ist er jedoch ein Sozialist oder ein Freiheitlicher, dann ist er ungeeignet, selbst wenn er die besten Qualifikationen nachweisen kann. Dieses Denken — nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! — gehört ein für allemal der Vergangenheit an. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Ettmayer hat auf die Besetzung einer landwirtschaftlichen Mittelschule in Kärnten hingewiesen. Hier darf ich Ihnen mitteilen, daß das zuständige Gremium noch nicht entschieden hat und die Meinungsbildung in der umfassendsten Weise durchgeführt werden wird, wie das bei der Besetzung aller anderen landwirtschaftlichen Schulen auch der Fall gewesen ist. Ich freue mich darüber, daß sich alle Schulleiter, die neu bestellt worden sind, bestens bewährt haben. Ich darf das ausdrücklich feststellen, weil auch das Francisco-Josephinum, diese so traditionsreiche Mittelschule, ausdrücklich zitiert worden ist. Das gilt für die Schule Francisco-Josephinum wie für alle anderen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Eine rein sozialistische Personalpolitik!)*

Herr Abgeordneter Ettmayer! Wenn Sie von einem Unrecht gegenüber den Bauern reden, so ist gerade das Gegenteil der Fall. Denn es ist die Pflicht des Ressortchefs, nur bestens qualifizierte Bewerber aufzunehmen, und zwar deshalb, weil auch die Sorgen in unserem bäuerlichen Berufsstand einfach zu groß sind und wir sie nur mit Hilfe von bestqualifi-

Schober

zierten Bewerbern bewältigen können. (*Abg. Dr. Zittmayer: Rein politische Personalpolitik!*)

Noch etwas, Herr Abgeordneter Ettmayer: Reden Sie bitte nicht von Demokratie! Sie greifen hier im Parlament im Schutz Ihrer Immunität bestens qualifizierte Beamte an, die sich hier nicht wehren können. (*Ruf bei der ÖVP: Wen?*) Das ist nicht nur undemokratisch, sondern Sie beweisen damit Charaktereigenschaften, mit denen wir Sozialisten nichts zu tun haben wollen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich darf nun zum Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft und zum Grünen Plan 1986 kommen und grundsätzlich für mich und meine Fraktion feststellen, daß ein Budget nicht nur daran gemessen werden kann, welche Zahlen es ausweist, sondern auch daran gemessen werden sollte, welche Richtung es vorgibt. Das heißt konkret für unsere Landwirtschaft, daß ein noch so großer Ausgabenrahmen nicht immer befriedigend sein kann, wenn in einem Budget wenig oder zu wenig Zukunftsaspekte gegeben sind.

Heute ist jedem, der in der Landwirtschaft Verantwortung trägt, klar, daß die Landwirtschaft und auch die Landwirtschaftspolitik in der herkömmlichen Form an den Grenzen ihrer Finanzierbarkeit angelangt ist. Ich glaube deshalb, daß der Grüne Plan eine erste Chance darstellt, auch in der Landwirtschaft eine zukunftsorientierte Politik zu machen.

Ich möchte die Situation der Landwirtschaft in Österreich anhand von konkreten Zahlen darstellen. Emotionslos und sachlich möchte ich dabei zum Teil auch auf Ausführungen des Präsidenten und Abgeordneten Deutschmann eingehen, der hier auch unseren Klubobmann Wille zitiert hat.

Meine Damen und Herren! Die Gesamtausgaben im Bereiche der Förderung für die Land- und Forstwirtschaft liegen jährlich bereits bei einem Betrag von über 23 Milliarden Schilling. Ich darf diese so große Summe aufgliedern.

Der Grüne Plan ist im Jahre 1986 mit 2,3 Milliarden, die Preisausgleiche mit 6,2 Milliarden ausgewiesen, wobei diese Summe von 6,2 Milliarden inklusive der Einnahmen dargestellt wird. Laut Grünem Bericht darf ich feststellen, daß 1984 die Einnahmen aus dem Kapitel 62 750,9 Millionen betragen, was

einem Rückgang von 24,1 Prozent entspricht; der Weinwirtschaftsfonds hat Einnahmen von etwas mehr als 58 Millionen gehabt. (*Ruf bei der ÖVP: Und die Einnahmen aus den Steuern!*) Ich komme noch darauf. Bitte ein bißchen Geduld zu haben. Die Länderaufwendungen 1984, und zwar ohne Vieh, sind mit 1,9 Milliarden ausgewiesen, die Mineralölsteuerrückvergütung mit 935 Millionen. Dazu kommen die Bundesbeiträge im Bereich der sozialen Sicherheit im Ausmaß von zirka 9,25 Milliarden im Budget 1986.

Zusätzlich kommen dazu dann noch die Beträge aus dem Budgetüberschreitungsgezet. Im heurigen Jahr haben wir vor einem Monat in etwa 3,5 Milliarden zusätzlich beschließen müssen, davon allein 1,5 Milliarden für die österreichische Land- und Forstwirtschaft.

Dazu, meine Herren, kommt dann noch die steuerliche Förderung aufgrund der Pauschalierung, die in etwa, so sagen das Fachleute aus dem Finanzbereich, mit zirka 3 Milliarden zu veranschlagen ist. Daß diese Zahl irgendwo stimmen wird, kann ich an einem Beispiel erläutern. Bitte beachten Sie: Wenn der Sohn oder die Tochter eines großen landwirtschaftlichen Besitzers, eines Gutsbesitzers, um eine Studienbeihilfe ansucht, dann erhalten sie diese Studienbeihilfe auch, während es für einen Nebenerwerbslandwirt oder auch nur einen Landarbeiter dieses Gutsbesitzers fast unmöglich ist, in den Genuß einer Studienbeihilfe zu kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dieser Förderung von 23 Milliarden erbringt die Landwirtschaft einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 47,3 Milliarden oder 3,9 Prozent beziehungsweise einen Anteil am Volkseinkommen von 34 Milliarden, in Prozenten aufgeschlüsselt von 3,6 Prozent, wobei der land- und forstwirtschaftliche Anteil an der Wohnbevölkerung mit 526 000 Personen — 7 463 000 macht die Gesamtbevölkerung Österreichs aus — 7,1 Prozent beträgt. (*Abg. Dr. Zittmayer: Wir sind bei den Bauern, Kapitel 62!*)

Herr Abgeordneter Deutschmann! Sie haben hier gemeint, daß das unser Klubobmann Wille nicht hätte sagen sollen, daß er vielleicht — Sie haben es nachher ein bißchen eingeschränkt — mit Absicht ein Feindbild zeichnen wollte.

Ich habe Ihnen hier die konkreten Zahlen gesagt und darf feststellen, daß ich mich darüber freue, daß unser Klubobmann Wille als

Schober

ein hoher Gewerkschaftsfunktionär — er ist ja Obmann der Metallarbeitergewerkschaft — großes Verständnis für die österreichische Landwirtschaft hat. Sonst wäre es ja auch nicht möglich, daß wir 23 Milliarden aus dem Gesamtbudget für die österreichische Land- und Forstwirtschaft erhalten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Es ist alles falsch! — Abg. Helga Wieser: Ganz etwas Neues! — Abg. Dr. Zittmayr: Das stimmt doch überhaupt nicht! So eine Konstruktion! Rechnet den Bauern vor, was sie zahlen müssen!)*

Herr Abgeordneter Zittmayr! Ich habe in einer völlig emotionslosen und sachlichen Weise die konkreten Zahlen aus dem Budget 1986 zitiert beziehungsweise Zahlen herangezogen, die für 1985 vorliegen. Sie können diese Zahlen nicht abstreiten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Sie tun es nur aus dem Grund, weil Sie ein Bild unserer Land- und Forstwirtschaft zeichnen wollen, das in Ihre politische Blickrichtung paßt, etwas, was völlig anders ist als das, was draußen unsere Bauern vorfinden. *(Abg. Dr. Zittmayr: Es ist ganz gut, daß Sie als Staatssekretär abberufen wurden! Das war eine der besten Lösungen der Regierung, daß man Sie abberufen hat! Ein Trauerspiel!)*

Ich darf auch eine kurze Bemerkung zum Abgeordneten Huber machen. Ich meine nicht den freiheitlichen Abgeordneten und Berufskollegen aus Kärnten, sondern den Bürgermeister von Lienz, der hier Landeshauptmann Leopold Wagner zitiert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Landeshauptmann Wagner hat, als er diese 23 Milliarden auch zitiert hat, nichts anderes getan, als beim Problembereich der VOEST, der zweifellos gegeben ist, auf den unerträglichen Opportunismus der Österreichischen Volkspartei in diesem Zusammenhang hinzuweisen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Das ist — ich darf das als Kärntner feststellen und darf stolz darauf sein, daß unser Landeshauptmann immer eine so klare Sprache findet — nicht nur sein Recht, sondern, wie ich meine, auch seine Pflicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf in aller gebotenen Kürze auf einige Maßnahmen, die in der nächsten Zeit notwendig sind, zu sprechen kommen.

Bundesminister Haiden hat bereits angekündigt, daß es eine Novelle zur Milchmarktordnung im Frühjahr geben wird. Ich kann mir nur vorstellen — ich deponiere das auch

als SPÖ-Bauer und als Bauernvertreter —, daß sie das Ziel haben wird, mehr Einkommen für die Bauern, insbesondere für die Bergbauern, zu bringen.

Auch in diesem Bereich muß mit der Vorstellung der ÖVP aufgeräumt werden, die immer wieder die Interessen der Molkereigenossenschaften vor die Interessen der Bauern stellt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Das ist nämlich der wahre Grund dafür, daß Sie die Vorstellungen, die wir auf den Tisch legen, ablehnen und auch nicht bereit oder in der Lage sind, sachlich darüber hier im Hohen Hause zu diskutieren. *(Abg. Dr. Zittmayr: War schon richtig, daß die SPÖ-Bauern den Pfeifer gewählt haben statt dem Schober!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die derzeitige Situation ist ja wirklich grotesk, denn 1 Liter Milch beziehungsweise 1 Kilogramm Milch, das wir im Export verwerten müssen, kostet uns bereits mehr als 7 S. Hier, glaube ich, ist die Vorstellung grundvernünftig, daß man auf die Einhebung eines allgemeinen Absatzförderungsbeitrages verzichten und gleichzeitig jene Mengen zurücknehmen sollte — das wären in etwa 8 bis 10 Prozent der Gesamttrichtmenge und der Einzeltrichtmenge —, mit denen dieser Überschuß finanziert werden müßte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich brauche zum Getreidemarkt nichts zu sagen, ich stimme hier mit dem Kollegen Fachleutner überein, wenn er meint, daß dieser Markt für die landwirtschaftliche Produktion, aber auch für unsere Politik eine Schlüsselposition hat. Ziel kann es aber nicht sein — lassen Sie mich einen Satz dazu anmerken —, daß wir uns bemühen, immer höhere Erträge zu erwirtschaften, die wir nicht mehr verwerten können und die wir um den Preis erzielen, daß wir damit unseren Grund und Boden, zu dessen sorgsamem Umgang, glaube ich, unsere Generation verpflichtet ist, ausbeuten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Grüne Plan 1986 muß im Rahmen des Gesamtbudgets gesehen werden, das entscheidende neue Vorstellungen für die Zukunft enthält und das vor allem auch ein Sparbudget ist. Ich freue mich darüber, daß beim Grünen Plan und im Landwirtschaftsbudget, dort wo es die Bauern direkt betrifft, kein Rotstift angesetzt wurde.

Bei den Preisausgleichen haben wir eine Steigerung von 23 Prozent, diese kommen direkt unseren Bäuerinnen und Bauern zugute.

Schober

Ich glaube, daß der Grüne Plan eine solide Grundlage ist, unsere Arbeit für die österreichischen Bäuerinnen und Bauern fortsetzen zu können, ich füge hinzu: wenn wir gleichzeitig auch den Mut aufbringen, neue Wege zu gehen.

Wir Sozialisten werden deshalb dem vorliegenden Grünen Plan und dem Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 18.53

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Keller. Ich erteile es ihm.

18.53

Abgeordneter **Keller** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Es wäre sicher interessant, dem Vorredner einige Antworten zu geben, aber ich glaube, die Zeit ist zu kurz, denn ich möchte nicht den Zorn der Anwesenden auf mich laden, wenn ich zu lange rede.

Trotzdem zum Kollegen Wolf einige Worte. Er hat gemeint, die Länder sollen gleich viel geben wie der Bund. Herr Kollege Wolf! Ich darf Ihnen sagen, daß das Land Tirol für den Viehabsatz allein 100 Millionen Schilling gibt, das ist 1 Prozent des gesamten Landesbudgets, während der Bund für das gesamte Agrarbudget nicht ganz ein halbes Prozent ausgibt. Also ich glaube, die Länder beteiligen sich sicher am Budget, welches den Absatz unserer Produkte fördert.

Da heute das Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft im Hohen Hause verhandelt wird, möchte ich doch zu einigen Dingen Stellung nehmen. Ich weiß, daß die Redezeit kurz sein soll, und so werde ich auf einige wenige Probleme eingehen.

Liest man den Grünen Plan und den Grünen Bericht genau durch, so könnte man tatsächlich glauben, daß sich die Einkommen der Bauern verbessert hätten. Wenn man aber weiß, wie diese Berechnungen zustande kommen, daß man bei verschiedenen Dingen Zuschläge macht, zum Beispiel einen Zuschlag für einen sicheren Arbeitsplatz, dann frage ich Sie schon, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo der sichere Arbeitsplatz in der Landwirtschaft überhaupt ist, denn kein Berufsstand hat in letzter Zeit, in den letzten Jahren, so viele Arbeitskräfte verloren wie gerade der Bauernstand. Mehr als 100 000 sind abgewandert, weil ihr Einkommen zu gering war.

Besonders betroffen von diesem Problem waren die Bergbauern. Ihr Einkommen wurde kaum erhöht, denn sie leben ja überwiegend vom Verkauf von Zucht- und Nutzvieh und von Milchprodukten.

Die Zucht- und Nutzviehpreise liegen 1985 leider unter denen des Jahres 1982. Im Jahre 1982 betrug der Durchschnittspreis 20 326 S, im Jahre 1984 20 258 S, er wurde in zwei Jahren geringer, und im heurigen Jahr dürfte der Preis die gleiche Höhe haben.

Der Milchpreis wurde auch nur geringfügig erhöht und nie der Inflationsrate angeglichen. Wenn auch im heurigen Jahr ein höherer Absatzförderungsbeitrag eingeführt wurde, so hat sich das Einkommen der Bergbauern nicht verbessert.

Nicht ohne Grund haben so viele Bergbauern die Bewirtschaftung aufgegeben. In meinem Bezirk haben bereits mehr als 60 Prozent die Landwirtschaft an den Nagel gehängt, sie haben zu wirtschaften aufgehört. In den extremen Berggebieten sind es nahezu 80 Prozent. Ein Drittel der Kulturlfläche wird nicht mehr bewirtschaftet.

Die Jungbauern sind kaum bereit, einen Hof zu übernehmen, weil sie ein zu schlechtes Einkommen sehen. Bergbauern erhalten halt heute noch nur 40 Prozent des Lohnes in anderen Berufsgruppen.

Man denke daran, was es bedeutet, wenn der ganze bergbäuerliche Raum nicht mehr bewirtschaftet wird, man denke an die zahlreichen Katastrophen und Lawinen, an die Murenabgänge, daran, daß Schutzwälder von Lawinen zerstört werden! Es wird sicher zu Katastrophen größten Ausmaßes kommen, wenn man nicht versucht, das Einkommen der Bergbauern zu verbessern.

Ein Beispiel aus der Praxis aus meinem Bezirk: Ein Bergbauer der Zone 3 hat acht Kühe, sechs Stück Jungvieh und bewirtschaftet 15 Hektar. Er hat ein Milchkontingent von 24 000 Kilo. Also mit diesem Kontingent trägt er sicher nicht zur Überproduktion bei. Als Bergbauernzuschuß erhält er 12 500 S, der allgemeine Absatzförderungsbeitrag betrug bis jetzt 39 Groschen, und bei 24 000 Kilo Milch wurden schon 9 360 S von seinem Bergbauernzuschuß weggenommen. *(Bundesminister Dipl.-Ing. H a i d e n : Zahlt er ja nicht! Er ist ja in der Zone 3! Er zahlt doch keinen Groschen! — Weitere Zwischenrufe.)* Bei der Zone 3 ist es ja das gleiche, Herr Bundesminister! *(Abg. Dr. Z i t t m a y r : Zwischenrufe von der*

Keller

Regierungsbank sind nicht richtig! — Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Das ist richtig! Einem aus der Zone 2 geht es sicher genauso, der bekommt nichts refundiert, und der zahlt auch bei 24 000 oder bei 26 000 Kilo Milch mehr, als der Bergbauernzuschuß ausmacht. *(Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Der ist von der Zone 3!)* Ja, aber ich könnte ebenso ein Beispiel von der Zone 2 bringen, Herr Bundesminister!

Es ist doch so, daß der Bergbauer heute gesunde Nahrungsmittel erzeugt und nicht zur Überproduktion beiträgt. Er ist heute der Rohstoffproduzent, er ist der Erhalter unserer Kultur- und Erholungslandschaft.

Die bergbäuerliche Bevölkerung bewirtschaftet und pflegt einen großen Teil der Flächen unseres Staates und schafft somit die Grundlagen für den Fremdenverkehr. Viele Milliarden Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr kommen aus dem Berggebiet. Der Bergraum ist Devisenbringer, aber auch Erholungsraum für uns Österreicher und für die zahlreichen fremden Gäste.

Die Bergbauern warten noch immer auf ihren Lohn, Herr Minister! Wann wird die Gesellschaft die Pflege der Erholungslandschaft abgelden? Wie lange werden die Bergbauern noch für Leistungen ausgenutzt, die sie für die Gesellschaft erbringen?

Die Agrarpolitik befindet sich heute sicher in einer schwierigen Situation. Wir reden von einer Überproduktion bei Milch, Fleisch und Getreide. Diese Überschüsse kosten sicher Milliarden.

Ich glaube aber, man muß auch daran denken, daß man auf vielen Flächen etwas anderes produzieren könnte. Wir wissen alle, daß zum Beispiel mehr als 90 Prozent der Öle und Fette importiert werden; wir könnten sicher 50 000 bis 60 000 ha aus der Produktion nehmen; wir könnten Margarine erzeugen und wären dadurch autark.

Statt Soja zu importieren, könnte man Ackerbohnen, Erbsen oder Leinöl produzieren, ich verweise auch auf Industriepflanzen. Ich glaube, auch hier wären wir autark, wenn wir 300 000 ha aus der Produktion herausnehmen würden und hätten sicher keinen Überschuß mehr bei anderen Produkten, vor allem nicht mehr bei Milch, Getreide und Fleisch.

Herr Bundesminister! Vielleicht noch zu einem anderen Kapitel, das heute schon öfter diskutiert wurde, zum Ab-Hof-Verkauf von

Milch. Dieses Dilemma reicht jetzt ein Jahr zurück, vor einem Jahr haben wir dies schon gefordert. Ich glaube, ich muß es noch einmal sagen: Der Ab-Hof-Verkauf ist natürlich gewachsen, er ist in den Dörfern gewachsen. Früher waren es ja reine Bauerndörfer, heute sind es Mischsiedlungen, weil doch viele Weichende in den Dörfern gebaut haben, und diese holen bei den Bauern die frische Milch.

Ich glaube, die Ab-Hof-Verkäufer hatten noch nie ein Kontingent. Wenn auch diese früher alles in die Molkerei gebracht hätten, dann wären die Milchkontingente sicher nicht 93 Prozent, sondern vielleicht 87 Prozent.

Ein zweites: Die Konsumenten wollen die frische Milch vom Bauern, sie wollen nicht die von der Molkerei. Man rechnet heute sicher mit 60 000 bis 70 000 Tonnen, die ab Hof verkauft werden, diese kosten den Staat und den Steuerzahler überhaupt nichts.

Herr Minister! Ich verstehe nicht, warum Sie sich dauernd gegen den Ab-Hof-Verkauf wehren. Ich glaube, es ist ein österreichisches Dilemma, daß der Landwirtschaftsminister gegen den billigsten Milchabsatz ist, der niemanden belastet und niemanden etwas kostet. Daß der Energieminister gegen billigen Strom ist — das wäre der Atomstrom aus Zwentendorf —, das ist sicher ein österreichisches Problem! *(Beifall bei Abgeordneten der ÖVP. — Staatssekretär Ing. Murer: Du bist dafür, aber die anderen sind alle dagegen!)* Wir sind dafür; ich habe gesagt, daß ich dafür bin. *(Zwischenrufe.)*

Ich glaube, aus dem Dilemma sollen wir rauskommen, indem wir den Ab-Hof-Verkauf doch so gestalten, daß er erträglich ist, daß er für den Konsumenten und für den Produzenten etwas bringt. Wir sind bereit, Absatzförderungsbeiträge zu bezahlen, aber nicht 7 S, sondern nur den allgemeinen. Und so, glaube ich, wäre ein großes Problem gelöst, wenn man das Problem des Ab-Hof-Verkaufs nach einer Debatte, die schon ein Jahr dauert, in nächster Zeit doch noch lösen könnte, denn sonst bekommt der Staat sicher kein Geld. Das, was ab Hof verkauft wird, bringt dem Staat doch zirka 270 Millionen Schilling, wenn man da die Produkte verbilligen würde, wenn man den Preis bei Milchprodukten senken würde, dann würde sicher auch der Umsatz steigen. Wir hätten dann sicher weniger Probleme. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber eine Lösung, Herr Bundesminister, wie Sie glauben, daß wir 7 S zahlen pro Liter ab Hof verkaufter Milch — ich glaube, so

Keller

dumm wird sicher kein Bauer sein, daß er mehr zahlt für eine verkaufte Milch, als der andere in der Molkerei bekommt. Da, glaube ich, können Sie auch Kommissare anstellen, die kontrollieren. Ich möchte nicht der Kommissar sein, der in die Dörfer hinauskommt! Mit diesem wird man natürlich nicht sanft verfahren. Ich hoffe, daß man da noch eine Lösung findet, damit es zu keinem Zwischenfall mit angestellten Kommissaren kommt.

Herr Minister! Ich hoffe auf Ihre Vernunft, ich appelliere an Ihre Vernunft: Regeln Sie den Ab-Hof-Absatz, wie wir ihn schon lange vorschlagen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 19.05

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Auer. Ich erteile es ihm.

19.05

Abgeordneter **Auer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nur schade, daß derzeit Kollege Schober nicht hier ist, weil er es verstanden hat, das Landwirtschaftsbudget in den besten Worten zu preisen. Nur ein Satz zu den Ausführungen des Kollegen Schober: Die Leistungen werden auch bei den SPÖ-Bauern bereits gewertet, denn sonst hätte man ihn nicht als Bundesbauer der SPÖ abgewählt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! In verschiedensten Publikationen der Regierung und in SPÖ-Programmen kann man immer wieder lesen: Im Sinne der Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes und der Regierungserklärung mißt die Bundesregierung einer leistungsfähigen und wirtschaftlich gesunden Land- und Forstwirtschaft größte Bedeutung zu. *(Ruf bei der SPÖ: Bravo!)* Tatsächlich müßte es aber in diesen Publikationen heißen: Die Regierung hat bei der Bewältigung und Lösung der Probleme, mit denen die Bauern zu kämpfen haben, ganz einfach versagt. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Reinhart: Können Sie außer polemisieren auch noch etwas?)* Sie werden mir gestatten, daß ich von hier aus meine Meinung kundtue; auch Sie, Herr Kollege, können sich noch zu Wort melden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dieses Budget ist für die Bauern, für die Menschen im ländlichen Raum — das hat heute Kollege Lanner bereits eindeutig aufgezeigt — eine glatte Enttäuschung und eine Politik gegen die Interessen dieses Berufsstandes. Von diesem Bundesvoranschlag, der so lizenziert dargestellt wurde, der anscheinend so gut ist, gehen

absolut keine Impulse aus, die aber dringend notwendig wären.

Meine Damen und Herren! Sie haben heute mehrmals die Zuständigkeit der Länder betreffend Landwirtschaftsförderung angesprochen und gemeint, daß diese hier mehr tun müßten. Ich sage Ihnen: Oberösterreich gibt vom Gesamtbudget des Landes mehr als 3 Prozent für die Landwirtschaftsförderung aus, und Sie geben laut Bundesvoranschlag insgesamt 0,48 Prozent aus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn dem Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft jedes Jahr real weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden, so bezeichne ich das schlicht und einfach als Abmontieren dieses beschäftigungswirksamsten Kapitels. Und für derartige Maßnahmen werden Sie bei der Österreichischen Volkspartei absolut keine Zustimmung finden.

Herr Bundesminister! Sie streichen die Beratermittel, nicht der Herr Finanzminister, das hat dieser selbst im Finanzausschuß erklärt!

Meine Damen und Herren! 86 Millionen Schilling Beratermittel weniger! Was braucht jemand, wenn er in Schwierigkeiten ist? — Beratung! Hier habe ich die Anträge der CA um Staatszuschüsse. *(Der Redner zeigt die Anträge vor.)* Hier heißt es, man habe sich bei der Firma Steyr und bei der Firma Andritz internationaler Beraterfirmen bedient, um Konzepte zu entwickeln, damit die Zukunft gemeistert werden kann.

Ich fordere Sie auf, der Landwirtschaft Beratermittel zur Verfügung zu stellen, damit auch diese Konzepte und die Probleme der Landwirtschaft gelöst werden können! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie gefährden mit der Wegnahme der Beratermittel, Herr Bundesminister, sofort über 400 Arbeitsplätze von hochqualifizierten Fachleuten und auf Dauer gesehen Zigaretten- Arbeitsplätze bei den Bauern!

Meine Damen und Herren! Wie schaut in Wirklichkeit dieses Landwirtschaftsbudget aus? Es wurde heute von der Mehrheit dieses Hauses versucht, dieses durch die rosarote Brille darzustellen. Durch Kollegen Huber — und das sei anerkennend vermerkt — war es das erste Mal seit dem 19. Mai 1983, daß ein freiheitlicher Abgeordneter hier tatsächlich zu einem Landwirtschaftsbudget

Auer

Stellung genommen hat, wie wir uns das vorstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wie wir Bauern uns das vorstellen! Kann schon sein, daß Sie sich als Beamter dies etwas anders vorstellen, das mag schon sein.

Meine Damen und Herren! In Wirklichkeit sind jene Beträge, die den Bauern zur Verfügung gestellt werden, im Vergleich zu den ungeheuren Leistungen, die die Bauern zur Niedrighaltung der Lebensmittelkosten erbringen, eine lächerliche Summe. Genau dieselben Worte hat Herr Staatssekretär Murer, der heute auf der Regierungsbank sitzt, einmal gebraucht. Ich habe die Publikation hier, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Heute wurde ja alles mögliche erwähnt, von der guten Luft bis zu den Sozialleistungen, die ständig steigen würden, und dergleichen mehr, meine Damen und Herren! Die „gute“ Lage der Landwirtschaft wurde geschildert. Heute waren viele Besucher, darunter viele Bauern, hier, um sich die Debatte anzuhören. Aus meinem Bezirk kamen zwei Besuchergruppen, und diese waren zufällig Zeuge, als der Herr Landwirtschaftsminister seine Stellungnahme abgegeben hat. Sie sagten wortwörtlich, diese Rede sei eine Zumutung, der Herr Minister möge sich die Mühe nehmen, die Lage der Bauern zu erkunden, einmal in den Grundbüchern der Landwirtschaften nachzusehen. Dann wird er sehen, wie hoch die Verschuldung und wie tatsächlich die Lage der Bauern ist.

Meine Damen und Herren! Es wurde heute alles mögliche erwähnt. Man hat auch vergessen, zu erwähnen, daß zum Beispiel 10 Millionen Schilling für die Jubelbroschüre „Agrarwelt“ ausgegeben werden. Herr Minister! Nur ein Satz dazu: Sie zahlen damit etwas, was wir nicht brauchen, um Geld, das wir nicht haben.

Meine Damen und Herren! Eine Meinung zu den Preisausgleichsmitteln: Es wird doch jeder vernünftig denkende Mensch zugeben müssen, daß die Preisausgleichsmittel nicht nur den Bauern, sondern genauso gut auch den Konsumenten zugute kommen.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister, ob es eine zweite Berufsgruppe gibt, die bei den Exportprodukten so mitzählt, wie dies die Bauern tun. *(Zwischenruf des Staatssekretärs Ing. Murer.)* Ich bin selber Bauer, Herr Landwirtschaftsminister! Ich muß mir selber meinen Hof erhalten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Gibt es eine zweite Berufsgruppe, die bereit ist, bei den Exportprodukten so mitzuzahlen? Vor kurzem wurde hier die VOEST-Katastrophe behandelt. Ich gehöre nicht zu jenen, die meinen, man müßte jetzt von den schwer arbeitenden Menschen in diesem Bereich etwas verlangen. Ich bin diesen Menschen, die schwer arbeiten müssen, nicht neidig. Aber wir lassen uns auch nicht auf die Dauer Dinge unterschieben, für die wir wirklich nichts können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben den gleichen Anspruch auf einen gerechten Anteil an einem bescheidenen Wohlstand. Ich möchte damit keinem anscheinend wohlervorbene Rechte absprechen.

Herr Minister! Ihre Politik der Bauern — man kann nicht sagen: für die Bauern, denn dies ist eine reine Belastungspolitik — kostet uns sehr viel sauer verdientes Geld! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Sie erklärten heute von der Regierungsbank aus ganz locker, Sie seien für dieses und jenes nicht zuständig. Sie erklärten dem Kollegen Fachleutner, für das eine seien Sie nicht zuständig, Sie erklärten, für das andere seien Sie nicht zuständig, für die Beratermittel seien die Länder zuständig. Ich frage Sie nun: Wofür sind Sie eigentlich zuständig?

Herr Minister! Ich sagte, Sie kosten uns viel Geld. Allein die Anhebung des Absatzförderungsbeitrages macht weit über 300 Millionen Schilling aus. Beim Getreide: die Nichtdurchführung des Exports, wie vom Kollegen Fachleutner erwähnt, durch den fallenden Dollarkurs — über 6 Millionen Schilling! Beim Viehexport: Sie haben heute immer wieder die gesetzliche und verfassungsmäßige Zuständigkeit der Länder erwähnt. Wer ist denn für den Export, für den Außenhandel zuständig laut Verfassung, Herr Bundesminister? — Der Bund. Und Sie binden immer wieder die Länder ein! Auf die finanziellen Belastungen der Weinbauern hat Kollege Kirchknopf hingewiesen.

Produktionsalternativen, Herr Bundesminister: Alle Produktionsalternativen wären derzeit günstiger als der Export des Getreides.

Ein weiteres Beispiel betreffend Alternativpolitik. Im Sommer dieses Jahres wurde von den Sozialpartnern ein Rapspreis von 6,90 S mit dem Finanzminister ausgehandelt. Entge-

Auer

gen dieser Vereinbarung mit dem Finanzminister hat der Herr Landwirtschaftsminister eine Flächenprämie für den Rapsanbau in der Höhe von 5 000 S verordnet, was letztlich eine Einkommensminderung für die betroffenen Bauern darstellt.

Meine Damen und Herren! Weitere Budgetkürzungen, Kosten zu Lasten der Bauern: 500 Millionen Schilling weniger AIK-Rahmen. Ebenfalls eingeschränkt wurden die Mittel für die landwirtschaftliche Regionalförderung und für die Verkehrserschließung ländlicher Gebiete. Ich zitiere einen unverbindlichen Zeugen: „Die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft 1985“ von Bundesminister Dipl.-Ing. Günter Haiden. Wegebau 1975: 1486 km. 1984: 923 km. Immer weniger, Herr Bundesminister, wird hier zur Verfügung gestellt! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Meine Damen und Herren, wenn Sie sich beruhigt haben, werde ich in Ruhe weiterreden. (*Abg. Dr. Zittmayr: Er soll zurücktreten!*) Herr Staatssekretär! Einige Sätze noch zu Ihnen. Laut „AIZ“ vom 4. Dezember 1985 erklärten Sie folgendes: Die angespannte Situation auf dem Milchmarkt ist für den Agrarstaatssekretär Ing Gerulf Murer — ich zitiere — Anlaß für eine Neubesinnung. Er tritt für den Abbau des Überschusses durch eine attraktive Rückkaufaktion ein, die besser dotiert sein müsse als die erste. Werde sie — also diese Aktion — im entsprechenden Umfang von den Bauern angenommen, so könne der allgemeine Absatzförderungsbeitrag reduziert werden und schließlich gänzlich entfallen. Gleichzeitig sollte die Aktion hinsichtlich verbilligter Magermilch fortgesetzt und deren Preis dem von Soja angeglichen werden. — Das wurde heute von meinem Kollegen Präsident Gurtner erwähnt.

Wenn Sie jetzt auf den fahrenden Zug aufspringen, Herr Bundesminister und Herr Staatssekretär, dann frage ich Sie, warum der erste Vorschlag gelaute hat: Magermilchabstützung auf 1 S, 80 g, 70 g, 60 g. Man hat monatelang geschlafen und hat die Schweinemäster für blöd und dumm verkauft. Glauben Sie wirklich, daß diese nicht rechnen können? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Weiters sagte der Herr Staatssekretär, bei Getreide drohe im laufenden Wirtschaftsjahr ein gewaltiges Finanzierungsloch von mehreren hundert Millionen Schilling. Deshalb sollte eine allmähliche Ausweitung des Kontraktrahmens für Eiweißfutterpflanzen und Ölsaaten — man höre und staune! — nach vorheriger Absprache mit der Mischfutterindustrie durchgeführt werden. Darüber hinaus

sollten Prämien an jene Landwirte geleistet werden, die Getreideanbauflächen auf mehrere Jahre stilllegen und darauf bestimmte Grünpflanzen, die für den Boden zur Wasserspeicherung als Stickstoffsammler oder Humus- und Gareförderer wertvoll sind, anpflanzen und einackern.

Herr Staatssekretär! Ein offenes Wort von mir: Nicht bestimmte Flächen sind auf Jahre hinaus stillzulegen, sondern eine bestimmte prozentuelle Fläche eines jeweiligen Betriebes könnte man jährlich abwechselnd, sozusagen in einer Art Bodenerholungsaktion, fördern. Diese Aktion könnte man fördern, und Sie werden dabei in mir einen Mitstreiter haben.

Herr Staatssekretär! Verwenden Sie bitte als Bauer, der Sie hier auf der Regierungsbank sitzen, etwas mehr Gehirnschmalz für die Bauern (*Abg. Mühlbacher: Daß Sie sich so etwas erlauben! Das ist genug jetzt! — weitere Zwischenrufe bei der SPÖ — Beifall bei der ÖVP*) und weniger für die Erlangung von Subventionen zur Förderung von Krebsteichen! (*Zwischenruf des Abg. Samwald.*)

Meine Damen und Herren! Es wäre gut, wenn eine andere Politik Einkehr halten würde für die Landwirtschaft, die wie kein anderer Berufszweig die Strukturveränderungen allein bewältigen mußte und die dem Konsumenten ausreichend gesunde, billige Nahrungsmittel, wie dies auch Gesundheitsminister Steyrer einmal wortwörtlich auf Grund einer Anfrage bestätigt hat, zur Verfügung stellt. (*Rufe bei der SPÖ: Aufhören! Schluß!*)

Herr Minister und Herr Staatssekretär! Tun Sie etwas, die bäuerliche Bevölkerung hätte es sich verdient! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie brauchten sich, meine Damen und Herren, darüber etwas weniger aufzuregen. Es wäre besser, Sie würden sich die Vorschläge der Österreichischen Volkspartei und des Kollegen Huber, der heute hier eine eigene Meinung von sich gegeben hat, anschauen (*Beifall bei der ÖVP*), denn die derzeitigen Probleme der Bauern sind kein unglücklicher Betriebsunfall, sondern ein Versagen des Herrn Ministers und der Regierung! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mühlbacher: Sie tun Ihrer Partei überhaupt nichts Gutes!*) 19.19

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen, und der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

10450

Nationalrat XVI. GP — 118. Sitzung — 10. Dezember 1985

Präsident Mag. Minkowitsch

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über beide Vorlagen getrennt vornehmen werde.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1986.

Es sind dies die Kapitel 60, 62 und 77 samt den zu den Kapiteln 60 und 77 dazugehörigen Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 740 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht der Bundesregierung betreffend Grünen Plan 1986 (III-113 der Beilagen) zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Abstimmung über Fristsetzungsantrag

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag,

dem Justizausschuß zur Berichterstattung über den Einspruch des Bundesrates zum Gesetzesbeschluß betreffend Rechtsanwaltsprüfungsgesetz (788 der Beilagen) gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 11. Dezember 1985 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen. Der Antrag ist somit angenommen.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1773/J bis 1778/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Mittwoch, den 11. Dezember, 9 Uhr, mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (740, Zu 740 und 777 der Beilagen):

Beratungsgruppe VI: Unterricht, Kunst und Sport,

Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung, und

Beratungsgruppe XVI: Familienangelegenheiten.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 23 Minuten